

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Montage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1¹/₂ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24¹/₂ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Bweinundsiebzigster Jahrgang.

Inserate
1/2 Sgr. für die fünfgepal-
tene Seite oder deren Raum,
Reklamen verhältnismäßig
höher, sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Annoucen: Annahme-Bureaus der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Solowicz, Markt 74 und Hrn. Krupski (C. S. Alric & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichsstraßen-Ecke Nr. 4; in Rogasen bei Hrn. Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Hrn. Hermann Casriel; in Grätz bei Hrn. Louis Streifand und Hrn. P. Kempner; in Bromberg S. S. Wittler'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Rudolf Wofse; in Berlin: A. Rele-meyer, Schloßplatz; S. Albrecht, Zeitungs-Annoncen-Expedition, Taubenstraße 34; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Kabatz; Senke, Bial & Freund; in Frankfurt a. M.: S. L. Paube & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

Die Posener Zeitung eröffnet auch für den Monat Juni ein besonderes Abonnement zu dem Preise von 25 Sgr. in der Expedition und bei den Kommanditen, für Auswärts inkl. Postporto 1 Thlr. — Bestellungen von Auswärts sind direkt an die Expedition zu richten.
Expedition der Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 28. Mai. Se. M. der König haben Allergnädigt geruht: Dem Gymnasial-Proroktor a. D., Professor Beyer zu Neu-Stettin und dem katholischen Pfarrer Lehres zu Uettersath, Kr. Seilenkirchen, den Rothen Adler-Orden IV. Kl., dem Stadtrath a. D. Köhler zu Königsberg i. Pr. das Ritterkreuz des R. Hausordens von Hohenzollern; ferner dem Obergerichts-Rath Grisebach in Hameln den Charakter als Geh. Justiz-Rath zu verleihen.

Die Baumeister Neufang zu Saarbrücken und Dr. Langsdorf zu Klausthal sind zu Bau-Inspektoren, und der Maschinenmeister Dumreicher zu Saarbrücken zum Baumeister, sämtlich im Ressort der Berg-, Hütten- und Salinen-Verwaltung, ernannt.

Der Rechtsanwalt und Notar Leonhard zu Weutben D. S. ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Frankfurt a. D. versetzt worden.

Politische Rundschau.

Auf der politischen Strömung der vergangenen Woche haben sich besonders zwei Thatsachen hervor: die Wahlen in Frankreich und die Dualen im Norddeutschen Bunde, welche der Regierung das Defizit und dem Lande die Steuervorlagen bereiten. Letztere haben sich einstweilen von der „bösen Sieben“ auf neun — die Zahl der Mufen — erhoben, ohne darum bei den preussischen Steuerzahlern mehr Gunst zu finden, obgleich der preussische Finanzminister, wer weiß von welcher Mufe begeistert, — ihnen eine Denkschrift gelungen hat. Auch im Reichstage herrscht bis jetzt die Absicht vor, die Defizienten an den preussischen Landtag zu verweisen, da man meint, den Bund nicht belasten zu können, um das Manko der preussischen Staatskasse zu decken. Der größere Theil der Steuerprojekte dürfte deshalb wohl zurückgewiesen werden.

Noch mehr Aufregung, wie bei uns das Defizit, haben in Frankreich die Wahlen für den gesetzgebenden Körper verursacht, und sie wird erhalten durch den Umstand, daß 59 Nachwahlen nöthig geworden sind. Die Opposition hat große Hoffnungen, daß diese Nachwahlen größtentheils zu ihrem Vortheil ausfallen werden; besonders seit der „Moniteur“, welcher bekanntlich kein offizielles Organ mehr ist, gemeldet, daß die französische Regierung mit dem italienischen Kabinet ein Arrangement abgeschlossen hat, dem zufolge die französischen Truppen im nächsten Dezember Rom verlassen sollen. Dies würde nämlich den Eifer der kirchlichen Partei, welche eine Hauptstütze der Regierung bei den Wahlen ist, sehr lähmen. Indessen ist die Bestätigung dieser Nachricht wohl noch abzuwarten.*) Einstweilen unterhalten sich die Regierungsorgane mit dem Registrator aller Tumulte, welche die Liberalen da und dort bei Gelegenheit der Wahlen erregt haben sollen; die oppositionellen Blätter revanchiren sich durch Berichte über die Unregelmäßigkeiten, welche von Regierungsorganen bei Gelegenheit der Wahlen begangen worden sind. Und neben diesen beiden unerquicklichen Erscheinungen diskutiert man die Frage, was wohl der Kaiser, um den Einfluß der Opposition zu schwächen, thun werde. Die Alternative heißt: entweder weitgehende Konzessionen und Frieden oder völlige Hingabe an die Armee und Krieg. Ob das Erstere die 3,248,885 Wähler der Opposition — eine gewaltige Minorität gegenüber den 4,053,056 Stimmen, die der Regierung zufielen, — befriedigen würde, oder ob neue Gloire zu suchen ist, um den Kaiser wieder populär zu machen, soll Gegenstand der allerhöchsten Erwägungen sein.

Auch in den Niederlanden Wahlbewegung. Am 8. Juni sollen die Wahlen zur zweiten Kammer — 43 Abgeordnete sind zu wählen — stattfinden. Hier wie überall steht die kirchliche Partei an der Seite der Reaktionäre, hier wie überall — es ist dies eine bedenkliche Signatur unserer Zeit — müssen die Liberalen alle Kräfte zusammenfassen, um die vordringende Plalanz der „christlichen Streiter“ aufzuhalten. Die Niederländer befinden sich nämlich in der glücklichen Lage konfessionslose Schulen zu besitzen, die Konservativen und Feudalen arbeiten nun auf eine Revision des Schulgesetzes oder, wie man sich ausdrückt, auf Erthaltung von „christlich-nationalen Unterricht“ hin. Trotz der bedeutenden Geldmittel, welche sie auf die Agitation verwenden, scheint sich aber doch die Waage der Entscheidung nach links zu neigen.

In Baiern hat sich die Wahlaufregung gleichfalls noch nicht gelegt. Man zieht jetzt die Bilanz der Wahl und findet, daß sie keineswegs so günstig für die liberale Partei ausgefallen ist, als man nach den ersten Mittheilungen glaubte. Was rechts und links befriedigt, ist das Fiasko der Mittelpartei. Statt der

geträumten 100 Stimmen hat sie nur 20 erhalten, und das ist noch zu viel für eine so kraftlose Partei. Um sie zu kennzeichnen, möchte man sagen, sie schwärmt in der Idee für Deutschland und läßt sich in der Praxis von der Regierung verwerthen. Den Löwenantheil an der Wahlbeute hat die konservative Partei davongetragen, sie wird über 78 oder 79 Stimmen, also über 2 bis 3 mehr als die Hälfte in der Kammer verfügen. Diese „patriotisch-konservative (so will sie genannt sein) Majorität“ dürfte übrigens in der inneren Politik die Hinterlassenschaft der Mittelpartei antreten, nur in der äußeren d. h. deutschen Angelegenheit ist sie bairisch-patriotisch und bairisch-konservativ. Ihre Parole heißt: die ungehmälerte Souveränität Baierns. In Wahrheit ist das mehr als konservativ, denn ganz und gar unabhängig war doch Baiern nie, da es ja früher zum Deutschen Bunde, vorher zum Rheinbunde und noch weiter zurück zum Deutschen Reiche als Kurfürstenthum gehörte.

Wie das Ministerium mit dieser Kammer auskommen soll, ist eine kaum zu beantwortende Frage. Bereits diskutiert man die Möglichkeit einer Kammer-Auflösung. Aber würde ein Ministerium Hohenlohe wohl eine für sich günstigere Kammer erlangen? Und wenn das Ministerium abtritt, wer soll das Portefeuille übernehmen, ein Mann des Rückschritts oder des Fortschritts? Bei dem Mangel an bairischen Staatsmännern würde man sich vielleicht wie in Oesterreich entschließen müssen, einen deutschmittelfränkischen Erminister von auswärts zu importiren, und in der That giebt es Leute, welche — an Windhorst denken. Die Partikularisten und Ultramontanen würden den hannoverschen Heiland mit Hosannah empfangen.

In dem katholischen Oesterreich ist den Uebergriffen der Ultramontanen vor der Hand Einhalt gethan. Der Bischof Rudiger von Linz ist für seinen aufreizenden Hirtenbrief wiederholt unter Strafanordnung vor Gericht geladen worden. Dagegen der österreichische Botschafter den Auftrag erhalten, dem Papst, durch dessen Zufahrt der Bischof seine Ungehorsamkeit bezeugen will, ernstliche Vorstellungen zu machen, wie durch seine Nachträge bemerkt. Der Botschafter ist keineswegs beauftragt worden, zu fönden die Offizien zur Bekämpfung der kirchlichen Partei, die päpstliche Zufahrt, mit welcher der Bischof sein Richtersehen vor Gericht rechtfertigen zu können geglaubt, dem römischen Stuhl gegenüber in irgend einer Weise direkt zur Sprache zu bringen und irgend eine bezügliche bestimmte Forderung oder Beschwerde zu erheben. Aber, fügen sie für die liberalen hinzu, der Botschafter dürfte angewiesen sein, bei sich darbietender Gelegenheit mit der Erklärung nicht zurückzuhalten, daß die Regierung allerdings bis jetzt keine Veranlassung sehe, auf Grund einer seitler nur zu einer beschränkten und vielleicht selbst in dieser Beschränkung nicht einmal beabsichtigten Offenheit gelangten privaten Aeußerung Sr. Heiligkeit in eine Verhandlung einzugreifen, die nach Maßgabe der Landesgesetze zu Ende zu führen die Sache und die Pflicht der Gerichte sei, daß sie es aber lebhaft bedauern würde, wenn etwa öffentlich analoge Einflüsse, direkt zu wirken bestimmt, sich geltend machen sollten und wenn ihr dadurch die unabweißliche Nöthigung auferlegt werden müßte, solche Einflüsse und deren Konsequenzen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln ein für alle Mal und mit aller Energie fern zu halten.

Die ultramontane Partei jedoch hofft Rettung von dem zum Dezember einberufenen Konzil. Die Zweifel an dem Zustandekommen desselben scheinen uns, so oft sie auch wiederholt werden, unbegründet. Man spricht so häufig von Differenzen, welche im Rath des Papstes herrschen sollen über dieses und jenes dem Konzil zu unterbreitende Thema. Wir glauben, daß alle diese Streitpunkte, wenn sie vorhanden sind, verschwinden werden vor zwei Gründen, die, so viel wir wissen, zwar noch nicht genannt wurden, aber offenbar den Impuls zur Einberufung des Konzils gegeben haben: nämlich zunächst die Thatsache, daß die katholische Hierarchie in allen Ländern an Boden verliert — mit Ausnahme etwa in Preußen, auch mit England, das die irische Staatskirche aufheben will, dürfte Rom zufrieden sein — und dies hieraus sich ergebende Bestreben, ihre Kräfte zu sichten und zu sammeln. Dann aber auch die richtige Erkenntniß, daß diese Zusammenfassung aller Kräfte gerade zu einer Zeit opportun ist, wo der Papst an der Schwelle des Grabes steht. Das Konzil, welches mehrere Jahre dauern würde, könnte dann alsbald die Zügel der Hierarchie in die Hand nehmen und durch seinen Einfluß eine Invasiön abwehren.

Die Erwartung des heiligen Stuhles, daß auch die nicht römisch-katholischen Kirchen auf dem Konzil erscheinen werden, war allerdings zu sanguinisch. Der armenische Patriarch in der Provinz Griwan hat dem Bischof in Konstantinopel und sämtlichen anderen armenischen Bischöfen die Theilnahme an demselben unterzagt, eine ebenso abschlägige Antwort ist seitens der griechischen Regierung auf die Forderung, Delegirte des griechisch-orthodoxen Kultus zu entsenden, eingetroffen. Die Nachricht, daß die Unfehlbarkeit des Papstes möglicher Weise zum Dogma erhoben werden könnte, hat den Orientalen die Lust zum Besuche des Konzils ein für alle Mal benommen. Auch sieht man in Rom der Haltung der Staaten mit wachsender Beforgniß entgegen, seitdem es nicht mehr zweifelhaft ist, daß von Seiten

Baierns die bekannten Schritte in Angelegenheit des Konzils gethan worden sind. Man fürchtet nämlich, daß, wenn die Beschlüsse nicht nach dem Wunsche der Regierungen ausfallen, sie in anderer Weise Repressalien ergreifen möchten.

Am 31. Mai werden zu Worms die Protestanten Deutschlands ihren Abgabebrief formuliren und am selben Tage soll im englischen Unterhause die dritte und letzte Lesung der vielgenannten irischen Kirchenbill erfolgen. Die Gegner derselben bauen jetzt nur noch auf das Oberhaus und setzen alle Hebel in Bewegung, um dasselbe zu ihrer Verwerfung zu veranlassen. So hat in Belfast eine von 15—20,000 Personen besuchte Monstredemonstration gegen die „Kirchenberaubungsbill“ stattgefunden, außerdem versammelten sich gegenwärtig die verschiedenen protestantischen Vereine Irlands, um in Verbindung mit sämtlichen konservativen Unterhausmitgliedern den Lords das Frevelhafte der Gladstoneschen Bill plausibel zu machen. Wie bereits früher erwähnt, ist dieses Schaulustspiel nutzlos, da die Annahme der Bill von Seiten der Lords im Großen und Ganzen außer Frage steht.

Die Alabamafrage, die nach dem Geschrei der englischen und amerikanischen Blätter sich zu einem ernstlicheren Konflikt zuzuspitzen drohte, scheint doch jetzt einer friedlichen Lösung entgegenzugehen. Die Instruktionen des neuen amerikanischen Gesandten am Londoner Hofe, Motley's, dessen Ankunft man Ende d. Mts. entgegenzieht, lautet: ruhig abwarten. Eine offene Erklärung seitens Englands, glauben wir, würde allem zukünftigen Streite vorbeugen und eine endgiltige, beide Seiten zufriedenstellende Lösung dieser heiklen Frage herbeiführen.

Einen Konflikt mit Spanien wegen Kuba wird wohl die Union vermeiden, nachdem die Insurrektion sich als unhaltbar erweist. Die Organe der spanischen Regierung stellen den Aufstand im Erlöschen dar, während die Insurgenten behaupten, noch 25,000 Mann im Felde zu haben. Die Wahrheit wird wohl in der Mitte liegen.

Die Verhandlungen in den spanischen Cortes über den Verfassungsentwurf sind, nachdem man über den Art. 33 glücklich hinübergekommen, durch welchen bekanntlich die Monarchie als Regierungsform angenommen worden, in schnelleren Fluß gerathen und mit der am 26. d. erfolgten Annahme des Art. 112 zu Ende gelangt. Für die weitere politische Entwicklung des Landes ist nun, nach langem Provisorium, wieder eine gesetzliche Grundlage gewonnen worden. Der Schlusartikel 112 bestimmt, daß über die Wahl der Person des Königs und über die Lösung der Fragen, zu den dieselbe Anlaß geben könnte, ein besonderes Gesetz erlassen werden solle. Vor Oktober dürfte jedoch der Erlass dieses Gesetzes nicht stattfinden und steht bis dahin die Errichtung einer Regentschaft, wahrscheinlich unter Serrano, fest. Der neueste Kandidat für den spanischen Thron, der Bruder des Königs von Portugal, Prinz August, findet in Madrid wenig Anhang. In Lissabon dürfte man wohl noch weniger für dieses Projekt eingenommen sein, da es das Gelpenst der gefürchteten iberischen Union von Neuem heraufbeschwört.

Nur der Mangel eines geeigneten Thronkandidaten kann die Monarchisten zur Hinauschiebung der Wahl veranlassen. Günstig ist ihnen diese Verzögerung nicht, denn einmal wird das Volk an die königliche Herrschaft gewöhnt und dann den Republikanern Zeit gewährt, für die „beste Staatsform“ zu wirken, — sie wollen einstweilen nur gesetzliche Mittel anwenden, — wohl gemerkt, so lange die Regierung sich gut aufführt.

Deutschland.

△ **Berlin, 28. Mai.** Des Königs Abreise ist, wie Ihre Leser vielleicht schon durch den Telegraphen erfahren haben werden, auf den 13. d. M. verschoben. Sein Befinden ist indessen vollkommen befriedigend und ist die neue Verzögerung der Abreise, wie man hört, nur aus Rücksicht der Kurtoisie für den in den nächsten Tagen am hiesigen Hofe als Gast erwarteten Vizekönig von Egypten geschehen. — Die Nachricht von der Nichterneuerung der Kartellkonvention mit Rußland bestätigt sich. Auch Rußland soll eine solche Erneuerung nicht beantragt haben und wird deshalb die Konvention mit ihrem Ablauftermin einfach erlöschen. Die Provinzialbehörden der Grenzprovinzen sind bereits angewiesen, für die Eventualität die betreffenden Vorkehrungen zu treffen, besonders aber für die Ueberwachung des Grenzverkehrs zu sorgen. — Die Polemik über die Schrift des Professor Gneist, betreffend das Schulwesen, wird besonders in liberalen Blättern ziemlich einseitig geführt. Vor Allem muß konstatiert werden, daß die Liberalen mit ihrem Verlangen nach konfessionslosen Schulen in der Schrift wenig Ermuthigung finden. Der Mißbrauch, der in liberalen Blättern mit der Gneistischen Schrift getrieben wird, findet sich auch in radikalen Blättern, wie in der „Zukunft“, angedeutet und gekennzeichnet. Es wird daselbst nachgewiesen, daß Gneist eigentlich auf dem Boden der Schulverwaltung stehe. Ferner wird auf Stellen hingewiesen, mit denen er warnt, durch anspruchsvolle Resolutionen und Parteipostulate, oder durch Beschlüsse und Forderungen einzelner Fraktionen, die Grundlagen des preussischen Schulwesens zu alteriren. „Es muß darauf hingewiesen werden“, sagt er a. A., „daß wir in einem Lande leben, in welchem Universitäten, Ge-

*) Die Nachricht wird bereits demittirt. Vgl. unter Frankreich.

lehren, Mittel- und Volksschulen nach einem Plane längst durchgeführt sind, daß ein preussisches Unterrichtswesen nicht erst erfunden werden darf, daß das Vorhandene nach dem umfassenden Urtheile Außenstehender als das relativ Beste gilt. — Was die Finanzfragen anbetrifft, so erkennt man hier und dort schon das Bedürfnis an, bespricht die Bedingungen und Modalitäten eventueller Bewilligungen. Besonders aber kennzeichnet sich ein Umschwung und das ist der, daß man die Verachtung aller indirekten Besteuerungswege und die fortwährende Bezeichnung der direkten Steuern als einzige rationelle Aufnahmestellen aufzugeben anfängt. — Aus dem Umstande, daß die päpstliche Regierung Militärpflichtige des Norddeutschen Bundes vom Eintritt in die päpstliche Armee zurückgewiesen hat, hat sich das Gerücht verbreitet: die päpstliche Regierung verweigere Norddeutschen oder Preußen den Eintritt in ihre Armee. Die päpstliche Regierung ist dabei aber ganz korrekt verfahren, denn sie könnte einen solchen Eintritt nur denen gestatten, die nach abgeleiteter Militärdienstpflicht die Erlaubnis zum Auswandern oder bei ihrer noch vorhandenen Militärdienstpflicht den besonderen Konsens des Monarchen zu solchem Uebertreite erhalten haben.

Berlin, 28. Mai. Sehr treffend, wie uns scheint, bemerkte neulich Fröbel in der „Südd. Pr.“ über die gegenwärtige Situation in Bayern, die zu so vielen ernstlichen Erwägungen Anlaß giebt: „Die Furcht vor den Ultramontanen hat in der letzten Periode unsere Regierung beherrscht und sie im Ganzen zu einer traurigen Rolle verleitet. Mit einem Bein in jedem der beiden extremen Lager, die Mittelpartei zwischen den Füßen, hat sie so wenig einen Schritt thun können, wie weiland der berühmte römische Koloss.“ Man kann sagen, daß dieser Satz eine viel allgemeiner Anwendung als bloß auf Bayern erleidet, auch in Preußen, obwohl man hier nicht gerade von einer Furcht vor den Ultramontanen reden kann, ist wesentlich derselbe Mißstand zu beklagen, der auf die gesamtdeutschen Verhältnisse von durchaus verhängnisvoller Wirkung ist, daß die Regierung trotz der unzweifelhaftesten und unverfälschten Gegnerschaft der ultramontanen Partei, sich zu einer energischen Scheidung von derselben, der die Gegensätze klar hervortreten ließe, niemals hat entschließen können. Vieles in dieser Haltung ist gewiß auf Rechnung der eigenthümlichen Verhältnisse auf dem Gebiete des Unterrichtsministeriums bei uns zu setzen, aber welches auch die Ursachen sein mögen, die Wirkung auch auf den Süden ist gar nicht zu verkennen, sie besteht darin, daß sowohl die national gesinnte Partei wie die Regierungen des ermutigenden Impulses, der gerade auf diesem Gebiete von Preußen ausgehen müßte, entbehren. Personen, die mit den Verhältnissen Badens genau betraut sind, haben häufig ihr Erstaunen nicht bergen können, daß die preussische Regierung nicht schon bei der streitigen Freiburger Erzbischofswahl ihren Einfluß zu Gunsten der badischen Auffassung geltend gemacht habe, da sie hiermit die wirksamste Propaganda für sich selbst bei der badischen Bevölkerung gemacht haben würde. Von hier aus kann man auf diese Mahnungen unserer süddeutschen Parteigenossen leider immer nur mit einem Achselzucken antworten. Gegenwärtig macht Fürst Hohenlohe den Versicherungen der offiziellen bayerischen Presse zufolge einen erneuerten Versuch sich aus Anlaß des ökumenischen Konzils der immer höher steigenden ultramontanen Fluth entgegen zu steuern und eine Verständigung der europäischen Mächte zum Schutze des Staatsinteresses herbeizuführen. Preußen hat in diesem Falle die Führerschaft abgetreten und es ist das insofern kein Schade, als die Initiative einer katholischen Macht von doppelter Bedeutung ist. Aber sehr zu bedauern wäre, wenn es in einer, dem anerkennenswerthen Vorschlag gegenüber bisher beobachteten kühlen Reserve verparierte, statt demselben die entschiedenste Aufmunterung zu Theil werden zu lassen. Die Wahlen in Bayern soll-

ten auch wohl hier die Augen geöffnet haben, daß die Politik der weber kalten noch warmen Achselträger gegenüber so entschlossenen Feinden, wie den Ultramontanen, nicht ausreicht. Trotzdem werden hier begründete Zweifel unterhalten, daß Fürst Hohenlohe mit seinem Vorschlag irgend einen nennenswerthen Erfolg erreichen wird. Wir werden wohl erst noch mehr Schaden erleben müssen, ehe wir klug werden. — Die heutige Sitzung des Reichstages war von pikantestem Interesse, da in den obersten Regionen eine höchst amüsante Uneinigkeit herrschte. Nach einer Rede Roon's, die, um das Gelindeste zu sagen, seinen oratorischen Ruhm, wenn solcher vorhanden wäre, auf ewig vernichtet haben würde, trat der heftigste Bundeskommissar, Herr Hofmann, auf und sprach so zum Herzen der Linken, daß dieselbe ihn mit fortwährenden Zeichen der Zustimmung, Hört, Bravo's und Beifall begleitete. Vom Bundesrath ist man nicht verwöhnt und wirklich war, was Hr. Hofmann hinsichtlich der Immunität des Militärs vorbrachte, äußerst vernünftig, natürlich, wenn man die übliche Dosis vom heftigsten Partikularismus abzog. Dabei zerzauste er die etwas ungezügelt vorgebrachten Argumente des Hrn. v. Roon in so eleganter Weise, daß man diesem den schlechten Humor, in den er versiel, lebhaft nachempfinden konnte. Schließlich hatte er denn auch wenigstens die Genugthuung, daß der Reichstag, in dem er den ersten Theil des Kommissionsantrags annahm und sich damit für die einheitliche Regelung des Gegenstandes aussprach, ihm wenigstens theilweise Recht und dem Bundeskommissar Hofmann somit Unrecht gab. Hr. v. Forckenbeck wies diese Bundesgenossenschaft ebenfalls zurück. Sehr gut und beredt von seinem Standpunkt aus, der aber doch immer auf den Militärstaat im Staat herauskommt, sprach Moltke.

Das Befinden der Königin Augusta bessert sich, einem aus Baden-Baden hier eingegangenen Telegramm zufolge, täglich und wird hoffentlich nächstens das Verlassen des Zimmers gestatten.

In Folge einer kriegsministeriellen Bestimmung sind die beiden ältesten Jahrgänge der Landwehr im Oktober d. J. zum Landsturm überzuführen, und somit ihrer ferneren Dienstverpflichtung zu entheben.

Wie der Kultusminister das Verhältniß der Schule zu den Stadtbehörden aufstellt und wie sehr derselbe auf den Einfluß der Geistlichkeit hält, geht aus folgenden Mittheilungen der „R. Z.“ hervor:

In einem, an einen Stadtmagistrat erlassenen Rescripte wiederholt der Unterrichtsminister den Grundsat, daß an und für sich die inneren Angelegenheiten der Schule nicht Sache der Stadt sind. „Weber das allgemeine Landrecht noch die Städteordnung, noch auch die Verfassungs-Urkunde weist sie den Kommunen zu. Eine Uebertragung derselben auf die Kommune kennt das Gesetz nur in der Form der (städtischen) Schuldeputationen, welche durch ihre Zusammensetzung dem Staate eine Bürgschaft für die Sicherstellung der staatlichen Interessen am Schulwesen bieten.“ Eine Stadt, welche auf die Bildung einer Schuldeputation verzichte, entgehe damit zugleich jeder Einwirkung auf die Interna des städtischen Schulwesens, welche in diesem Falle der Staat durch seine Organe wahrnimmt. Der Minister empfiehlt die Einrichtung einer Schuldeputation, weil sie der Selbstverwaltung ein ausgedehntes Feld gewährt, in den meisten größeren Städten der älteren Lande besteht und nach dem Wunsche mehrerer Städte in den neuen Landen bereits auf diese übertragen worden ist. — Dieser war es in verschiedenen Landestheilen üblich, daß die Schulen von den Kreis-Schul-Inspektoren bei Gelegenheit der jährlich ein Mal stattfindenden Kirchenvisitationen inspiziert wurden. Der Kultusminister hat dies, bei den gegenwärtigen Volksschulen zu stellenden Anforderungen und für die Sicherstellung der diesen entsprechenden Leistungen, nicht für ausreichend erklärt, vielmehr angeordnet, daß jede Schule mindestens ein Mal im Jahre durch den Kreis-Schul-Inspektor an Ort und Stelle einer genauen und gründlichen Revision unterworfen werde. Wo es erforderlich ist, soll eine Theilung der größeren Bezirke erfolgen und dem Kreis-Inspektor Gehülfen beigegeben werden. Die Zeitbestimmung bleibt dem Revisor überlassen mit möglichster Rücksichtnahme auf die lokalen Verhältnisse.

Den Direktoren der „höheren Unterrichts-Anstalten“ (also Gymnasien, Realschulen etc.) der Provinz Branden-

burg ist vor einiger Zeit eine „Instruktion“ des vorgelegten f. Provinzial-Schulcollegiums ertheilt worden, worin auch die „Grundsätze und Hauptmittel der Disziplin“ zur Sprache kommen. Da wird es denn „vor Allem“ als die „heiligste Pflicht“ des Direktors bezeichnet, über den gesammten, in Unterricht und Zucht herrschenden Geist der seiner Leitung anvertrauten Anstalt zu wachen. Weiter wird darin, der „Röln. Z.“ zufolge Nachstehendes angeordnet:

„Er, der Direktor, muß auf das Ernstliche bemüht sein, reinen und kindlichen Sinn bei den Schülern zu erhalten und durch Gewöhnung an strengen Gehorsam und pflichttreue Gesetzmäßigkeit und durch Erziehung zu aufrichtiger Gottesfurcht Vergebungen unter ihnen möglichst vorzubeugen. Ebenso wird er jeder verderblichen Richtung der Schüler, möge sie sich in Verleumdung und Unlauterkeit der Gesinnung und Bestrebungen, in unstatthaftem Besuche öffentlicher Vergnügensorte, in ungeziemender Kleidung, in anmaßendem Hervortreten nach Außen, oder wie irgend sonst äußern, mit Ernst und Nachdruck entgegenzutreten. Nächst einem gründlichen und anregenden Unterrichte sind die Hauptmittel zur Erhaltung einer guten Schulzucht die Erweckung, Pflege und Erhaltung des religiös-sittlichen Gesühls der Schüler und das übereinstimmende Verfahren sämtlicher Lehrer in der Behandlung derselben.“ Daber sei es „Pflicht“ des Direktors, nicht allein dem Religionsunterrichte besondere Aufmerksamkeit zu widmen, sondern auch den Besuch des öffentlichen Gottesdienstes, „wo er nicht als eine gemeinsame Pflicht unter Aufsicht der Lehrer eingerichtet werden kann“, durch Ermahnung und eigenes Beispiel zu fördern, „und, wo es ausführbar ist, durch gemeinsame Abendmahlsfeier der Lehrer und Schüler eine christlich-fromme Gesinnung zu beleben.“ Der Anfang des täglichen Unterrichts muß „jedemfalls mit Gebet oder Schriftvorlesung“ erfolgen. Was übrigens zur Schonung der Gesundheit der Schüler beim Unterrichte, insbesondere zur Verhütung der Kurzsichtigkeit Seitens der Schule geschehen kann, muß der Direktor sorgfältig in Anwendung bringen lassen.“

Bei den Musterungsgeheimnissen für den Ersatzbedarf der Armee soll der Geheiß künftig ein besonderes sorgfältiges ärztliches Augenmerk zugewendet werden. Die an dem Gebrechen einer mäßigen Kurzsichtigkeit leidenden, im übrigen als militärtauglich befundenen Mannschaften sind fortan ausschließlich nur für die Infanterie, wobei jedoch die Füßler-Regimenter nicht mit eingezählt, für die Pioniere und den Train zu bestimmen. Den Füßler- und Sägetruppenheeren, der Kavallerie, Feld- und Festungsartillerie dagegen dürfen fernernhin kurzfristige Rekruten nicht mehr zugewiesen werden.

Professor Dr. Hengstenberg ist am 28. Mittag gestorben.

In der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag 28. d. Mtd. erstattete der Stadtverordnete Dr. Gneist Bericht über das mitgetheilte Rescript des Ministers des Innern auf die Eingabe der Versammlung wegen des Ministerial-Erlasses vom 28. November v. J., betreffend das Verfahren bezüglich der Bestätigung der Magistratsmitglieder und der Erhaltung von Bestellungen an dieselben.“ Referent bemerkt, daß man allerdings alle Veranlassung habe, gegen das Rescript des Ministers weiter zu remonstriren, wenn nur eine weitere Stelle da wäre. Unter diesen Umständen könne es sich nur empfehlen, die sämtlichen Schriftstücke der schon bestehenden Deputation zu überweisen, welche sich bis zum Oktober über eine an das Abgeordnetenhaus zu richtende Petition schon schlüssig machen werde. Nach kurzer Debatte erklärt sich die Versammlung damit einverstanden.

In der Journalterschen Angelegenheit sind der „Post“ zufolge die Untersuchungs-Akten nunmehr von dem Kultusminister an die Staatsanwaltschaft zurückgegeben worden. Das Verfahren ist so weit gediehen, daß für die nächste Zeit die Erhebung der Anklage und deren Verhandlung vor der VII. Deputation des Kriminalgerichts zu erwarten ist.

Wegen Mittheilungen in den Nummern 37, 42 und 47 der „Zukunft“ über das zinslose Darlehen, welches angeblich aus dem Emeritenfond der pommerischen Geistlichkeit an den Pastor Duistorp zu Damerow gewährt sein soll, ist gegen das Blatt eine Anklage auf verleumdende Verleumdung des Konfessionsrats der Provinz Pommern, insofern dasselbe bei Verleumdung des gedachten Fonds sich einer groben Pflichtwidrigkeit schuldig gemacht haben solle, erhoben worden.

In König erhielt am 24. bei der Präsentationswahl von Südpommerellen zum Herrenhause der polnische Kandidat, Graf St. v. Szapski-Bukowicz, die Stimmenmehrheit.

Oesterreich.

Triest, 28. Mai. (Tel.) Der Bizetönig von Egypten ist soeben hier eingetroffen. Die Kanonen des Kastells und der Kriegsschiffe gaben den üblichen Salut; die Zivil- und Militärbehörden waren zum Empfang anwesend. — Die Nachrichten der Ueberlandpost reichen aus Bombay bis zum 8. Mai, aus Kalkutta bis zum 4. Mai. Der ehemalige Emir von Kabul, Azim

Saisontheater.

Bei der Lektüre des Donnerstags-Komödienzettels, welcher „Die Dachdecker“ von Angely verhielt, waren wir gar nicht darauf gefaßt, in dieser Posse einen alten Bekannten wiederzufinden. Sobald aber der Vorhang sich erhob und bald darauf das Tragbrett mit den beiden Dachdeckern vor dem geöffneten Fenster der Dachstube im 3. Stock erschien, und dieselben in das Zimmer vor dem hereinbrechenden Gewitter flüchteten, da war uns klar, daß wir das Stück schon gesehen haben mußten. Aber auf welcher Bühne? Bei Mutter Grab ist in Berlin vielleicht? Nein, aber in der Gnomonia war es, so hieß der Silletanten-Handwerkerverein, der in der Vorstadt versteckt den Tempel der Kunst aufgeschlagen hatte, — da war es, wo uns kleinen Leute besonders Medrosy, Naimund, Angely u. s. w. mit ihren Produkten ergötzen und trübten. Garmlos und ohne kritischen Schmerz jubelten wir damals — es sind an die 20 Jahre her — dem letzten Dachdecker Peter Wegold und seinem halb dreißigen, halb schüchternem Auftreten in vornehmer Gesellschaft zu, und preisen in unserem kindlichen Gemüth den glücklichen Zufall, der in derselben Dachstube, aus welcher Peter aus Pseudograt geholt wurde, bald darauf Feuer ausbrechen läßt. So kann der zufällig vorübergehende Peter sein Dachdecker-talent behaupten und den echten Grafen v. Rothenshelm retten, worauf Alles, ohne Stimmführung der Polizei, sehr schön zu Ende ging. Und heute? Böse, blaßte Welt, du hast den Glauben an die Naivität des Zufalls ganz verloren und begünstigst ihn und Alles, was unsere Kinderherzen damals rührte, mit dem empörenden terminus technicus — Blech. Da ist dir freilich nicht zu helfen.

Von einer besonderen Aufführung dieser Posse älteren Datums, die noch frei von scharf gewürzten Couplets und keinen Kankan kennt, ist aber nicht viel zu berichten, der Stütze, der etwas zu thun hat, ist Feld Peter. Bei der Darstellung desselben hätte Herr Sauer noch etwas täppischer sein können, der Handwerker, der den Peter damals gab, lernte beispielsweise beim Präsentiren des Thees mehrere Tassen, jede mit einem Zug, aus, das verfehlte nicht, ellenhohen Jubel hervorzurufen, warum unsern Kleinen nicht gleiche Freude bereiten?

Das burleske Singspiel: „Guten Morgen, Herr Fischer“ ist nach einem guten Stück sehr an seinem Platz, vorausgesetzt, daß es fleißig eingeübt und gut gegeben wird. Die Darsteller des Dr. Sippe, der beiden Fischer sen. und jun. nutzten nur wenig die nahe liegende denkbare Komik ihrer Rollen aus, und sie sollen doch für die gehörige Zwischfeller-Schütterung sorgen.

Aurora Hippo, Frau Heygel-Spiseder und Dienstjungfer Guste, Frä. Bertina, wurden dagegen desto besser wiedergegeben, besonders sprach uns dies mal durch die Ungezwungenheit und gefällige Munterkeit ihres Spiels Frä. Bertina an.

Freitag war der große Abend, die Aufführung der angepriesenen Tannhäuser-Parodie. Mit Vorliebe hat sich gerade perflüsternder Humor auf Tannhäuser-Parodien geworfen. Die ungenöthlich neue Bahnen einschlagende Musik Wagners, der populäre historische Sängerkrieg auf der Wartburg, ein davor Sujet für nahe liegende Vergleiche, reizten gleich sehr dazu. In einer guten Parodie müssen die Vergleiche ungezwungen sich wie von selbst ergeben und wohl treffend sein. Unser musikalisches Verständnis reicht nicht aus, um anzuerkennen, wie weit die Karl Binder mit der Parodie des unfaßlichen Textes gelungen ist, nach dem Urtheil von Fachleuten ganz besonders gut. Höchst ergötlich waren die Anklänge an „Die Pischgauer

wollten wallfahrten gehen“, so wie das lustige schnelle Tempo des munteren Wanderleides, mit welchen die aus dem Lande verwiesenen Liebertäfler im vollen Gegenatz zu dem imposanten, wüthigen Gänge des Tannhäuserischen Pilgerschors einherziehen. Die Parodie des Wort-Lexes ist die altbekannte und anerkannte. Es kam darauf an, durch gründliche Einübung der Gesammtparodie Leben und Erfolg zu geben. Es ist sowohl die Geschehen als auch durch die vortreffliche Wiedergabe der einzelnen Hauptrollen das zahlreich vorhandene Publikum in eine höchst animirte Stimmung versetzt worden. Hrn. Eckert's Leistung als Musikenthusiast Purzl zu detailliren, hält schwer, wir raten Jedem, die persönliche Bekanntheit mit ihm zu machen. Außer ihm fertigen Frä. Bertina als sentimentale Elisabeth mit ihrem schwer zu stopfenden Strumpfe und dito Herzensdrange nach ihrem Heinerich und Frä. Maabe als zierliche Venus und Delikatessenkellerinhaberin mit vielem Humor und gutem Geschick für Vernebrung der Heiterkeit. Hr. Lenz entsprach wohl den gesänglichen Anforderungen seiner Rolle, sonst war er kein guter, parodirter Tannhäuser, auch ein solcher darf nicht so mattherzig, natürlich simpel ausfallen, und spielen wie Dr. Lenz. Die Anordnung des Aufzuges in der Halle der Wartburg war geschickt und ging dieselbe ohne Steifen und sicher vor sich. Ueberhaupt geschah die ganze Aufführung von Seiten sämtlicher Darsteller mit stichtlicher Vorliebe. Zahlreiche Beifalls-salven lobten Kapelle und Darsteller für den gewährten Genuß. — t

Die Pazifik-Bahn.

Unter der Ueberschrift: „Es ist vollbracht“ feiert die Newyorker Handelszeitung“ das Ereigniß der Vollendung der Eisenbahn nach dem Stillen Meere in einem Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

Die letzte Schiene ist gelegt, von Vorbeerbolz mit Silber eingelegt die letzte Schwellen. Der letzte Bolzen ist eingetrieben, von geliegender Golbe, mit der Wucht eines massiv silbernen Hammers. Es erschallen Glodentöne und ein Jubelruf erhebt sich im gleichen Moment, wenn auch zu verschiedenen Tagesstunden, während vom Orte der That nach dem Gestade des Stillen und des Atlantischen Meeres und in das Herz des von Meer zu Meer reichenden Landes telegraphirt wird, daß der letzte Hammer Schlag geschickt. Und fackelzüge bewegen sich durch die Frühlingsnacht, im fernsten Osten, im fernsten Westen durch die Prairien und Waldgegenden im Herzen des Landes, welches sich vergehlich nach seines Gleichen umschaut.

Es ist vollbracht, die Eisenbahn nach dem Stillen Meere vollendet! Die großartigen Schöpfungen häufen sich in dieser Zeit so sehr, daß die einzelnen kaum ihrer ganzen Bedeutung nach gewürdigt werden. Hier sehen wir ein Werk vollendet vor uns, dessen Wichtigkeit und Nothwendigkeit zwar schon seit langer Zeit von einigen Denkern erkannt, das aber noch vor wenigen Jahren nicht allein von Kurzsichtigen als ein Hirngespinnniß betrachtet wurde. Noch ist es gar nicht lange her, daß man in Sacramento den ersten Postirer, welcher den Weg über Land gemacht hatte, als den Pionier einer neuen Ära jubelnd mit Fackelbegleitung empfing. Nachdem dieser Fackel die Bahn gebrochen, folgte die Postkutsche. Mit ihr zu reifen, war ein nicht ungefährliches Unternehmen, denn die Indianer waren der Neuerung nicht hold. Damit die Sache möglich sei, mußten unterwegs Stationen errichtet werden, in denen man einkehren und neues Gespann nehmen konnte. Seit drei Jahren haben sich die Touren dieser Gefährte immer mehr verkürzt. Langsam aber sicher fuhr die Lokomotive hinter ihnen drein und

und verdrängte sie aus einer Station nach der andern. Jetzt ist es ganz um sie geschehen. Durch die Bildung, welche bald keine Bildung mehr sein wird, macht man nunmehr auf der Eisenbahn die Reise nach dem Stillen Meere. Wie schnell ist dies Alles gekommen! Noch scheint es wie ein Traum, daß wir, sobald die Arrangements getroffen sind, in Newyork in den Wagen steigen können, welcher uns bis nach San Franzisko bringt, in einer Frist, die noch vor wenigen Jahren kaum hinreichte, um den Staat Newyork zu durchkreuzen. Und die Vollendung kam so plötzlich, so unerwartet, daß man nicht einmal die nötige Ruhe fand, um ein der Würde des Moments entsprechendes Nationalfest zu veranstalten. Wir nahmen Noth zu den Fortschritten der Arbeit, meldeten die Vollendung einer Section von 20 Meilen nach der andern und sprachen noch im Anfang dieses Jahres die fähne Hoffnung aus, daß im Verlaufe des nächsten die Bahn fertig sein werde. Jetzt, bevor ein halbes Jahr verflossen, ist sie fertig und an vollreife Städte vorbei, welche den Platz der ehemaligen Poststationen einnehmen, zieht sich in vollem Betrieb die Bahn, welche einen großen Theil des Weltverkehrs vermitteln wird.

Wie unerwartet, aller Berechnung spottend, und dennoch harmonisch doch im Vollerleben Alles in einander greift! Der Pfeil fliegt vom Bogen, ohne daß der Schütze seinen Flug berechnen kann; aber da, wo er trifft, bezeichnet er uns die Stelle, an welcher das Samenfort künstlicher großer Ereignisse keimen soll. Wer hat wohl, als der General Scott sich nach Mexiko einschiffte, daran gedacht, daß dies der vorbereitende Schritt zur Verbindung zweier Weltmeere, zu einer vollständigen Umgestaltung des Handels und Verkehrs sein werde? Und doch war dies der Fall. Der Krieg mit Mexiko hatte die Erwerbung Kaliforniens zur Folge, dort wurde das Gold entdeckt und dadurch ein Werth der neuen Besizung enthüllt, den Niemand geahnt. Dorthin zu gelangen, war mit bedeutendem Seiterverlust und mit sehr großen Unkosten verknüpft; man sehnte sich nach einer schneller Verbindung über Land, hielt dergleichen aber für eine Unmöglichkeit. Weiter war es, das Kap Horn zu umschiffen, als den Kontinent zu durchkreuzen. Es wurde darauf gebrungen, daß etwas geschehe, aber was sollte es sein? Eine Eisenbahn? Unfönn! Da gab unser Bürgerkrieg die Entscheidung. Zur ökonomischen Nothwendigkeit gesellte sich die politische. Man sah sich in die Unmöglichkeit versetzt, die Staaten an der Küste des Stillen Meeres zu schüßen, und durfte ihre Kräfte nicht für die gemeinschaftliche Last in Anspruch nehmen, damit sie im Fall auswärtiger Verwickelungen zur Selbstverteidigung im Stande sein möchten. Nahe lag gar sie die Verführung, sich von einem Bunde zu trennen, an den sie nur durch so schwache Bänden geknüpft waren, und von Seiten des Feindes wurden große Anstrengungen gemacht, das Ansehn einer passiven Republik zu bewirken. Die Gefahr einer Zerreißung der Republik war groß, und so ist es mehr als ein Zufall, daß gerade in die Zeit des Bürgerkrieges der Beschluß des Kongresses fiel, durch Staatshilfe die Erbauung einer Eisenbahn nach dem Stillen Meere zu ermöglichen. Aber welche Unterfangen! Zwei Gebirge, 7000 bis 8000 Fuß hoch, das Bergengebirge und die Sierra Nevada, Gebirge, welche noch kaum durchforscht waren, mußten überschritten werden. Die Annahme, daß die Arbeit, falls sie überhaupt ausführbar, mindestens ein Decennium beanspruchen werde, war durchaus gerechtfertigt. Der Beschluß datirt vom 1. Juli 1862. Die Bedingungen, welche der damals incorporirten Union-Pazifik-Eisenbahn-Kompagnie gestellt wurden, sind unseren Lesern bekannt. Man war unglücklich über die Route, welche einzuschlagen sei, und darüber vergingen nicht weniger als vier Jahre. Das Gesetz gab der Kompagnie Zeit bis zum Jahre 1876; alsdann mußte die Bahn vollendet sein oder die

Khan, bedroht angeblich mit 40,000 Mann Herat. Aus Hongkong vom 20. April wird berichtet, daß mehrere der einflussreichsten Daimios auf ihre Truppenmacht und ihr Territorium verzichtet haben, um die Zentralgewalt zu stärken.

Frankreich

Paris, 27. Mai. (Tel.) Jules Favre, Rochefort, Thiers, d'Alton-Schée, Garnier-Pagès, Raspail, Ferry und Cochon halten sämtlich ihre Kandidaturen in Paris aufrecht. Die von den meisten demokratischen Blättern unterstützte Liste des "Vœux national" für die Pariser Nachwahlen lautet: Zweiter Bezirk Thiers, fünfter Garnier-Pagès, sechster Ferry, siebenter Jules Favre. Für d'Alton-Schée, Raspail und Rochefort tritt namentlich der "Reveil" auf.

Die "Patrie" meldet: Ein Blatt zeigt an, daß zwischen Frankreich und der italienischen Regierung, soeben ein Vertrag abgeschlossen worden ist wegen des Zurückziehens der französischen Truppen aus den römischen Staaten. Diese Nachricht ist unrichtig. Das Bleiben oder die Abberufung unserer Soldaten kann zu gar keinem Vertrage Anlaß geben. Frankreich hat Truppen abgeandt, um den offenkundig verletzten Septembervortrag zur Ausführung bringen zu lassen. Es allein hat die Frage zu entscheiden, ob seine Truppen ohne Uebelstand zurückgerufen werden können und bisher ist diese Frage nicht geprüft worden.

Spanien

Madrid, 27. Mai. (Tel.) Der Verfassungsentwurf ist, nachdem die Cortes denselben nunmehr paragraphenweise vollständig durchberathen haben, an den Verfassungsausschuß zur Revision zurückgegangen. Der Tag der definitiven Abstimmung über den Gesamtentwurf wird später festgelegt werden.

Italien

Das neue Kabinett in Italien ist nun, nachdem der aus dem früheren Ministerium herübergenommene Justizminister Filippo seinen Posten aufgegeben und durch den Senator Girautti ersetzt worden ist, rekonstruiert. Die Mitglieder der Deputirtenkammer sind von ihren Pfingstferien zurückgekehrt und die parlamentarische Thätigkeit ist wieder aufgenommen worden, aber sie will noch nicht in rechten Gang kommen. Die Theilnahme an den Sitzungen der Deputirtenkammer ist eine so geringe, daß der Präsident drei Tage hintereinander dieselben wegen Unvollständigkeit hat aufheben müssen. Erst die Finanzvorlagen des Grafen Cambray-Digny werden wohl die Deputirten aus ihrer Mattigkeit aufrütteln. — Es sieht beinahe aus, als ob keine der Parteien, welche in der neuen ministeriellen Koalition vertreten sind, sich mit voller Sicherheit in die neue Situation zu schicken und dieselbe auszunutzen wisse, als ob jede Partei abwarten und den neuen Verbündeten die Initiative überlassen wolle, um dann ihr Spiel zu ordnen. Dieser vorsichtigen, abwartenden Haltung gegenüber macht die Opposition alle eifrigeren Anstrengungen, das durch die Koalition der gemäßigten Partei verlorene Terrain theilweise wenigstens zurückzuerobieren und glaubt, daß ihr hierzu bei den durch die Kabinetveränderungen notwendigen Ergänzungswahlen ausgiebige Gelegenheiten geboten werden wird. Auf diese konzentriren sich gegenwärtig die Anstrengungen aller Parteien. So lange der Kampf auf dessen Ausgang man in Regierungskreisen nicht ohne Besorgnis blickt, nicht entschieden ist, wird die Regierung kaum in der Lage sein, die beabsichtigten großen Reformarbeiten in Angriff zu nehmen und ihr Programm zur Geltung zu bringen.

Rom, 21. Mai. Daß der Gesundheitszustand des Papstes durch eine ungünstige Metamorphose seines Fußleidens eben so entschieden bedroht sei, wie man die möglicher Weise damit verbundene Gefahr im Vatikan geschickt zu verbergen wisse, ist eine italienische Zeitungsnachricht, die wie fast alle von der liberalen Presse über das Befinden des heiligen Vaters gemachten Mit-

theilungen an Uebertreibung leidet, wie die der konservativen im entgegengekehrten Sinne. Diese stellt ihn wie einen „ambulanten Hospitale“, beide haben Unrecht. Pius IX. ist seit zwei Jahren sichtlich zusammengelassen, der Aufstand im Oktober 1867 und was ihm folgte hat ihn innerlich gebrochen. Dabei ist er aber eine von den glücklichen Naturen, welche nicht schwer zur Resignation übergeben. Doch hat, was sich mit der Feier seines Priester-Jubiläums unerwartet verband, ihn physisch und geistig mehr als sonst angegriffen, so daß Abspannung und Schwäche in den letzten Tagen zunahm. Deshalb wurde ihm vom Dr. Costantini der neuliche Ausflug nach Kastelgandolfo mit auf das Rezept gesetzt. Nach dem Peter-Paulstage ist eine längere Villeggiatur in Aussicht.

Großbritannien und Irland

London, 26. Mai. Aus Irland kommen wieder bedeutendere Nachrichten. In Queenstown wurden 3 Leute verhaftet, welche unter verdächtigen Umständen militärische Uebungen anstellten. Die Polizei befahl ihnen sich zu entfernen. Anstatt dem Befehle Folge zu leisten, machten sie mit dem umstehenden Pöbel einen Angriff auf die Polizisten. Diese jedoch erhielten Verstärkung und brachten die drei Feind in Haft.

Türkei und Donaufürstenthümer

Bukarest, 28. Mai. Die von der Kammer an den Fürsten gerichtete Adresse versichert demselben die Ergebenheit des Landes und verspricht kräftige Unterstützung der gegenwärtigen Regierung, welche die Bahn des wahren Fortschritts, der Sympathie und Ordnung betreten habe.

Norddeutscher Reichstag

47. Sitzung

Berlin, 28. Mai. Eröffnung um 11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Delbrück, v. Roon, v. Puttkammer, Michaelis, v. Podbielski, Ribbed. Die Wahlen der Abgg. Dr. Firsich und Prinz Handjery werden für gültig erklärt; ein gegen die letztere vorliegender Protest wird als unerblich betrachtet.

Abg. Stephani referirt über den Antrag des Abg. Hagen wegen der Bundespräsidial-Verordnung über die Kommunalsteuern der Militärs und die bezüglichen Petitionen. Die Kommission beantragt: Der Reichstag wolle beschließen zu erklären: 1) daß, abgesehen von andern beachtlichen Bedenken, Artikel 61 der Verfassung sich nur auf die bei Publikation der letztern bereits vorhanden gewesene preussische Militär-Gesetzgebung bezieht und beziehen kann, nicht aber auf solche preussische Militär-Gesetze oder Verordnungen, die erst nach Publikation der Verfassung erlassen worden sind oder erlassen werden; 2) daß das Verhältnis des Militärs zu den Kommunalsteuern einer gesetzlichen Regelung im Sinne der Einheit des Bundesheeres bedarf; 3) der Reichstag wolle dem nachstehenden Gesetzentwurf seine Zustimmung ertheilen: Die in den einzelnen Bundesstaaten bis zum Erlaß der Verordnung vom 22. Dezember 1868 (Bundesgesetzblatt von 1868 Nr. 35) geltend gewesenen Gesetze und sonstigen Bestimmungen hinsichtlich der Heranziehung der Militärpersonen zu den Kommunalabgaben treten bis zur anderweitigen gesetzlichen Regelung ihrer Beitragspflicht unter Aufhebung jener Verordnung wieder in Kraft.

Dagegen bringt 1) Abg. Hagen seinen ursprünglichen Antrag aus Neue in folgender Fassung ein: Der Reichstag wolle beschließen zu erklären: 1) die Verordnung des Bundespräsidiums vom 22. Dezember 1868, betreffend die Einführung der in Preußen geltenden Vorschriften über die Heranziehung der Militärpersonen zu Kommunal-Auflagen im ganzen Bundesgebiet ist durch den Art. 61 der Bundesverfassung nicht gerechtfertigt; 2) die gedachte Verordnung ist daher, insofern sie der verfassungsmäßigen Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages entbehrt, als eine rechtsverbindliche Norm für die einzelnen Bundesstaaten nicht zu erachten; 3) den Bundeskanzler aufzufordern, die Zurückziehung der Verordnung vom 22. Dezember 1868 herbeizuführen. 2) Beantragen v. Fördernbeck, Graf Schwerin und v. Bennigsen statt Nr. 3 des Kommissions-Antrages zu beschließen: den Bundeskanzler aufzufordern, zur anderweitigen Regelung der kommunalen Besteuerung der Militärpersonen einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen das militärische Dienstverhältnis der aktiven Militärpersonen des Norddeutschen Bundes von der Beitragspflicht zu den direkten Kommunalsteuern befreit werde, alle anderen Bestimmungen der Militärpersonen von der Beitragspflicht zu den kommunalen Steuern aber aufgehoben werden.

so wird die Handelswelt sich trefflich dabei freuen. Es werden jetzt die Früchte der Politik geerntet, welcher die Vereinigten Staaten stets in Asten gebührt. Es war die Politik des freundlichen Entgegenkommens, der aufmunternden Unterweisung, der Achtung, ohne der eigenen Würde etwas zu vergeben, der Begünstigung jeglichen reformatorischen Strebens, der Befestigung unvernünftiger Schranken, ohne Annäherung oder Anwendung brutaler Gewalt. England hat dort eine andere Politik befolgt. Amerika verlangt die Dämpfung von Häfen, die Freieibung des Verkehrs mit dem Auslande; aber es fordert nie etwas für sich allein. Es ist der passendste, das größte Vertrauen erweckende Vermittler zwischen dem Morgen- und dem Abendlande, zwischen zwei Welttheilen und zwei Zivilisationen. Die Eisenbahn nach dem Stillen Meere macht es dazu.

Die Vollendung dieses Schienenweges, welcher nur als der erste von mehreren ähnlichen Verbindungslinien zwischen den beiden Meeren zu betrachten, bricht einer neuen Entwicklung in politischer, kulturhistorischer, kommerzieller Beziehung die Bahn, und die Folgen wird man nicht nur hier, sondern überall verspüren. Sehr bald wird man daran gewöhnt sein, in wenigen Tagen auf ebenso bequeme Weise von Newyork oder Boston nach San Franzisko zu reisen, wie man jetzt die Tour von Boston nach Newyork macht. Man wird darin ebenso wenig noch etwas Crütauliches finden, wie gegenwärtig in der telegraphischen Verbindung Amerika's mit Europa. Welches Wunderwort kommt zunächst? Die Pyrale ist schon gegeben; Amerika betrachtet es als seine Aufgabe, die Landenge von Darien zu durchstechen, und läßt sich durch die Hindernisse, welche diesem Unternehmen entgegenstehen, keineswegs imponiren. Vor der Hand aber ist die Einwirkung des jetzt Vollbrachten auf die innere Entwicklung und Gestaltung der Vereinigten Staaten vollkommen genügend, um den Nationalstolz zu befriedigen und den Unternehmungsgeist zu beschäftigen. Die große Republik besteht nicht mehr aus zwei getrennten Hälften. Die Wechselwirkung zwischen der Nationalregierung und dem Volke am Stillen Meere ist fortan eine durchaus unmittelbare. Die Union kann ihr Gebiet jetzt mit derselben Leichtigkeit dort wie hier verteidigen. Die beiden so entfernten Staatenkomplexe werden nicht mehr eine verschiedene Entwicklung nehmen und dadurch einander entfremdet werden. Der Aufschwung Kaliforniens wird fortan ein schneller, rüstiger sein, denn ein großer Theil der Einwanderung wird sich nach jenen verlockenden, bis dahin so schwer zu erreichenden Gestaden wenden. Das Problem des Mormonenthums darf man als gelöst betrachten. Die Heiligen des jüngsten Tages haben ihre Mission erfüllt, indem sie die große Mittelstation für den Verkehr zwischen den beiden Meeren schufen und das Weiter darf man getrost sich selbst überlassen. Der militärische Zug nach Utah war das abenteuerlichste und kostspieligste Unternehmen; mit dergleichen hat es gegenwärtig ganz und gar nichts mehr auf sich, und die Mormonen werden sich als verständige Menschen benehmen, sie werden ihrer Annäherung, ihren schwindehaften Forderungen entgehen müssen, oder die Fluth des Weltverkehrs wird sie aus ihren Wohnstätten vertreiben. Auch das Verhältnis mit dem Indianer braucht uns kein Kopfzerbrechen mehr zu machen. Grollend kämpfend sah er die eiserne Schlaufe sich weiter und weiter durch das Gebiet winden, welches ihm allein gehörte. Die einzige Rettung für ihn ist jetzt die Ansidlung, die Arbeit, die Zivilisation, und er wird sich zu seinem Segen der harten Nothwendigkeit beugen. Wir gratuliren zu einer neuen Aera des Fortschritts, des Friedens und Gedeihens. Das folgen- und segensreichste Werk des Jahrhunderts, es ist vollbracht.

Aus San Franzisko wird unterm 8. Mai über den Jubel, welchen die Eröffnung der Bahn erregte, geschrieben:

3) Friess: an Stelle des Kommissions-Antrages unter 3 den Bundeskanzler aufzufordern, die Zurücknahme der Verordnung vom 22. Dezember 1868 zu veranlassen und dem Reichstage ein Gesetz über Heranziehung der Militärpersonen zu Kommunalabgaben vorzulegen.

4) Graf Schulenburg, v. Moltke, v. Blankenburg u. A.: Der Reichstag wolle beschließen: in Erwägung, daß a) die Verordnung vom 22. Dezember 1868 in ihrer Fassung durch die Bezugnahme auf die Verordnung vom 23. September 1867 zu formalen Bedenken Veranlassung geben kann,

in fernerer Erwägung, daß b) nach der ausdrücklichen Erklärung des Bundeskanzleramtes bei Erlaß der Verordnung nur die Absicht obgewaltet hat, die älteren preussischen gesetzlichen Bestimmungen über kommunale Besteuerung der Militärpersonen, nach Maßgabe des Art. 61 der Verfassung, in dem gesammten Gebiete des Norddeutschen Bundes einzuführen,

in Erwägung endlich, daß c) die angezogene Verordnung vom 23. September 1867 in der That materiell wesentliche Aenderungen und insbesondere Erleichterungen dieser älteren preussischen gesetzlichen Bestimmungen gegenüber den Kommunen nicht enthält; I. über den Antrag Hagen zur Tagesordnung überzugehen; II. den Bundeskanzler aufzufordern, zur Befestigung aller Bedenken die in Preußen am 1. Juli 1867 gültigen Gesetze und Bestimmungen über Heranziehung der aktiven und nicht aktiven Militärpersonen zu Kommunalabgaben, nach Maßgabe des Art. 61 der Verfassung des Norddeutschen Bundes, Seitens des Bundespräsidiums im Vorlaufe ohne Bezugnahme auf die Verordnung vom 23. September 1867 anderweit für das gesammte Gebiet des Norddeutschen Bundes zu publiziren und resp. in demselben einzuführen.

Referent Stephani: In der Kommission herrschte durchweg die Ueberzeugung, daß eine Unregelmäßigkeit in unserm Verfassungsleben vorhanden sei, die gehoben werden müsse, und zwar in einer Form, die jede weitere Erschütterung unseres konstitutionellen Lebens ausschliesse. Diese Ueberzeugung ist als ein schöner Beweis für die tief begründete Anhänglichkeit an die verfassungsmäßige Entwicklung unserer Bundesverhältnisse auf allen Seiten des Hauses mit Freuden zu begrüßen. Nur die Bundeskommissionen vertheidigten in der Kommission die Gesetzmäßigkeit der Verordnung vom 22. Dezember 1868, und wenn ihnen dies vollkommen mißlungen ist, so lag der Grund ausschließlich in der Unlösbarkeit der Aufgabe selbst. Der Artikel 61, auf den die Verordnung sich stützt, legt dem Bundespräsidium das Recht und die Pflicht auf, die gesammte preussische Militär-Gesetzgebung ungeändert für den ganzen Bund einzuführen. Was zu der preussischen Militär-Gesetzgebung gehört, ist in der Verfassung nicht bestimmt; im Zweifelsfalle würde also der spezielle Umfang dieses Begriffs von den beiden gesetzgebenden Faktoren festzustellen sein. Die eigentümliche Natur der fraglichen Bestimmung wurde bei der Berathung im konstituiren Reichstage namentlich durch den Hinweis auf die Nothwendigkeit gerechtfertigt, schnell eine einheitliche Organisation des Bundesheeres zu schaffen und die Bestimmung ward als ein nach Lage der Sache notwendiges Vertrauensvotum für das preussische Kriegsministerium charakterisirt. Der durch Artikel 61 ausgesprochenen Verpflichtung hat das Bundespräsidium entsprochen durch Verordnung vom 7. November 1867, und hiermit war der Art. 61 erfüllt. Jedenfalls konnte derselbe nicht ausgedehnt werden auf eine Verordnung, die ausdrücklich nur für die neuen preussischen Provinzen bestimmt war und erst vom 23. September 1867, also ungefähr 3 Monate nach Publikation der Verfassung selbst datirt. Man hat versucht einzuwenden, daß die Verordnung materiell nur ältere Bestimmungen der preussischen Militär-Gesetzgebung enthalte und blos der Form nach für die neuen Provinzen neu kodifizirt worden sei. Ein solcher Einwand ist durchaus nicht zureichend, kein Faktor der Gesetzgebung ist berechtigt, die Form des Gesetzes einseitig zu ändern, weil hier die Form mit dem Inhalt untrennbar verbunden ist. Es ist keineswegs kleinlich, denn erkennt man einmal den Grundsatz an, daß die Regierung das Recht habe, den Gesetzen eine neue Kodifikation zu geben, dann gesteht man überhaupt der Exekutive die Berechtigung zu, alle Gesetze in einer vollständig ihrem Belieben überlassenen Form zu publiziren, und damit ist die Mitwirkung der anderen gesetzgebenden Faktoren zum großen Theil in Frage gestellt. Jedenfalls muß also zugegeben werden, daß in der Form nicht korrekt gehandelt worden ist; die Kommission glaubte aber, sich nicht darauf beschränken zu dürfen, diese Rechtsansicht auszusprechen, sondern sie hielt es für nothwendig, einen Weg zur Besserung selbst zu betreten. Eine Einigung hierüber war schwer, da eine gewisse Erregung in der Kommission selbst sich geltend machte, die ihren natürlichen Grund in der Thatfache hatte, daß das Rechtsbewußtsein und das Vertrauen zu der Rechtsicherheit im Bunde erschüttert war, und die Verordnung selbst in grollem Widerspruch mit den in den meisten Bundesstaaten geltenden Gesetzen stand. Dennoch war es nothig im Interesse einer einheitlichen Entwicklung unseres Militärwesens, die Differenz zu versöhnen und den vorhandenen Konflikt durch ein Kompromiß auszugleichen. In diesem Sinne wurde in der Kommission ein Antrag gestellt, der die preussische Forderung auf die Hälfte reduzirte; derselbe hat zu meinem lebhaften Bedauern die Majorität nicht gefunden, ich halte mich jedoch als Referent nicht befugt, diesen Antrag

Konfession war verwickelt. Der Anfang wurde im Januar 1866 gemacht. Trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, hat also die Vollendung des Eisenwerks nur drei Jahre und wenige Monate beansprucht. Mehr als jedes Jahre sind gewonnen. Was ist diese Zeit dem Lande, was ist sie der Welt werth! In ihr wird eine Umwälzung geschehen, von der man sich, wie hoch jetzt auch die Erwartungen bereits angepannt sind, keine Vorstellung bilden kann. Rühn ist der Flug der Phantasie, aber er reicht hier zu Lande nicht an die Wirklichkeit heran. Um in einem kleinen Beispiele einen Maßstab für die Beurtheilung großer Verhältnisse zu liefern, sei hier nur erwähnt, daß nach den bis jetzt gesammelten Erfahrungen die Sparnark der Regierung an Transportkosten in dieser Zeit sich auf die Höhe der Summe (21 Millionen Thlr.) belaufen wird, welche sie für die Erbauung der Bahn vorgestreckt.

Die Pazifische Eisenbahn ist ein echtes Nationalwerk. Daß sie in keinem anderen Lande, unter den ungünstigsten Verhältnissen, die sich nur denken lassen, in solcher Stille und so schnell hätte zu Stande kommen können wie hier, läßt sich mit voller Bestimmtheit sagen. Bewundern muß man das Volk, welches sich zu einem so großen Opfer entschloß, während es ohnedies schon so gewaltige Lasten zu tragen hatte. Bewundern muß man aber auch den Muth und Unternehmungsgeist der Kompagnien, welche erst Bedeuten des aus eigenen Mitteln zu Stande bringen mußten, bevor sie Anspruch auf die Hilfe des Staates erlangten, und die nach Erreichung der wohlverdienten Subsidien so Babelhaftes leisteten. Wohl war die große Triebfeder das eigene Interesse; aber wer möchte daran eine Ausstellung knüpfen? Macht die Kompagnie künftig die glänzendsten Geschäfte, häuft sie, ohne Rücksicht auf die Nation, Schätze zusammen, so ist dies ein gerechter Lohn für das übernommene Risiko, die an den Tag gelegte Kühnheit, Energie und Thätigkeit. Viel mag noch auszusagen, mancherlei künftig zu tabeln sein; aber was geschehen, läßt sich nicht fortredemonstrieren, und zu leugnen vermag kein Mensch, daß hier die großartigste Leistung neuerer Zeit vor uns liegt.

Gleichzeitig mit der Kunde von der Vollendung der Pazif. Eisenbahn trifft die Nachricht ein, daß eine amerikanische Gesellschaft unter dem Namen der East India Telegraph Company es unternommen hat, Kanton mit Kalkutta, London und Newyork in telegraphische Verbindung zu bringen, und daß sie noch im Laufe dieses Jahres damit fertig zu werden hofft. Die hiesige "Tribune" bemerkt hierzu: „San Franzisko wird alsdann seine Botschaften für China ostwärts, seine Schiffe westwärts senden; in einem Augenblicke wird es seine Ordres für Thèe und Seide über drei Viertel des Erdumkreises befördern, und aus entgegengekehrter Richtung die Waare in wenig mehr als vierzehn Tagen beziehen. Wir können es nur als einen glücklichen Umstand betrachten, daß das große Unternehmen, Telegraphen nach und durch China zu führen, sich in amerikanischen Händen befindet, und erwarten für die Geschäftsunternahmen unserer Landesleute reiche Ernten auf dem Wege, den diese herren eröffnen.“

Amerika weiß die Aussichten und Vortheile, welche die pacifische Eisenbahn ihm bietet, vollkommen zu würdigen und wird sie zu benutzen wissen. Auf der asiatischen Pappel jetzt nach und nach seinen Weg über San Franzisko und Newyork nehmen und wird dadurch Amerika zum Beherrscher desselben, so liegt das gewiß sehr im Interesse der Amerikaner; der Welt kann aber gar wohl damit gedient sein, daß die Kontrolle so wichtiger Interessen sich in den Händen der Nation befindet, welche am wenigsten von allen geneigt ist, große Verhältnisse engberzig aufzufassen und auszunutzen. Wird in nicht zu fernem Zeit Newyork zum Mittelpunkt des Welt Handels,

Bei Tagesanbruch verkündeten 100 Kanonenschüsse das Fest. Alle föderalen Forts im Hafen feuerten ihre Kanonenschüsse, die Glocken in der Stadt wurden geläutet, die Pfeifen aller Dampfer ließen ihr schrilles Geschrei ertönen. Bei Anbruch der Nacht wurde die ganze Stadt illuminiert. Die Projektion war die größte, die man jemals in San Franzisko sah. Die Bevölkerung war massenhaft auf den Straßen erschienen und legte ihren Eifer an den Tag, ein für die Pazifisten so wichtiges Ereigniß gehörig zu zelebriren. Die Geschäfte waren allgemein suspendirt. Die militärische Parade und die Zivilprojektion waren großartig. Nicht nur die Staatsmilitzen, sondern auch alle disponiblen regulären Truppen in den verschiedenen Forts rückten aus. Stadt und Hafen boten einen überaus prächtigen Anblick dar. während des Tages waren die Hauptgebäude mit den Fahnen fast aller Nationen geschmückt und auf den Straßen drängte sich eine auf- und abwogende Menschenmenge. Um 1 Uhr Nachmittags verließ eine Depesche, die vom Vereinigungspunkte der Bahn kam, daß der letzte Spiker der Zentral-Pazif. Eisenbahn eben eingehämmert werde. Diese Kunde rann wie ein Lauffeuer durch die ganze Stadt, beglückwünschende Botschaften wurden an die Direktoren der Zentral-Pazif. und der Union-Pazif. Bahnen seitens der kalifornischen Pioniere abgedenkt. Auch in Sacramento wurde das Ereigniß großartig und mit Enthusiasmus gefeiert. Die Stadt war mit einer ungeheuren Volksmenge vollgedrängt, die aus allen Theilen des Staats, sowie von Nevada herbeigekommen war. Die in hiesiger Stadt in Sitzung befindliche Grundloge der Odd-fellows hatte eine Einladung akzeptirt, an der Demonstration in Sacramento Theil zu nehmen, und es waren auch Logen von Nevada, Groß-Valley, Vallejo, San-Franzisko, Marysville, San Jose, Marysville, Virginia City und Gold Hill in Nevada erschienen. Die Transportlinien wurden dem Reiseverkehr des Publikums freigegeben und die Bevölkerung benützte die gebotene Gelegenheit und strömte scharenweise nach Sacramento. Die Zentral-Pazif. Kompagnie hatte 30 prächtig dekorierte Lokomotiven vor der Stadt aufgestellt, und als die Nachricht kam, daß der letzte Spiker in die Bahn vertrieben werde, fingen die 30 Dampffesseln der Lokomotiven an Lärm zu machen. Alle Glocken der Stadt stimmten in den Chorus ein. Die Kunde von der Vollendung der Bahn rief großen Enthusiasmus in allen Städten Kaliforniens hervor. Am 10. wurde die erste von Japan nach St. Louis bestimmte Dampfsendung vermittelt der Pazif. Eisenbahn transportirt. Der Ueberlandverkehr mit China und Japan hat somit begonnen. Die Bahn vom Omaha bis Sacramento gehört zwei Kompagnien, die sich wahrscheinlich bald in eine verschmelzen werden; der Union Pazif. Railroad Kompagnie, welche von Osten zu bauen anfing, und der Zentral Pazif. Railroad Kompagnie, welche ihr von Kalifornien aus entgegen kam. Beide Korporationen existirten schon 1862, doch der eigentliche Bau begann erst, nachdem 1864 der Kongreß die ursprünglichen Landbesitzungen verdoppelt und für die sonstigen Regierungszwecke statt mit einer ersten mit einer zweiten Hypothek sich begnügt hatte. Unter diesen Verhältnissen war es freilich eine Lust zu bauen, und das Werk schritt ungläublich rasch vorwärts, da für jede fertige Strecke aus der Bundeskassa die betreffenden Millionen in zinstragenden Papieren floßen.

hier für meine Person im Plenum zu wiederholen. Nachdem so eine Einigung über eine definitive anderweitige Regelung unmöglich geworden, blieb als einzig möglicher Ausweg der Ihnen jetzt vorliegende Antrag der Kommission übrig, der in der schonendsten Form den nicht verfassungsmäßigen Zustand wieder in gesetzliche Bahnen zu lenken sucht. — Die übrigen hier gestellten Anträge bitte ich Sie, abzulehnen. Der Antrag des Abg. v. Schulenburg auf motivirte Tagesordnung erkennt zwar auch die Nichtverfassungsmäßigkeit der Verordnung an, fügt sich aber darauf, daß sie materiell wesentliche Änderungen und insbesondere Erschwerungen der älteren preussischen gesetzlichen Bestimmungen gegenüber den Kommunen nicht enthalte, vielmehr die Exemtionen des Militärs zu Gunsten der Gemeinden abändere. Meiner Auffassung nach ist es vollkommen gleichgültig, wenn eine Rechtsverletzung vorliegt, zu wessen Gunsten oder Ungunsten dieselbe geschieht; wie haben hier einfach die Verletzung zu konstatiren, und zwar umso mehr, als das Militär eben so gut wie alle übrigen Bürger unserer Fürsorge und dem Rechtsschutz des Staates unterliegen. Der Hauptgrund zur Ablehnung des Antrages aber scheint mir darin zu liegen, daß man über die Entscheidung einer Rechtsfrage überhaupt nicht zur Tagesordnung gehen darf. Halten Sie die Verordnung für verfassungsmäßig, so erklären Sie dies offen, suchen Sie die Sache aber nicht todzuschmeißen. Der Antrag des Abg. Hagen stimmt in seinem ersten Theile mit dem der Kommission materiell überein, dagegen erscheint mir der zweite Theil sehr bedenklich; durch Annahme desselben würden wir den Konflikt nicht heilen, sondern verewigen. Der Antrag des Abg. v. Fordenbed und Genossen kommt meiner persönlichen Auffassung am nächsten, er will eben so wie der in der Kommission abgelehnte, den Bundesrath auf eine gesetzliche Regelung hinleiten und ihm gleichzeitig die Direktion für den einschlägigen Weg an die Hand geben, während der Antrag Fries meiner Ansicht nach seinem Zwecke nicht entspricht, denn eine einfache Aufforderung an den Bundeskanzler, die Sache gesetzlich zu regeln, ist kein Heilmittel für den gegenwärtigen Zustand. Wir stehen hier gleichsam als Aerzte am Bette eines Kranken. Der eine will die Wunde einfach mit einem Pflaster überdecken und sie unter demselben fortleiten lassen; der andere schlägt vor, zwar auch die Eiterung nicht zu beseitigen, aber auf den Weg der Heilung überzuführen, der dritte endlich will die Wunde ausschneiden und sie heilen. Prüfen Sie die diese Vorschläge und dann wählen Sie!

Abg. Hagen: Die Rechtsgültigkeit der Verordnung muß, wenn sie erkannt wird, auch ausgesprochen werden. Der preussische Kommissar hat sich auf die Autorität eines Juristen berufen, der die Rechtsgültigkeit auf ausdrückliches Befragen bestritten hat; zum Glück hat er den Namen dieses Juristen nicht genannt, denn von 100 Juristen werden 99 anderer Meinung sein. Ein anderer Kommissar berief sich auf die bona fides, in der die Verordnung erlassen sei und bezeichnete die Exemtion von Gewerbesteuern als einen Lapsus calami, der sich seit 30 Jahren durch diesen Theil der Gesetzgebung ziehe und der nur gelegentlich zu Gunsten der Stadt Frankfurt fortrigert worden sei, eine juristische Ungehörlichkeit. Die Verordnung hat vielmehr mit derber Hand in den Rechtszustand der Kommune eingegriffen und von der großen Befugnis, welche Art. 61. der Verf. dem Bundespräsidenten durch Einführung der preussischen Militärgesetzgebung im Bundesrath einräumt, einen Gebrauch gemacht, bei dem das legale Mitwirkungsrecht des Reichstags vollständig verloren geht. Von den vorliegenden Anträgen bezeichnet der Redner den des Grafen Schulenburg zwar als unannehmbar, aber doch als konsequent. Dagegen hat er mit Befremden die Namen dreier parlamentarischer Korpsien unter dem Forderbedschen Amendement gelesen; man möchte fast glauben, die nationalliberale Partei sehe den Boden der Bundesverfassung durch den vorliegenden Antrag zittern. Justitia rognorum fundamentum! Daran, daß in dieser Frage das, was Recht ist, auch Recht wird, — daran wird der Norddeutsche Bund nicht zu Grunde gehen.

B. R. v. Koon: M. H.! Gestatten Sie mir, in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ausschusses des Bundesrathes für Landwehr und Besatzungen einige Bemerkungen zu der zur Debatte stehenden Angelegenheit. Was die eigentliche Rechtsfrage anbelangt, so will ich sie in diesem Augenblicke nicht diskutieren, weil ich glaube, daß die Vertretung des Bundes über geeignete juristische Kräfte verfügt, als es die meinsten sind. Ich will nur über die Ausführung der verschiedenen Anträge, welche Ihnen vorliegen, einige Bemerkungen machen. Ich habe nicht die Absicht, diese Aufgabe in irgend einer tragischen Weise zu lösen, wenigstens ich dazu Aufforderung haben könnte, indem die fraglichen Interessen der Militärpersonen hier Gefahr laufen, verletzt zu werden, und dies etwa Befremden erregen könnte gleich nach zwei glorreichen Kriegen. Es scheint mir, daß in der Beziehung — wenigstens ohne alle Empfindung — darauf hingewiesen werden könnte, der Reichstag in seiner gegenwärtigen Zusammenkunft mit seinen gegenwärtigen Befugnissen und Rechten, sowie der Bund überhaupt, sei doch nur möglich geworden durch die Anstrengungen und Leistungen der Armee, deren Interessen in gewissem Grade, durch die Tendenzen, die von verschiedenen Seiten her verfolgt werden, verletzt zu werden bedroht sind. Allein, m. H., ich erwähne dies bloß der Vollständigkeit wegen, „sine ira et studio“, wie die Herren so zu sagen pflegen; ich führe es bloß an und verwahre mich ganz ausdrücklich vor jeder tragischen Auffassung des Beweises, und zwar um so lieber, als ich in der That durchaus keinen Zweifel daran habe, daß auch in dieser Frage Recht Recht bleiben wird. Die Immunitäten von Kommunalsteuern sind in der preussischen Armee, wie Sie wissen, ein altes Gewohnheitsrecht, ein Recht, welches vielleicht um deswillen ihr verliehen worden ist, um die Gehälter auf Grund dessen in den mäßigen Grenzen halten zu können, welches aber auch vielleicht um deswillen gegeben und verliehen worden ist, weil man die Konflikte scheute, die aus kontroversen Pflichten von selbst sich ergeben würden, wenn die Militärpersonen zugleich Mitglieder der Gemeinde wären. Sie werden mir zugeben, daß man den Militärpersonen nicht die Verpflichtungen der Gemeindeglieder aufzuerlegen beabsichtigt sei, ohne ihnen zu gleicher Zeit auch die Rechte derselben zu geben. Wenn das aber der Fall ist, und ich glaube, es wird von keiner Seite bestritten werden, so entsteht nun die Frage, ob denn die Vereinigung dieser Rechte und Pflichten möglich ist mit den anderweitigen Rechten und Pflichten, die die Betreffenden von Amiswegen in ihrer Eigenschaft als Militärpersonen auszuüben haben; und diese Frage muß ich nach meiner Erfahrung entschieden verneinen. Es würde nach meiner Auffassung die Vertretung der Interessen der Militärpersonen, innerhalb der Gemeinden durch die Militärpersonen selbst ganz illusorisch werden, oder, falls eine solche versucht würde, so fürchte ich, würden daraus die unangenehmsten Konflikte, viel unangenehmere, als die vorher von der Tribüne geschilderten, hervorgehen. Es liegt, wenn Sie ein wenig über dieses Verhältnis nachdenken wollen, in der That nicht sehr fern, sich davon vollständig zu überzeugen, daß man nicht Mitglied des Gemeinderaths sein kann, wenn man nicht zu gleicher Zeit auch das Recht auszuüben vermag, als Mitglied des Gemeinderaths nach seiner eigenen pflichtmäßigen Ueberzeugung zu wirken und zu handeln. Es liegt aber in den militärischen Pflichten ein Konflikt mit diesen anderweitigen Rechten, der nach meiner Meinung unausgleichbar ist, und ich vermute, diese Erwägung ist in allen Seiten die Hauptursache gewesen, weswegen man diese Immunitäten bewilligt hat. — Da nun in einzelnen Bundeskontingenten die Militärpersonen die gleichen Immunitäten nicht genießen, so soll daraus die Notwendigkeit einer anderweitigen Regelung dieser Verhältnisse deduzirt werden. Ich glaube, daß es doch im gewissen Grade unbillig ist, daß sich die Hauptmasse, der Körper der Armee, in Bezug auf Rechte und Pflichten sich fortrigert lassen müssen von den hinzugekommenen kleineren und schwächeren Gliedern. In der That dreht es sich doch darum: weil also die Behörden irgend einer anderen mit dem Bunde in Verbindung oder Beziehung stehenden Stadt die Kommunalsteuern, welche die Militärpersonen zahlen könnten, sehr ungern missen, darum soll nun die gesamte preussische Armee eine Immunität verlieren, die so alt ist als ihre Existenz. Ist das billig? Ich weiß nicht, die Herren sprechen immer vom Rechtspunkte, und ich habe allen Respekt vor dem Rechtspunkte; aber von der Billigkeit ganz abzusehen, ist denn das recht? Nun ist die Immunität der Militärpersonen von Kommunalsteuern in Preußen aber ein Recht, ein gesetzliches Recht. Das hat auch noch Niemand bestritten; die Herren verlangen nur, daß die preussische Armee sich konformiren soll nach den Gewohnheiten und Rechten der kleineren Kontingente. M. H., wenn der Reichstag ein solches Gesetz beschließen sollte: die Armee ist gehorsam, sie wird sich natürlich fügen; aber ich glaube nicht, daß die Armee davon die Befriedigung haben wird, die sie sonst, als Dienerin der Geseze, beim Erlaß anderer Geseze doch zu haben pflegt. Ich meine, man würde, und zwar mit Recht, sagen: Also um die Gemeinden von Braunschweig, Koburg u. s. w. in einem gewissen, noch dazu sehr unerheblichen Grade zu erleichtern, um deswillen soll die preussische Armee ihre bisherige Immunität verlieren? Den Eindruck, den dies innerhalb der Armee hervorzurufen wird, will ich Ihnen nicht schildern; es gehört nur wenig Phantasie dazu, um

ihn sich zu vergegenwärtigen. Die Frage dreht sich wesentlich um einen Punkt: Ist nämlich die Verordnung vom Dezember 1868 zu Recht erlassen oder nicht? Diejenigen Herren verneinen die Frage, welche in verschiedenen gedruckt vorliegenden Anträgen bisher zu Worte gekommen sind, und ebenso die Redner von dieser Tribüne. Ich meinerseits will, ohne die eigentliche Rechtsfrage zu diskutieren, nur gleich von vornherein aussprechen: Ich bin der Meinung, daß die Rechtsbeständigkeit dieser Verordnung ganz unanfechtbar ist. M. H., die Rechtsbeständigkeit wird in Verbindung gebracht mit der Frage: Ist die Materie überhaupt militärischer oder nur kommunaler Natur? Diese Frage ist ja auch in der Kommission erörtert, und wie Ihnen Allen bekannt ist, daselbst per majora dahin entschieden worden, daß dieses Gesetz wirklich einen militärischen Charakter habe. Nun sagen die Herren: Art. 61 giebt dem Präsidium nur die Befugnis, die militärischen Geseze, die für die preuss. Armee gelten, „ungesäumt einzuführen“, und wenn ein oder das andere dieser Geseze, obgleich seinen militärischen Charakter ganz unanfechtbar ist, etwa nicht gleich nach Einführung der Bundesverfassung zur Publikation gelangte, dann ist es überhaupt kein militärisches Gesetz mehr; dann darf also auch Artikel 61 nicht Platz greifen. Ich muß gestehen, ich habe vor der Logik im Allgemeinen sehr viel Respekt, vor dieser aber vermöchte ich wirklich keinen zu haben, denn ein militärisches Gesetz dessen Publikation zur rechten Zeit — wie ich einträumen will — vergessen ist, bleibt doch immer ein militärisches Gesetz. Das wird, glaube ich, doch Niemand leugnen. Die Frage, welche der Herr Berichterstatter hier außerdem noch in der letzten Beziehung zur Diskussion gebracht hat, war: man wäre berechtigt zu der Voraussetzung, daß die Präsidialmacht die Publikation der quäst. Verordnung nicht für nöthig erachtet und sie deswegen bis zum Dezember 1868 verschoben hätte. Die Voraussetzung trifft aber nicht zu. Die Schwierigkeit der Publikation der gesetzlichen Materie hat man zu jeder Zeit um deswillen für erheblich erachtet, weil die ganze Gesetzgebung über diesen Punkt, wie Sie Alle wissen und wie im Kommissionsbericht näher dargelegt ist, in außerordentlich vielen einzelnen Bestimmungen der Gesetzgebung zerstreut ist, und deswegen, weil man eine Kodifikation dieser Materie nicht unmittelbar nach dem Zustandekommen des Bundes und nach der durch Art. 61 dem Präsidium ertheilten Befugnis nicht versucht hat, ist gewissermaßen die Sache unerledigt geblieben, und sie ist später erfolgt, als eine Kodifikation vorzuliegen schien. Glauben Sie nicht, daß ich mich den Bedenken verschließe, welche man anführt, wenn man sagt: die Präsidialmacht war durch Art. 61 nicht befugt, eine Verordnung zu erlassen, die erst später ergangen ist. Man bezieht sich da auf die Verordnung vom 23. Sept. 1867, welche allerdings noch nicht redigirt oder niedergeschrieben war, als der Bund zu Stande gekommen war. Das ist vollkommen anzuerkennen. Allein was steht denn in dieser Verordnung Neues und Ungerührliches, was nicht schon in der älteren Gesetzgebung enthalten gewesen wäre, welche doch bestand, als der Bund zu Stande kam. Wenn die Sache so liegt, so verstehe ich in der That nicht, wie man von der Voraussetzung ausgehen kann, wie der Herr Berichterstatter, daß die Präsidialmacht, als sie die übrigen militärischen Geseze publizirte, die Ueberzeugung gehabt haben müsse, die Publikation der qu. Verordnung sei unnothig und sei vielleicht auch keine militärische. Ich meine, daß die Verordnung vom 22. Dezember 1868 sich lediglich bezieht auf die Verordnung vom 23. September 1867 — es mag formell fehlerhaft sein. Ein materieller Unterschied in den gesetzlichen Bestimmungen wird aber dadurch nicht herbeigeführt, daß man an Stelle dieser Verordnung vom September 1867 die ganze frühere bezügliche preussische Gesetzgebung substituirt. Es bleibt dabei und die Differenzen, welche hier hervorgehoben worden sind, können meiner Meinung nach nicht maßgebend sein für die Beschlässe dieses Hauses. Wenn nun gleichwohl, unter den verschiedenen Anträgen, auch das Amendement des Herrn Grafen von der Schulenburg in gewisser Beziehung dem Gedanken Ausdruck giebt, daß die Bezugnahme auf die Verordnung vom 23. Sept. 1867 keine glückliche gewesen sei, so kann ich dem nicht viel entgegensetzen. Ich finde das auch. Allein daraus folgt, nach meiner Meinung, für die Regelung der gesetzlichen Materie durchaus gar nichts. Ich würde also in Bezug auf dieses Amendement mich keineswegs absolut ablehnen zu verhalten brauchen. Ich finde, die Erwägungsgründe, welche darin vorangeschickt sind, stellen nur historisch fest, was vorliegt. Sie urtheilen nicht selbst, sondern sie stellen dar, und insofern scheinen mir auch diese Erwägungsgründe unverfänglich zu sein. Ich bitte, m. H., mir weitere Bemerkungen zu gestatten, sobald mir die weitere Diskussion dazu Veranlassung giebt. Ich habe vorläufig nur den Standpunkt der Bundesregierung zu der Frage kennzeichnen wollen.

Hessischer Bevollmächtigter Hoffmann: Ich ergreife das Wort, um Ihnen den Standpunkt darzulegen, welchen die hessische Regierung in dieser Frage einnimmt. Veranlaßt bin ich dazu theils dadurch, daß auch heute hier schon auf Hessen Bezug genommen worden ist, theils aber auch dadurch, daß es nach den Erklärungen des Berichters der vereinigten Regierungen in der Kommission den Anschein gewinnen könnte, als ob in der Aufassung der vorliegenden Frage unter den verbündeten Regierungen Uebereinstimmung bestände. (Hört! Hört!) Diese findet, ich bedauere es, konstatiren zu müssen, nicht statt. (Hört!) Die hessische Regierung geht von einer Auffassung aus, welche der des Bundespräsidenten entgegensteht. (Hört!) Nachdem die Verordnung vom Dezember 1868 im Bundesgesetzblatt publizirt war, entstanden in Hessen sofort Bedenken darüber, ob dieselbe durch die Bestimmungen des Art. 61 der Bundesverfassung gedeckt sei. Beschwerden wurden zuerst in den Gemeinden selbst laut, die die Verordnung als einen Eingriff in ihre finanziellen Verhältnisse bezeichneten; aber auch bei den Ständen kamen Anträge unter Interpellationen, welche alle dahin gingen, die Verfassungsmäßigkeit der Verordnung zu bezweifeln. Die hessische Regierung, welche diese Frage ernst geprüft hat, konnte sich nicht verhehlen, daß die erregten Bedenken ihre Berechtigung hatten. Sie trat deswegen mit dem Bundeskanzler darüber in Verhandlung, und legte die Gründe ausführlich dar, aus welchen sie die Verfassungsmäßigkeit der beregten Verordnung bezweifelte. Es erfolgte darauf eine ebenso ausführliche Erwiderung, durch welche die Verfassungsmäßigkeit der Verordnung geschützt werden sollte. Die darin vorgeführten Gründe können jedoch die hessische Regierung nicht überzeugen, daß ihre Zweifel unbegründet seien. Die Verhandlungen dieses Hauses bei der ersten Beratung dieses Antrages, der Inhalt des Kommissionsberichtes haben die hessische Regierung nur in ihrer Ueberzeugung bestärkt. Ich bemerke dabei, daß nach der Ansicht meiner Regierung dieser Gegenstand überhaupt nicht zur Militärgesetzgebung gehört. (Hört! Beifall links.) Ebenso wie die Befreiung der Militärpersonen als Staatsbürger Gegenstand der Zivilgesetzgebung ist, so auch ihr Verhältnis zu Kommunalsteuern. (Sehr richtig! links.) Ich will die früher schon ausführlich dargelegten Gründe für diese Ansicht nicht wiederholen, sondern nur auf einen Gesichtspunkt hinweisen. Offenbar hängt diese ganze Frage damit zusammen, die Pflichten der Kommunen gegenüber mit den zu beanspruchenden Rechten auszugleichen. Greift aber dieser Zusammenhang, so ist sofort klar, daß diese Frage Gegenstand der Zivil-, nicht der Militärgesetzgebung ist. Ueber die materielle Seite der Frage will ich mich kurz fassen. Es ist zur Rechtfertigung der Verordnung gesagt worden, es liege ein Bedürfnis vor, diese Frage gemeinsam zu regeln. Die Frage aber, ob ein solches Bedürfnis wirklich vorliegt, scheint mir nicht ohne Weiteres zu bejahen zu sein. (Beifall links.) Man kann zugeben, daß es im Interesse des militärischen Dienstes wünschenswerth ist, daß solche Militärpersonen, welche von ihrer Heimath weg zu einem fremden Kontingente verlegt werden, nicht der fremden Kommunalgesetzgebung unterworfen, sondern nach ihren eigenen Gesezen behandelt werden; man kann glauben, daß daraus bei der Verlegung Schwierigkeiten entstehen könnten und daß deswegen eine gemeinsame Gesetzgebung notwendig sei. Aber in dieser Beschränkung der Frage läßt sich dieselbe sehr leicht durch Verbindeung unter den einzelnen Regierungen erledigen, auch ohne einen besonderen Akt der Gesetzgebung. Die hessische Regierung hat schon vor einiger Zeit dem Bundespräsidenten den Vorschlag gemacht, die hessischen Offiziere, die nach Preußen verlegt werden und umgekehrt, von allen persönlichen Staatssteuern frei zu lassen, und es würde auch die Ausdehnung dieser Maßregel auf die Kommunalsteuern keine Schwierigkeit haben. (Zustimmung und Beifall links.) Aber weiter zu gehen und zu behaupten, es liege im militärischen Interesse, alle Offiziere in dieser Beziehung nach einem System zu behandeln, das scheint doch zu weit zu gehen; es läßt sich nicht wohl absehen, wie die Wehrkraft der Armee des Norddeutschen Bundes beeinträchtigt werden würde, wenn die Offiziere wie bisher nach ihren treffenden Landesgesetzgebungen behandelt werden. (Zustimmung links.) In der That ist kein dringendes Bedürfnis vorhanden, diese Sache in allen Bundesstaaten gleichmäßig zu ordnen, andererseits liegt aber auch kein Grund vor, die Kommunalsteuern, wie sie in Preußen bestehen und ja auch nicht angefaßt werden sollen, auf den ganzen Bund auszudehnen. Es ist bereits gesagt worden, daß die Verordnung in weiten Kreisen Zustimmung hervorgerufen habe; ich bestätige die Thatfache, daß von den ver-

schiedenen Gemeinden Petitionen vorliegen, in denen bittere Beschwerden geführt wird. Ob es nun gut ist, auf diese Aeußerungen Rücksicht zu nehmen, darüber kann man verschiedener Ansicht sein; man kann glauben, daß das gleichgültig sei, man kümmerere sich nicht darum, die Gemeinden mühten sich doch fügen; ich glaube indessen, daß man solche Anschauungen nicht einreizen lassen sollte. Die Kosten des Bundes, die die Einführung der preussischen Wehrverfassung mit sich brachte, sind schon so groß, daß ich glaube, es wäre alle Ursache vorhanden, die kleineren Theile der Armee, wenn sie auch jetzt erst eingetretten sind, etwas zu schonen. Ich will durchaus nicht antasten, was zur Erhaltung des Militärs notwendig ist; alle diese Kosten müssen getragen werden ja auch — ich will nicht sagen mit Freuden, aber doch ohne Widerstreben getragen, weil sie zur Sicherheit des Vaterlandes notwendig sind. Aber wir wollen solche Einrichtungen nicht einführen, die drückend sind, ohne notwendig zu sein. Diese Kommunalsteuerfrage wirkt aber deshalb auf die Stimmung der Bevölkerung so schlimm, weil die Kosten hier auf einen sehr kleinen Kreis beschränkt werden. Wenn es sich darum handelte, die Militärpersonen von den Staatssteuern zu befreien, so wäre das zwar auch nicht gerecht, aber es würde die daraus entspringende Last auf die ganze übrige Zahl der Steuerzahler sich vertheilen. Hier aber ist das anders; das Privileg trifft einen viel kleineren Kreis und trifft deshalb schwerer und wirkt deswegen so aufregend. Ich verwahre mich dagegen, als wollte ich irgend ein Urtheil darüber aussprechen, wie sich in Preußen diese Verhältnisse künftig gestalten sollen, ob es zulässig, ob heilsam wäre, das jetzt bestehende Privileg der preussischen Offiziere zu beschränken oder aufzuheben. Aber das möchte ich entschieden behaupten und dem Präsidium zur ersten Berücksichtigung empfehlen, daß es im Interesse des Bundes nicht notwendig, ja den allgemeinen Interessen desselben sogar schädlich ist, diese Einrichtung auf alle Bundesstaaten auszudehnen. (Bravo links.)

Bundeskommissar v. Koon: Nachdem zu meinem Bedauern die Diskussion dieser Frage aus dem Bundesrath in den Reichstag verlegt worden ist, so erlaube ich mir einige Bemerkungen. Die Einheit der Armee beruht auf der Einheit ihrer Rechtsverhältnisse, ihrer gesammelten Rechtsverhältnisse. Es ist daher nicht angemessen, daß ein Theil diese, der andere jene Rechtsverhältnisse habe. (Bravo rechts.) Aus diesem Grunde, glaube ich, wird die Ansicht, welche der Herr Berichterstatter über eine leichte Verbindeung der Regierungen eröffnet hat, ziemlich entfernt sein, um so mehr, als es sich um die Aufrechterhaltung einer bestehenden Einrichtung handelt, wozu Art. 5 der Verfassung dem Präsidium bestimmte Rechte zuweist. (Bewegung links.)

Abg. Adermann: Das preussische Heer war ein einheitliches, bevor die Immunität der Offiziere in ganz Preußen Geltung hatte; denn die Verordnung von 1822 bezog sich nur auf die Städte, in denen die Städte-Ordnung von 1808 galt. Ein Nichtstrawensvotum gegen das Militär liegt nicht darin, wenn die Gemeinden ihm gleiche Rechte mit allen Bürgern einräumen, ihm aber auch gleiche Pflichten auferlegen und der Soldat wird dadurch nicht schlechter, daß er den Bürgerbrief seiner Gemeinde im Lorbeer trägt. Aufgabe des Reichstags muß es sein, die Immunität überhaupt aufzuheben, und da das nicht zur Zeit möglich ist, den status quo vor Erlaß der Verordnung wieder herzustellen, denn die Ungleichheit zwischen Preußen und dem Rest des Bundesgebietes gesetzlich feststellen, hieße die Aufhebung der Immunität für die Zukunft unmöglich machen.

Abg. Frhr. v. Moltke: Ich will nicht über die Rechtsgültigkeit der Präsidialverordnung sprechen, sondern über ihren Gegenstand. Es ist darüber gestritten worden, ob dieser Gegenstand in der Kommunal- oder in die Militärgesetzgebung fällt. Ich habe Sie darauf aufmerksam zu machen, daß für die ganze preussische Kommunal- und Militärgesetzgebung der Grundfals leitend ist, daß das aktives Militär frei ist von allen direkten Steuern. Diese Befreiung hat ihren Grund darin, daß das Einkommen des Militärs bemessen ist nach dem Bedürfnis und daß seit der Schöpfung der nationalen Armee eine mäßige Zulage ihr erst gewährt wurde, nachdem die Preise der Lebensbedürfnisse auf das Doppelte gestiegen waren. Daß das Militär von den indirekten Steuern nicht befreit ist, hat seine äußerliche Gründe. Die Befreiung von den direkten Steuern hat eine lange Reihe von Jahren unangefochten bestanden. Es ist diese in der Natur der Sache begründete Immunität nicht aber spezifisch preussisch. Derselbe Grundfals findet Anwendung in den meisten andern Armeen, nicht in allen, so nicht in der nordamerikanischen. Aber der nordamerikanische Lieutenant erhält 124, in Preußen 26 Thlr. monatlich. (Hört, hört!) In der Schweiz, deren Einrichtungen man sonst immer als Ideale anstrebt, ist noch im Jahre 1868 bestimmt worden: Alle im eidgenössischen Militärdienst stehenden Personen, sowie die Militäreffekten, Bagage u. s. w. sind von der Bezahlung aller Art von Steuern und Konsumgebühren in Kantonen und Gemeinden befreit. Sie sehen also, daß in einer Republik in dem aufgelisteten Jahre 1868 dieser Gedanke der völligen Steuerfreiheit als ganz selbstverständlich zur Geltung gekommen ist. Im J. 1851 wurden wir zum ersten Mal zu den direkten Steuern herangezogen, u. zwar zum vollen Betrag, da man unsere Verhältnisse genau kennt. Dagegen ist allerdings im engersten nichts zu sagen. Ich wünsche nur, daß alle Verhältnisse so klar und durchsichtig wären, dann trügen die direkten Steuern wohl mehr ein. M. H.! Ich erinnere Sie an die freudig begrüßte Städte-Ordnung von 1808, welche es ganz bestimmt ausspricht, „das Militär gehört nicht zur Stadgemeinde“. Das Militär gehört weder zu den „Schulbesorgenen“ noch zu den Bürgern. Es ist so eingerichtet, daß es für sich bestehen kann. Die Armee hat ihre Handwerker, und ihre Künstler, ihre Ärzte, ihre Aerzte und Beschäftigten. Sie betrachtet sich überall als selbstständig. (Zustimmung rechts.) Wir wählen unseren Aufenthalt nicht und sind beschränkter als die Zivilbeamten, mit denen man uns vergleicht. Der Zivilbeamte kann eine Verlegung an einen anderen Ort ablehnen, wenn er glaubt, dort nicht bestehen zu können; das können wir nicht. Bindet eine unbillige Antikonsequenz statt, so liegt sie darin, daß die Zivilbeamten Steuern zahlen müssen, nicht darin, daß das Militär steuerfrei ist. — Wir stehen der Kommune gegenüber ohne jegliches Recht. Wie will man uns der Kommune gegenüber Verpflichtungen aufbürden? Wir wählen die Obrigkeiten der Städte nicht, haben keinen Theil an dem Kommunalfonds, erfahren nichts über seine Verwaltung und haben nicht mitzupreden über seine Verwendung. Es ist uns gleichgültig, ob eine Stadt ein Rathhaus baut oder eine Markthalle, ob sie eine Wabranstalt errichtet oder ein Spital. Wenn der Soldat erkrankt, kommt er ins Militärlazareth, wird er Invalide nimmt nicht die Stadt sich seiner an, sondern der Militärstat. Wird er hilfsbedürftig, so geht er zurück in sein heimathliches Dorf, die Stadt thut nichts für ihn. Die Stadt spendt uns keinen Schutzfahnd und keinen Gzergeiz. Wir müssen beides erwerben. Die Stadt giebt uns kein freies Quartier. Wir zahlen dafür Servis und wenn es nicht ausreichend ist, würde die Militärverwaltung gern mehr geben, wenn Sie nur die Mittel dazu bewilligen wollten. (Heiterkeit.) Das Militär ist ein Gast in der Stadt, und zwar nicht einer, der Gastfreiheit genießt und beim Abzuge beschenkt wird, sondern ein Gast, der seine Rechnung bezahlt. Man hat wohlwollend das Militär behandelt, daß man es seiner Heimath beraube, daß man es außerhalb des Volkes stelle. Bei uns ist überhaupt nicht die Rede von einem Gegenfals zwischen Militär und Volk. Sie haben nicht nöthig, ihm erst Steuern aufzuerlegen, um ihm dies zu a Bewußtsein zu bringen. Was die Heimath anbetrifft, so hat jeder Mann in der Garnison seine besondere, in der Gesamtheit wird die Garnison keine Heimath werden. Die Heimath der Armee ist das Vaterland, der Bereich des ganzen Norddeutschen Bundes (Beifall). Man sagt, das Militär nimmt Theil an allen nützlichen Anlagen in der Stadt. Ja, wir nehmen Theil daran, aber in einem möglichst beschränkten Grade, soweit wie man überhaupt Niemanden verhindern kann, daran Theil zu nehmen. Die Stadt erlaubt uns auf dem Trottoir spazieren zu gehen, sie pflastert aber für uns keine Straße, zündet unsertwegen keine Gasflamme an und braucht für uns keine Nachwachter anzustellen. Bringt aber das Militär der Stadt nicht auch Vortheile? Worauf gründet sich denn das Wachstum und das Gedeihen der Städte so sehr, als auf dem Wohlergehen und der Wachtentwicklung, der politischen Stellung des Staates? Ist es den Städten gleichgültig, wenn der Frieden, den ein glücklicher Krieg schafft, den Verth der Grundstücke mehr als verdoppelt? Und wenn heute Deutschland eine ganz andere Stellung in der Welt einnimmt, als früher, so hat das Militär sich doch auch um die Städte ein indirektes Verdienst erworben. (Bravo rechts.) Daß es ihnen auch direkte Vortheile bringt, beweist die luxemburgische Regierung, die der Stadt Luxemburg für den Schaden, der ihr durch den Abzug der Bundesstruppen erwachsen ist, eine Entschädigung von 140,000 Franken hat zukommen lassen. M. H., es profitieren die Städte, und zumal die minder begüterten Einwohner an dem Militär die ganze Differenz zwischen dem Hoch-Verth und dem Werthe der fertigen Waare, zwischen dem Einkaufs- und dem Verkaufspreis. (Wie sehr auch die Städte über die

Laßt der Garnisonen Klagen, noch vielmehr Klagen sie, wenn ihnen die Last genommen wird. Wie käme es sonst, daß jährlich Petitionen von Städten, beim Kriegsministerium einlaufen, welche Garnisonen wünschen. N. H. Werfen Sie einen Blick auf den Haushalt der Städte. In der Stadt Berlin kommt jährlich über eine Million, ein Drittel der gesamten Einnahme, an indirekten Steuern ein, und daran trägt doch auch das Militär seinen rechtlichen Theil. Nehmen Sie dagegen die großen Ausgaben für öffentliche Bauten, für Schulwesen. Die Bauten benutzt der Soldat nicht, und unsere 20jährigen Leute schicken doch in der Regel noch keine Kinder in die Schule, und die Söhne der Offiziere werden wohl meistens in Kadettenhäusern und königl. Gymnasien erzogen. Nehmen Sie ferner die großen Ausgaben für das Armenwesen. Der Soldat ist zwar selbst arm, wenn Sie ihm aber noch etwas von dem Wenigen, was er hat, nehmen, wird er dennoch keine Hilfe von der Stadt beanpruchen. Er weiß auch, daß er hier keine bekommt. Schließlich finden Sie in dem Etat der Stadt Berlin noch den Hauptposten mit 745,000 Thalern für die Polizeiverwaltung. Das Militär braucht keine Polizeiverwaltung, die Polizei aber bedarf des Rückhaltes an dem Militär, denn mit der Bürgerwehr ging es doch seiner Zeit nicht recht. Wenn man das letztere nicht hätte, würde man vielleicht das Doppelte und Dreifache für die Polizeiverwaltung zahlen müssen. (Widerspruch links, Zustimmung rechts.) So finden Sie allerdings auf der Seite der Einnahmen das Militär zahlend und auf dem andern Blatt der Ausgaben nirgends als empfangend. Unsere jungen Leute, die noch in der Entwicklung und in angelegentlichem Thätigkeit sind, haben großen Appetit. Legt man jetzt noch eine Verbrauchssteuer auf die Militärspeisenanstalten, so wird man die paar Broden Fleisch in der Suppe bald auch nicht mehr finden. Man würde übergroße Lohnungsabzüge machen müssen und die 1 Sgr. 3 Pf. würden bald auch nicht mehr vorhanden sein. Auch die Eintreibung der Steuerreste würde Schwierigkeiten haben; sie können den Soldaten nicht pfänden, denn er hat nur königliche Ehren, und ihn nicht einperren, denn sonst würden sie bald die ganze Kompanie im Arrest und nicht in der Kaserne haben. Man spricht von der tiefen Verarmung, die die Verordnung herbeigeführt habe; man hat sogar aus dem Arsenal verbrauchter Redefiguren den Secret der Entrüstung hervorgeholt. Eine Verarmung, glaube ich, herrscht in weiteren Kreisen nicht; Tausende von Familien werden darüber nur befriedigt sein, daß ihre Angehörigen nicht Steuern sollen zu zahlen, die ihnen fremd sind. Wie viel Städte haben denn für die Heranziehung des Militärs petitionirt? Es ist unbedingt nötig, daß innerhalb der ganzen Armee dieselbe Bestimmung Platz greift; würde bei der Heranziehung zu den Kommunalsteuern ein Offizier etwa von Boppard nach Elberfeld verlegt werden, so müßte er hier 320 Prozent von dem bezahlen, was er dort an Kommunalsteuern gegeben hätte. Und welche neue Arbeit für die Intendanturen und die Verrechnungskammer! Man sagt: hier muß der Staat eingreifen; der Staat muß Ortszulage bezahlen. Es ist ersichtlich, was man Alles vom Staate erwartet, was der Staat leisten soll, während man eifrig darauf bedacht ist, ihm jede neue Hilfsquelle sorgfältig abzuschneiden. (Zustimmung rechts.) So liegt die Sache hier aber nicht; hier handelt es sich um den Grundlag, daß die Bewohner des platten Landes nicht mitsteuern für die Interessen der Städte. (Sehr richtig! rechts.) Wenn jemand nun sagte: dem Militär können wir unmöglich etwas nehmen, also erhöhen wir die Steuern, lassen wir den Wehrbeitrag in das Portemonnaie des Militärs fließen, um es in dem nächsten Augenblick in die städtischen Kassen abzuleiten, so glaube ich nicht, daß dieser Vorschlag Ihren Beifall finden würde. Es ist hier ganz einfach die Frage: Sollen $\frac{1}{2}$ der Armee ihre alten Rechte aufgeben und sich nach dem neu hinzutretenden $\frac{1}{2}$ richten oder, soll eine geringe Anzahl von Städten künftig auf eine Einnahme verzichten, welche sie bisher gewiß nicht ungeschädlich, aber ich glaube mit einem sehr geringen Grad von Willigkeit von ihren Angehörigen erhoben haben? Auch in den neu hinzutretenden Ländern ist die Regelung der Kommunalsteuer-Verhältnisse materiell oder formell wieder sehr verschieden. Man müßte also auch dort reformiren und käme schließlich dazu, sagen zu müssen: Koburg oder Braunschweig, das ist die Norm, nach welcher sich das Königreich Preußen und Sachsen und die übrigen Staaten zu richten haben. Die Kommission hat vorgeschlagen, den jetzigen Zustand zu regeln, in welcher Weise er geregelt werden soll, dafür hat die Kommission keinen Vorschlag machen können, weil keiner in ihr die Majorität gefunden hat. Es liegt ein Vorschlag von dieser Seite des Hauses (rechts) vor, der das, was in Preußen ungewißhaft zu Recht besteht, auf das ganze Bundesgebiet ausgedehnt wissen will. Ich kann Ihnen nur dringend empfehlen, diesen Vorschlag anzunehmen und glaube, wenn Sie das thun, ordnen Sie die Verhältnisse ganz zweckmäßig. Die Armee verlangt keine Bevorzugung auf Kosten der übrigen Stände; aber sie verlangt zu existiren und was sie dazu gebraucht, sollten Sie ihr nicht verkürzen. (Lebhaftes Bravo rechts.)

B. R. v. Puttliamer konstatiert mit Genugthuung, daß man auf allen Seiten des Hauses anerkannt habe, daß das Bundespräsidium beim Erlaß der Verordnung bona fide verfahren, daß die Befreiung der Militärpersonen von den Kommunalabgaben Sache der Militärgesetzgebung sei und daß ein Bedürfnis zu einer einheitlichen Regelung der Frage vorliege. Gegen den letzten Punkt habe zwar der Vertreter der hessischen Regierung Widerspruch erhoben, aber augenscheinlich unter sehr geringer Zustimmung des Hauses. Der von dem Referenten aufgestellte Satz, daß das Bundespräsidium kein Satz an den Vorleser einseitig ändern dürfe, sei unzweifelhaft richtig, finde aber auf den vorliegenden Fall keine Anwendung. Das Bundespräsidium sei nicht bloß Verhinderer der Militärgesetzgebung gewesen, es habe die Aufgabe gehabt, dieselbe in den einzelnen Bundesstaaten einzuführen, und dies habe mit Rücksicht auf die praktische Anwendbarkeit nur in einer geeigneten Zusammenstellung der gegenwärtig geltenden Vorschriften geschehen können. Aus diesem Grunde habe man nach einer geeigneten Kodifikation gesucht und eine solche in der Verordnung vom 23. September 1867 gefunden, die lediglich als Allegat zu betrachten sei. Er bitte deshalb die Tagesordnung zu beschließen und alle Anträge abzulehnen. Was speziell den zweiten Theil des hagenischen Antrages betreffe, so erkläre er denselben für einen durchaus ungeschicklichen Angriff auf die verfassungsmäßige Stellung des Bundespräsidiums und warte das Haus, dem Antragsteller auf diesen bedenklichen Weg zu folgen, der — wenn die Sache einen wichtigeren Gegenstand betrafte — notwendig zu einem unheilbaren Konflikt führen müßte.

Abg. v. Forckenbeck: Schon die Verhandlungen in der Kommission haben bewiesen, daß der Gegenstand eigenthümliche Schwierigkeiten darbietet, und es ist zu bedauern, daß dieselben durch die Erklärungen des Kriegeministers und des Vertreters der hessischen Regierung eher vermehrt als gehoben sind. Es wird deshalb Aufgabe des Reichstages sein müssen, eine Lage zu finden, auf Grund deren die Beilegung des Disfenses erreicht werden kann und in diesem Sinne haben wir unsern Antrag gestellt. Zunächst muß ich konstatiren, daß trotz der Erklärungen des Bundeskommissars die Behauptung der Rechtsgültigkeit der Verordnung auf Grund des Artikels 61 in keiner Weise gerechtfertigt werden kann. Die Verordnung vom 23. September 1867 existirte zur Zeit der Publikation der Verfassung nicht, sie war ein formell und materiell neues Gesetz, auf das sich Art. 61 unmöglich beziehen konnte. Der Artikel 61 ist durchaus exceptioneller Natur, indem er dem Bundespräsidium eine soweit gebende Befugnis in die Hände giebt, wie sie sich kaum in einer andern Verfassung findet, er bedarf deshalb einer durchaus strikten Interpretation. Es heißt in demselben aber, die preussische Militärgesetzgebung solle ungeschädlich in dem ganzen Bundesgebiete eingeführt werden, und am Schluß des Artikels: „Nach gleichmäßiger Durchführung der Bundeskriegsorganisation wird das Bundespräsidium ein umfassendes Bundesmilitärgesetz dem Reichstage und dem Bundesrat zur Beschlußfassung vorlegen.“ Hieraus geht hervor, daß zur Zeit der Verordnung vom 23. September 1868 der Art. 61 schon vollkommen seinen Abschluß und seine Erfüllung gefunden hatte, und daß das Bundespräsidium nicht berechtigt war, zwei Jahre nachher noch neue Verordnungen einzuführen, die zur Zeit der Publikation der Verfassung gar nicht existirten. Befanden wir uns in einem alten durchgebildeten Verfassungsstaat und wäre Art. 61 nicht überhaupt eine Ausnahme, die leicht zu Unklarheiten Veranlassung geben kann, so würde ich mich verpflichtet fühlen, eine solche Verletzung des Rechts in scharfer Form zurückzuweisen; unser gegenwärtiger Zustand aber begründet bei mir die Ueberzeugung, daß es sich hier nicht sowohl um einen abstrakten Eingriff, als um einen Irrthum handelt, und deshalb fühle ich mich weniger zum Widerstande als zur Korrektur des gemachten Fehlers aufgefordert. Daß die Sonderstellung des Militärs innerhalb der Kommunen nicht zu rechtfertigen ist, darin stimme ich vollkommen mit der linken Seite des Hauses überein, die gesetzliche Lage ist aber eine andere. In fünf Sechsteln des Bundesgebietes gilt nach allen Städte-Ordnungen

die Befreiung des Militärs von den Kommunal-Abgaben; diese Bestimmung können wir hier nicht ohne Weiteres abändern. Wir verlangen jedoch für den Bund eine einheitliche Gesetzgebung und deshalb muß ich und meine polnischen Freunde die Bundesgenossenschaft des Vertreters der hessischen Regierung zurückweisen. Wir wollen keinen Particularismus, am wenigsten innerhalb der Organisation unserer Armee. Die Ausführungen des Abg. v. Wölke sprechen durchaus für unsern Antrag. Wenn er sagte, der Soldat ist, so lange er im aktiven Dienst steht, nicht zu den Gemeindegliedern zu zählen, und daraus die Nothwendigkeit der Immunität des Militärs folgerte, so kann sich diese doch nur auf ihn in seiner Eigenschaft als Soldat beziehen, d. h. auf die Ausgaben von dem dienstlichen Einkommen, nicht aber auf die Revenuen, die er sonst, sei es als Eigentümer, sei es als Pächter besonderer Vermögensobjekte bezieht. Ich begreife den Widerspruch der Regierung gegen unsern Vorschlag um so weniger, als sich dieser bereits in einem von der preussischen Regierung selbst vorgelegten Gesetzentwurf einer Städteordnung vom 3. Oktober 1862 befindet; derselbe sagt mit klaren Worten genau dasselbe, was wir heute vorantragen. Anfangs war ich zweifelhaft, ob es sich nicht empfehlen möchte, statt sich an den Bundeskanzler zu wenden und diesem nur im Allgemeinen den leitenden Gedanken anzugeben, unsererseits die Initiative zu ergreifen und selbstständig einen Gesetzentwurf einzubringen. Ich habe jedoch davon Abstand genommen, da ich glaube, daß es sich zunächst darum handeln, einen Boden für eine Verständigung zu schaffen; mit der Annahme unserer Resolution ist ein solcher vorhanden, während eine verfehlte Initiative des Reichstages die Bitterkeit für die Zukunft nur vermehrt haben würde.

Abg. Wagener (Neustettin): Man hat in der bisherigen Debatte immer zwei Dinge miteinander vermischt, die streng auseinander gehalten werden müssen, nämlich die Fragen: Was ist gegenwärtig Rechtens? und was ist de lege ferenda wünschenswerth? Bezüglich des zweiten Punktes weichen meine und meiner Freunde Ansichten nicht wesentlich von denen des Vorredners ab und ohne die Erklärung des Bundesrates und für den Fall, daß der Antrag ganz unabhängig von der Frage über die Rechtsgültigkeit der Verordnung gestellt wäre, würde ich demselben selbst vielleicht zugestimmt haben. Ganz anders aber liegt die Frage wegen des ersten Punktes. Der Vorredner hat übersehen, wie vielmals der Art. 61 ist, so daß schon im konstituirtenden Reichstage drei verschiedene Ansichten über seine Bedeutung und Tragweite sich geltend machten. Das Bundespräsidium wurde durch den Artikel nicht bloß berechtigt, sondern verpflichtet, Alles, was in Preußen als Militärgesetzgebung galt, auf den Bund zu übertragen, wenn also eine wesentliche Bestimmung übersehen worden war, so erforderte es die Pflicht, das Versäumte nachzuholen. Die Behauptung, daß die Verordnung von der Regierung nur für die neuen Provinzen habe erlassen werden können, nicht aber für den ganzen Bund, ist durchaus unhaltbar. Seit der Publikation der Bundesverfassung giebt es keine preussische Militärgesetzgebung mehr und darf es nicht mehr geben, die Verordnung galt also überhaupt nicht oder sie war Bundesvorschrift. Daß das letztere das allein Richtige ist, liegt in der Natur der Sache und würde sich noch mehr herausstellen, wenn ein umfangreicher Gebrauch von den Dislokationen der Truppenkörper gemacht würde. Ein Regiment, das vom Rhein nach Genua verlegt würde, würde doch unstrittig die Immunität, die es bisher genossen, in seine neue Garnison mitbringen. Gerade durch eine solche vollkommen einheitliche Gestaltung der Bestimmungen für das Militär wird die Amalgamirung des Norddeutschen Bundes befördert, und ich glaube, daß die Opposition gegen die Aufrechterhaltung der Verordnung nicht sowohl auf Beforgnisse für die Kammerkassen, als auf militärischen Particularismus zurückzuführen ist, den wir zu stark doch wahrlich keine Veranlassung haben.

Ein Schlußantrag wird angenommen.
Abg. Hagen (als Antragsteller) spricht seine Bewunderung darüber aus, daß der Bundeskommissar seinen Antrag als einen Eingriff in die verfassungsmäßige Stellung des Bundespräsidiums betrachtet habe. Aus den preussischen Verhältnissen müßte er doch wissen, daß den Kammern ausdrücklich die Befugnis zustehe, die Rechtsgültigkeit zu prüfen.

Ref. Abg. Stephan befürwortet noch einmal kurz die Kommissionsanträge, worauf Abg. Fries seinen Antrag zu Gunsten des dritten Theils des hagenischen Antrages zurückzieht, da man ihm durch den Schluß der Diskussion das Wort zur Motivirung abgeschnitten habe.

B. R. v. Moon fragt, ob es ihm gestattet sei, eine persönliche Bemerkung zu machen, ohne daß dadurch nach der Geschäftsordnung die Annahme des Schlußantrages außer Kraft trete.

Präs. Simson erklärt unter Hinweis auf die bezügliche Bestimmung, daß die Geschäftsordnung bezüglich der Bundeskommissare zwischen persönlichen und sachlichen Bemerkungen keinen Unterschied mache, daß also die Diskussion sofort wieder eröffnet sein würde, wenn Hr. v. Moon das Wort nehmen sollte. — Referent verzichtet in Folge dessen auf seine Bemerkung.

Abg. Windthorst: Die Diskussion muß schon jetzt wieder eröffnet werden, da der Bundeskommissar das Wort genommen hat. (Gr. Heiterkeit)
Präs. Simson: Der Herr Bundeskommissar hat noch nicht gesprochen, er hat nur gefragt, ob er ohne Wiedereröffnung der Debatte sprechen dürfe.

In namentlicher Abstimmung werden darauf abgelehnt, die motivirte Tagesordnung des Grafen Schulenberg mit 125 gegen 88 Stimmen, desgleichen der Antrag Hagen mit 137 gegen 73 Stimmen, der Fortbestand des Art. 61 mit 126 gegen 82 Stimmen, desgleichen mit großer Majorität die Nr. 3 der Kommissions-Anträge, von denen nur die Nr. 1 und 2 angenommen werden.

Für den Fall, daß der Fortdenkliche Antrag angenommen wäre, würde er folgenden, vom Abg. v. Saenger eingebrachten Zusatz erhalten haben, den das Haus in seiner Mehrheit akzeptirt: „Die Pensionen solcher Militärpersonen, welche in Folge kriegerischer Ereignisse invalide geworden und deshalb pensionirt sind, werden dem Dienstverdienst aktiver Militärpersonen in Betreff der Befreiung von der Beitragspflicht zu den direkten Kommunalsteuern gleich geachtet.“

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend (Vier Steuervorlagen.)

Lokales und Provinziales.

Posen, 29. Mai. Wir haben gestern dem allgemeinen Unwillen über die Mangelhaftigkeit der Wahllisten unserer Stadt Ausdruck gegeben. Heut werden wir von kompetenter Seite auf die Ursache dieses Uebelstandes aufmerksam gemacht. Die Wahllisten sind nämlich Kopien der von der Polizeiverwaltung angefertigten, aus dem von ihr geführten Seelenregister ausgezogenen Listen. Ein Blick in diese ergibt nun, daß die Namen, welche am meisten in den Wahllisten vermischt werden, wie die der Herren Abgeordneten Berger, Reg.-Rath Meerkaß, der Kreisgerichtsrathe Strauch und Döring, des App.-Gerichtsraths Feiseck, des Dr. Cohn und des Stadtverordneten Julius Fassé allerdings in dem Polizeibuch fehlen und daß darum das Versehen nicht den Magistrat, sondern den betreffenden Polizeibeamten beizumessen ist. Da, wie man behauptet, ein Paar Hundert Wähler in den Listen gefehlt haben, so wäre es gewiß zweckmäßig, wenn die Behörden zu ermitteln suchten, wen an der Auslassung der übrigen Namen die Schuld trifft. Läge der Stadtbehörde die Führung der Seelenregister ob, dann würde die Beamten der städtischen Verwaltung die volle Verantwortlichkeit treffen. Seit aber dem Magistrat die kommunale Polizeigewalt entzogen ist, ist die Wirksamkeit der Kommunalverwaltung oft genug von der Geschäftsführung der Polizei bedingt. Wir hoffen Gelegenheit zu erhalten, auf diese Frage zurückzukommen. — In Betreff unserer Kritik über die mangelhafte Wahlagitation geht uns die Erwiderung zu, daß die Vertrauensmänner genügend früh zu der Versammlung am Sonntage eingeladen worden sind und daß überhaupt die Organisation nichts zu wünschen übrig gelassen habe. Wir haben dem in der letzten Stunde ernannten Wahlkomitee keineswegs einen Vorwurf machen wollen, erkennen vielmehr an, daß es in der Kürze der ihm gelassenen Zeit das Menschenmögliche geleistet hat, aber wir glauben auf die üblen Folgen hinweisen zu müssen, welche daraus entstanden, daß

das Komitee nicht eher zusammentrat. Die Abwesenheit des einen Herrn ist doch kein genügender Grund für diese Verfallmüßigkeit.

Der Raigang des Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums fand am Freitag statt. Nach einer kurzen Morgenandacht wanderten sämtliche Schüler, etwa 750, unter Vorantritt eines Musikkorps bald nach 6 Uhr Morgens zum Schwabthor hinaus. Die Schüler der drei Vorbereitungs-klassen blieben im Viktoriapark, die der unteren Klassen von Sexta aufwärts bis Quarta inkl. im Eichwalde, während sämtliche übrigen Schüler, etwa 300, über Byg, wo eine kurze Paß gemacht wurde, nach dem romantisch gelegenen Gortalee bei Moschin zogen. Hier blieb die fröhliche Schaar von 11 Uhr Vormittags bis zum Abende, und erfreute sich an heiteren Jugendspielen und Tänzen. 6 1/2 Uhr Abends wurde der Rückmarsch nach Moschin, und 9 1/2 Uhr die Fahrt auf der Eisenbahn nach Posen angetreten, wo man gegen 10 Uhr anlangte. Unter den Klängen des voranmarschirenden Musikkorps zogen die Schüler über St. Martin nach dem Friedrich-Wilhelms-Gymnasium und schloßen hier die schöne Festsfeier mit einem Chorale. Die Schüler der unteren Klassen und der Vorbereitungs-schule waren bereits 8 1/2 Uhr vom Eichwalde und Viktoriapark zurückgekehrt.

Nachdem die Kronthalsche Möbelfabrik am Montage Abends abgebrannt war, ging man alsbald in den nächsten Tagen daran, Schutt und Asche aus dem niedergebrannten Gebäude auszuräumen. Wie aus mitsgetheilt wird, sollen die Mauern bis zum zweiten Stockwerk inkl. niedergegriffen, sodann ein Nothdach errichtet, und im Erdgeschosse und ersten Stockwerke wieder Werkstätten eingerichtet werden; man hofft, damit binnen 4-5 Wochen fertig zu werden. Ob die Fabrik definitiv in dem Gebäude bleiben, oder auf einer anderen Stelle wieder aufgebaut werden wird, ist noch nicht entschieden. Das Geschäft hatte während der letzten Zeit in dem Maße an Umfang gewonnen, daß eine Erweiterung der Fabrik notwendig erschien, wozu an der bisherigen Stelle der Platz fehlte; außerdem war die dringend wünschenswerth gewordene Anlage eines Dampfheißes zum Betriebe einer Dampfmaschine bisher auf den bedauerlichen Widerstand seitens der betreffenden Behörden gestossen. — Um sofort die durch den Brand unterbrochene Fabrikthätigkeit wieder aufnehmen zu können, ist von den Besitzern ein Speicher an der Schifferstraße gemiethet worden, in dessen zwei Stockwerken eine größere Anzahl von Hobelbänken aufgestellt wurde. Von den Fabrikbesitzern wird eine außerordentliche Energie und Umsicht entwickelt, um die Fabrikthätigkeit sofort wieder in Gang zu bringen. — Bei dem Brande ist, wie dies leider hier häufig vorkommt, aus den bedrohten Nachbarhäusern durch unbefugte Retter Vieles entwendet und ruiniert worden. Nicht Mitglieder des Rettungsvereins, welcher leider ziemlich spät auf dem Platze erschien, sondern meistens unbekante Personen von zweideutigem Aussehen, drangen beim Beginne des Brandes in die Wohnzimmer hinein, und hausten hier mit wahren Vandalismus. So stieß z. B. in der Wohnung des Tischlermeisters und Miethes der Fabrik, Hr. Wittmann, Wandschränke mit Anwendung beträchtlicher Gewalt herausgerissen, Servanten mit ihrem ganzen Inhalt an Glas- und Porzellanfachen auf die Straße geschafft, Kommoden von oben her zerbrochen, und ein großer Kleiderkasten, welcher vor einer Thür stand, von hinten her zertrümmert worden. Ein großer Theil der Möbel ist auf diese Weise ruiniert und ein Theil der kleineren Werthsachen entwendet worden. Die edlen Retter konnten sich nicht enthalten, eine große Blechflasche, in der sich etwa 15 Quart hochgradigen Eschler-Spiritus von 92 Prozent befanden, ihres Inhaltes zu berauben; um Genuße eines solchen „Feuerwassers“ sind allerdings ganz besonders abgehärtete Gurgeln erforderlich!

Diebstahl. Der Fleischermeister L. hatte bereits seit einiger Zeit bemerkt, daß ihm während der Nacht aus seinem Laden in der Friedrichsstraße verschiedene Fleischwaren gestohlen wurden. Er legte sich demnach in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag in seinem Laden auf Wache, indem er die Thür nur leicht zumachte. Etwa um 12 Uhr erschienen zwei Personen vor derselben, von denen eine durch die andere emporgehoben wurde und nun mit der Hand durch das Gitter über der Thür in den Laden hineinkam. Sofort öffnete der Fleischermeister die Thür, so daß durch den heftigen Anprall die emporgehobene männliche Person zu Boden fiel, während die zweite Person, ein Frauenzimmer, entfloh. Der Dieb, ein bereits bestrafftes Individuum, wurde verhaftet. Mit großer Frechheit leugnete derselbe den Diebstahl, indem er erzählte, er habe gesehen, daß das Frauenzimmer aus dem Laden habe fliehen wollen und habe es für seine Pflicht gehalten, den Diebstahl zu verhindern.

Wegen Hausdiebstahls wurde am Freitag ein Hausnecht verhaftet, welcher gewaltam in den Keller seines Herrn, eines Destillateurs, eingebrochen und dort verschiedene Waaren gestohlen hatte.

Bei einer Razzia wurden in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend in den Glacis und Büschwerken innerhalb und außerhalb unserer Stadt 20 zum Theil bereits bestrafte Personen von der Polizeibehörde aufgegriffen.

Der Roggen, welcher in anderen Jahren Mitte Juni zu blühen pflegt, steht bei der ungewöhnlichen Witterung des diesjährigen Frühlings auf den Feldern in der Nähe unserer Stadt bereits in voller Blüthe.

Auf dem Wege nach Kobylepole wird gegenwärtig der steile Kiebsberg in der Nähe des Walthages, welcher bisher diesen Weg für schweres Fuhrwerk so außerordentlich schwer passierbar machte, bis zu 10 Fuß Tiefe abgetragen. Wie wir hören, werden die Kosten theils vom Kreise Posen, theils von mehreren benachbarten Ortsbesitzern, so z. B. vom Herrn v. Wycielski auf Kobylepole u. s. w. getragen. Die Fuhrbarmachung dieses Weges dürfte allerdings besonders der neuen großen Brauerei in Kobylepole zu Gute kommen.

Auf der Ober-Wilda werden gegenwärtig auf den drei Grundstücken, deren Gebäude im Februar d. J. niederbrannten, Neubauten errichtet, welche zum größten Theile aus Fachwerk mit Lehmfüllung bestehen und mit Dachpappen bedeckt sind.

Aus der Provinz Posen, 27. Mai. Nachdem die statutarische Regelung der Verhältnisse der jüdischen Korporationen nach den gemachten Erfahrungen nicht länger ausgesetzt bleiben kann, ist nunmehr von der k. Regierung zu Posen mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz ein Normalstatut gleichmäßig für die Korporationen des hiesigen und Bromberger Departements aufgestellt worden, von welchem den k. Landrathshämtern und von diesen den Korporations-Vorständen Uebersendungen mitgetheilt worden sind. Ueber die Annahme dieses Statuts, sowie etwaige Änderungen desselben, welche die k. Regierung thunlichst vermeiden zu sehen wünscht, wird die Repräsentanten-Versammlung jeder einzelnen Korporation, falls aber eine solche nicht besteht, die Versammlung der stimmberechtigten Gemeindeglieder unter geeigneter Mitwirkung des Korporations-Vorstandes zu beschließen haben. Bei der Wichtigkeit des Gegenstandes ist Seitens der k. Regierung der Wunsch ausgesprochen worden, daß zur Verhandlung mit jeder einzelnen Korporation von dem betr. k. Landrathsamte ein besonderer Kommissarius (Bürgermeister, Distrikts-Kommissarius oder eine sonstige von dem k. Landrathsamte für geeignet befundene Persönlichkeit) bestellt werde. — Auf eine Beschwerde der Wittve P. in N. wegen Nichtertheilung eines Abzugstatte, weil dieselbe sich nicht bei der dasigen jüdischen Gemeinde abgeloßt hat, hat die k. Regierung entschieden, daß die noch rüchständige Ablösung der Wittve P. von ihren Verpflichtungen gegen die Synagogengemeinde N. einen genügenden Grund nicht bietet, um nach erfolgter Abweisung der Juden mit den Christen hinsichtlich der Freizügigkeit der Antragstellerin Bewußt ihrer Uebersiedelung nach D. das Abzugstatte vorzuzugeln.

Aus der Provinz, 28. Mai. Die erste israelitische Synode wird am 29. Juni d. J. in Leipzig ihre Beratungen beginnen. Nach den bisher bekannt gewordenen Anmeldungen wird das Hauptkontingent der Versammlung aus den Gemeindevorstellungen Deutschlands bestehen. Wir glauben daher einem in den deutschen Gemeinden allgemein gefühlten Bedürfnisse Ausdruck zu geben, wenn wir auf die Nothwendigkeit einer Einigung der Gemeinden des deutschen Israels zur Wahrung gemeinsamer Interessen und zur Erhebung gemeinsamer Ziele hinweisen und die erste israelitische Synode als den günstigen Moment bezeichnen, der auch nach dieser Seite hin sich förderlich erweisen dürfte. Wir meinen die Gründung eines periodisch wiederkehrenden Gemeindetages für das deutsche Judenthum, der sich an die Synode unmittelbar anschließende könnte. Die Gleichmäßigkeit der Kulturinteressen, die gleichartigen praktischen Verwaltungszwecke und Gemeinbedürfnisse, der Druck, der in vielen außerdeutschen Ländern auf den jüdischen Glaubensgenossen noch lastet und oft zu barbarischer Verunglimpfung aller Menschenwürde führt, ja, die selbst in verschiedenen Theilen Deutschlands noch mannigfach verklärte gesetzliche Ungleichheit weisen das deutsche Judenthum, darauf hin, sich

gegenseitig zu nähern, gemeinsame Ziele gemeinsam zu erstreben und für lokale Bedürfnisse Erfahrungen, Rath und Beispiel gegenseitig auszutauschen.

Er. Gräß, 28. Mai. Die Nachricht von dem Tode des in Untersuchungshaft im Kreisgerichtsgefängnisse zu Weferly befindlichen Kaufmannes Merdas von hier, hat sich nicht bestätigt.

X Rogasen, 27. Mai. Bei der am 19. d. Mts. stattgehabten Ergründungswahl wurden der prakt. Arzt Dr. Sichoeki und der Hotelbesitzer Hr. Kaube zu Stadtvorordneten gewählt.

Δ Bromberg, 28. Mai. Die ursprünglich auf den 29. Mai in Poln.-Krone anberaumte Sitzung des landwirthschaftlichen Kreisvereins ist wegen des auf diesen Tag fallenden Kreistages auf den 26. Mai verlegt worden.

Staats- und Volkswirtschaft.

— Berlin, 28. Mai. Von den Einnahmen, welche der Zollverein aus den Ein- und Ausgabengebühren im 1. Quartal d. J. gehabt hat, haben herauszugehört: der Nordbund 583,602 Thlr., Preußen 7124 Thlr., Hessen 14,657 Thlr., zu empfangen: Bayern 373,060 Thlr., Württemberg 149,765 Thlr., Baden 82,658 Thlr.

lichen Bestrebungen zu befördern und hat namentlich dem Rufftande die notwendigen Mittel zur Drainirung, wo sie nachgefragt werden, bereitwillig gewährt und hierdurch die allgemeine Reizung für diesen Zweig der Kultur angeregt.

** Eine große Menge falscher französischer Zehnfrankenstücke werden in Berlin seit einiger Zeit in Umlauf gesetzt. Da die Fälschlinge ein gutes Gepräge zeigen und die Farbe ihres Metalls dem der echten ganz ähnlich ist, so ist die größte Aufmerksamkeit erforderlich, um die falschen Stücke als solche zu erkennen.

Leipzig, 28. Mai. (Tel.) In der Generalversammlung der Aktionäre der Leipziger Kreditanstalt wurde die vorgeschlagene Statutenänderung, sowie der Rechnungsabschluss genehmigt, durch welchen 2257 Thlr. 26 Sgr. mehr auf den Pensionsfond übertragen werden; es wurde ferner eine Superdividende von 4 Pct. festgesetzt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wasner in Posen.

Briefkasten der Expedition.

3. N. Das Gedicht kann nur als Inserat Aufnahme finden und kostet 1 Thal.

Frankfurter Allgemeine Rückversicherungs-Aktien-Bank.

Wer eine Einsicht in unser gesammtes Versicherungswesen besitzt, der weiß, daß die Rückversicherungen eine sehr hohe Bedeutung in demselben haben. Sie sind namentlich den Feuerversicherungsgesellschaften unentbehrlich, weil die Versicherungsgesellschaften, wenn sie überhaupt mit Erfolg arbeiten wollen, täglich in die Lage kommen, Verbindlichkeiten zu übernehmen, die weit über das für eigene Rechnung gestellte Maximum hinausgehen.

Theilnahme und gesteht, daß den öffentlichen Versicherungsanstalten in der Gegenwart die Verbindung mit einer wohlhabenden, unabhängigen Rückversicherungsbank nur höchst erwünscht kommen kann, und glaubt, daß denselben einige 100 Millionen Versicherungssumme wohl wird in Rückversicherung sofort zu überweisen sein.

Das neue Unternehmen kommt zur rechten Zeit, nicht nur für die Gesellschaften, sondern auch in Bezug seiner, denn das ganze Rückversicherungsgeschäft hat die Schule seiner Erfahrung erst allmählich durchlaufen müssen, Erfahrungen, die oft für sehr hohe Preise erkaufte werden mußten.

Graues und rothes Haar!!

sofort ohne alle Schwierigkeit dauerhaft blond, braun und echt schwarz zu färben, durch die neue Erfindung Extrakt Japonais, genannt Melonogens, von Hutter & Co. in Berlin, Niederlage bei Hermann Moegelin in Posen, Bergstraße 9, in Kartons à 1 Thlr. Für den Erfolg garantiert die Fabrik.

Angelkommene Fremde

- HOTEL DE BERLIN. Geh. Justizrath Budde und Frau aus Crossen a. O., Kreisgerichtsdirektor Witte aus Gräß, Ober-Postkassenrath Stephan aus Marienwerder, Arzt Dr. Wendowski aus Gräß, Rentier Frederici aus Gölitz, Frau Posthalter Schulz und Familie aus Kofitzyn.

Bekanntmachung.

Im Auftrage der königlichen Regierung zu Posen wird das unterzeichnete Landratsamt und zwar in dessen Lokale, Berlinerstraße 34, 2 Treppen hoch,

am Donnerstag den 17. Juni c.

um 4 Uhr Nachmittags,

die Chausseegeld-Erhebung der Bestelle zu Winiarz, auf der Posen-Doorniker Provinzial-Chaussee an den Meißbietenenden, mit Vorbehalt des höheren Aufschlages, auf 1 resp. 3 Jahre, vom 1. Oktober 1869 ab, verpachten, und werden Pachtlustige zu diesem Termine eingeladen.

Nur disponitionsfähige Personen, welche vorher eine Kaution von 100 Thlr. deponirt haben, werden zum Bieten zugelassen.

Die Pachtbedingungen können in der landrätlichen Registratur während der Dienststunden eingesehen werden.

Posen, den 25. Mai 1869.

Königliches Landratsamt.

93. Woche.

Konkurs-Eröffnung.

Königliches Kreisgericht zu Posen, den 21. Mai 1869, Nachmittags 6 Uhr. Ueber das Vermögen des Drechslermeisters Leon Dattelbaum zu Posen ist der kaufmännische Konkurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 21. November 1868 festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Kaufmann Hugo Gerstel zu Posen bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf den 5. Juni c.,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissar, Herrn Kreisgerichtsrath Gaebler, im Gerichtszimmer Nr. 13 anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines andern einstweiligen Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabsolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitze der Gegenstände bis zum

15. Juni c. einschließlich

dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitze befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum

20. Juni c. einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnach zur Prüfung der sämtlichen, innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, sowie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals

auf den 3. Juli c.,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissar, Herrn Kreisgerichtsrath Gaebler, im Gerichtszimmer Nr. 13 zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, werden die Rechtsanwälte Dochhorn, Mäkel und Berthelm zu Sachwaltern vorgeschlagen.

auf den 6. Juli d. J.,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissar, Herrn Kreisgerichtsrath Gaebler, im Gerichtszimmer Nr. 13 zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften, oder zur Praxis bei uns bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, werden die Rechtsanwälte Pilet, Wehring und Berthelm zu Sachwaltern vorgeschlagen.

auf den 5. Juni c.,

Vormittags 11 Uhr,

Königliches Kreisgericht zu Posen, den 21. Mai 1869, Nachmittags 6 Uhr.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns Doris Platos zu Posen ist der kaufmännische Konkurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 7. Mai 1869 festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Auktions-Kommissarius Ranheimer zu Posen bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf den 5. Juni c.,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissar, Herrn Kreisgerichtsrath Gaebler, im Gerichtszimmer Nr. 13 anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines andern einstweiligen Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabsolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitze der Gegenstände bis zum

15. Juni c. einschließlich

dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitze befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht

bis zum 24. Juni c. einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnach zur Prüfung der sämtlichen, innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, sowie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals

auf den 6. Juli d. J.,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissar, Herrn Kreisgerichtsrath Gaebler, im Gerichtszimmer Nr. 13 zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften, oder zur Praxis bei uns bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, werden die Rechtsanwälte Pilet, Wehring und Berthelm zu Sachwaltern vorgeschlagen.

auf den 5. Juni c.,

Vormittags 11 Uhr,

Königliches Kreisgericht zu Posen, den 21. Mai 1869, Nachmittags 6 Uhr.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns Doris Platos zu Posen ist der kaufmännische Konkurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 7. Mai 1869 festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Auktions-Kommissarius Ranheimer zu Posen bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf den 5. Juni c.,

Vormittags 11 Uhr,

Königliches Kreisgericht zu Posen, den 21. Mai 1869, Nachmittags 6 Uhr.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns Doris Platos zu Posen ist der kaufmännische Konkurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 7. Mai 1869 festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Auktions-Kommissarius Ranheimer zu Posen bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf den 5. Juni c.,

Vormittags 11 Uhr,

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht.

Abtheilung für Civilsachen.

Posen, den 11. März 1869.

Das der Frau Balbina Niklas geborenen Janicka gehörige, in der Stadt Posen und deren Vorstadt Fischerei unter Nr. 6 und 7 (Schügenstraße Nr. 4c. und Grünstraße Nr. 1) belegene Grundstück, abgeschätzt auf 51,957 Thlr. 18 Sgr. 4 Pf. zufolge der nebst Hypothekenscheinen in der Registratur einzusehenden Tage, soll

am 16. Oktober 1869,

Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenebuche nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreisgericht zu Kosten.

Abtheilung I.

Kosten, den 12. Mai 1869.

Das den Kupferschmiedemeister August und Dittlie, geb. Kühn, Einw. des Eheleuten gehörige, in Czempin unter der Hypothekenummer 27 belegene, 3 Morgen 167 Ruthen große Grundstück, welches aus einem Wohnhause nebst Wirtschaftsgebäuden und einer Kupferschmiedewerkstatt, sowie aus circa 3 Morgen Ackerland besteht und auf 7915 Thlr. 1 Sgr. 8 Pf. zufolge der, nebst Hypothekenscheinen und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Tage abgeschätzt ist, soll

am 6. Dezember 1869,

Vormittags 11 Uhr,

im neuen Gerichtsgebäude hieselbst subhastirt werden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenebuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei uns anzumelden.

Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn.

Es soll die Ausführung der Maurerarbeiten zu den kleineren Brücken und Durchlässen der

IV. Bau-Abtheilung (Zweignbahn Inowraclaw-Bromberg) im Wege der Submission vergeben werden. Die näheren Bedingungen und Bedingungen können täglich in den Dienststunden im Abtheilungsbureau Gr. Wlczak Nr. 4 eingesehen werden, auch werden die Bedingungen, sowie die Submissionformulare auf portofreiem Antrag kostenfrei abgegeben.

Unternehmungslustige wollen ihre versiegelten Offerten mit der Aufschrift:

Submission auf Maurerarbeiten zu den kleineren Brücken und Durchlässen der IV. Bau-Abtheilung der Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn

bis zum 10. Juni c.,

Vormittags 10 Uhr, dem Unterzeichneten einreichen.

Bromberg, den 26. Mai 1869.

Der Abtheilungs-Baumeister

Ballas.

Pferde-Auktion.

Montag, den 31. Mai, Vormittags von 10 Uhr ab, werde ich am Kanonenplatz

mehrere beim Baue der Wärtisch-Posener Eisenbahn überkomplette gute Arbeitspferde, Summtge-

sahire, Arbeitswagen, öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung ver-

steigern. Königl. Auktions-Kommissar.

Neben meiner Töchter- und Knabenschule besteht seit 9 Jahren ein Knaben-Pensionat bei mir, welches Pensionäre im Alter von 6 Jahren an aufnimmt. Es ist mir gelungen, diese Knaben stets so weit vorzubereiten, daß sie jedes Mal gut verfeßt und nie länger als nur ein Jahr in einer Klasse zubringen, was mir hiesige und auswärtige Eltern bezeugen müssen.

Die Aufnahme neuer Schölinge kann jederzeit stattfinden.

Julius Cohn, Alter Markt 47.

Gründlicher Unterricht im Waschen wird erteilt. Wo? zu erfragen in der Expedition dieser Zeitung.

Frankfurter Allgemeine Rückversicherungs-Actien-Bank zu Frankfurt a. O.

Einladung zur Actienzeichnung.

Durch Rescript der königlichen Ministerien für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, des Innern und der Justiz, vom 25. November 1868, ist dem unterzeichneten Comité die Concession zur Gründung einer Actien-Gesellschaft, unter der Firma:

„Frankfurter Allgemeine Rückversicherungs-Actien-Bank zu Frankfurt a. O.“

mit dem Sitze in Frankfurt a. O. ertheilt worden.

Der Zweck des Unternehmens ist:

Rückversicherung zu gewähren gegen Feuersgefahr und gegen die Gefahren des Transportes.

Das Grundcapital ist auf:

zwei und eine halbe Million Thaler preuss. Crt.

bemessen und vertheilt auf 5000 Stück Actien, jede zu 500 Thaler, worauf zwanzig pro Cent zur Baareinlage gelangen.

Der bedeutende Aufschwung, welchen insbesondere das deutsche Feuer- und Transport-Versicherungs-Geschäft in den letzten Jahrzehnten gewonnen, hat fortgesetzt das Bedürfniss nach Rückversicherung für alle Feuer- und Transport-Versicherungs-Gesellschaften Deutschlands in hohem Grade gesteigert. Die geschäftliche Vorsicht gebietet, behufs Vertheilung der Gefahr, grosse oder zusammengedrückte Versicherungswerte zum Theil weiter zu versichern.

Das in Deutschland gegen Feuersgefahr versicherte Capital beläuft sich ohngefähr auf 16,000 Millionen Thaler, wovon schlecht gerechnet 4000 Millionen rückversicherungsbedürftig sind.

Trotz dieses evidenten Bedürfnisses, das sich im See-, Fluss- und Land-Transport-Versicherungs-Geschäft ebenso fühlbar macht, fehlt es in Deutschland überall an hinreichender Rückversicherungs-Gelegenheit. Letztere wird in genügendem Maasse um so weniger geboten, als von den fünf in Deutschland bestehenden Rückversicherungs-Gesellschaften vier Institute ganz oder doch grösseren Theiles nur behufs eigener Benutzung von inländischen Versicherungs-Anstalten gegründet sind.

In Folge dieses Umstandes werden von unseren Versicherungs-Gesellschaften jährlich erhebliche Quoten der Versicherungssummen bei ausländischen Compagnien gedeckt und dafür an Rückversicherungs-Prämien Jahr aus Jahr ein viele Millionen Thaler in das Ausland geführt, welche durch Beschaffung ausreichender Rückversicherungs-Gelegenheit im Inlande diesem erhalten bleiben könnten.

Es ist somit gewiss geboten, dem dringenden Bedürfniss nach Rückversicherung durch Errichtung einer völlig unabhängigen gut fundirten Rückversicherungs-Gesellschaft in Deutschland endlich abzuhelfen.

Die deutschen Feuer- und Transport-Versicherungs-Gesellschaften, vornehmlich die jüngeren unter denselben, werden unzweifelhaft die Gründung einer solchen Gesellschaft mit Freuden begrüssen. Ebenso werden unsere öffentlichen Feuer-Versicherungs-Anstalten derselben ihre Theilnahme zuwenden.

Dabei kann an der Rentabilität einer unabhängigen, gut geleiteten Rückversicherungs-Gesellschaft nicht gezweifelt werden. Die Geschäftsergebnisse der bis jetzt bestehenden Anstalten dieser Art lehren dies zur Genüge. Von denjenigen unter ihnen, welche in Deutschland arbeiten, hat die „Pannonia“ in Pesth schon im ersten Jahre ihres Bestehens 12 % Dividende zahlen können. Unter Steigung bis auf 25 % gab sie im Jahre 1867: 16 1/2 % Dividende. Die erst 1865 in Wien gegründete „Securitas“ zahlte 1865: 6 %, 1866: 12 2/3 % und 1867: 20 %, in 3 Jahren also 38 2/3 % Dividende.

Die wenigen abhängigen Rückversicherungs-Institute in Deutschland rentiren ebenfalls vorzüglich.

Die Sächsische Rückversicherungs-Gesellschaft in Dresden hat unter anderen in den Jahren 1864 bis 1866: 20 %, 20 % und 30 % und in den beiden letztverflossenen Jahren je 50 % Dividende geben können.

Im Durchschnitt beläuft sich die von diesen Instituten jährlich gegebene Dividende auf ca. 17 %.

Indem wir darnach das neue Unternehmen der öffentlichen Aufmerksamkeit empfehlen, laden wir hiermit zu reger Theilnahme an demselben ein und bemerken nur noch, dass bereits durch Anknüpfungen mit verschiedenen Versicherungs-Anstalten ein hinreichendes Geschäfts-Fundament dem zu gründenden Institute gesichert ist. Frankfurt a. O., im Mai 1869.

Das Gründungs-Comité

der Frankfurter Allgemeinen Rückversicherungs-Actien-Bank
zu Frankfurt a. O.

Alfred, regierender Graf zu Stolberg-Stolberg
auf Schloss Stolberg a. H.

Deetz,

Oberbürgermeister zu Frankfurt a. O.

Carl Ehrich,

Fabrikbesitzer in Frankfurt a. O.

Conrad von Berg,

Rittmeister a. D. auf Colberg bei Storkow.

Carl Ehrich,

Dr. jur. im königl. Ministerium des Innern in Berlin.

Graf Ferdinand von Bredow-Mögelin

in Berlin, Rittergutsbesitzer auf Mögelin.

Gneist,

Innen Kammer-Director a. D. zu Halle a. S.

J. J. F. Bussler,

Director in Kienitz.

Hofrath F. R. Kleinschmidt,

Advocat und Notar in Leipzig.

A. O. Koppe,

Oberamtmann in Kienitz.

Oscar Krause,

Kaufmann in Frankfurt a. O.

von der Marwitz,

Landrath des Kreises Lebus auf Friedersdorf bei Seelow.

Gustav Kreutzer,

Kaufmann und Kramermeister in Leipzig.

Moritz Mende,

Commerzienrath, Bankier in Firma L. Mende zu Frankfurt a. O.

Dr. G. L. Kufahl,

Ingenieur u. Maschinenbaumeister in Berlin.

Julius Mertz,

Generalbevollmächtigter in Berlin.

H. F. Lehmann,

Bankier in Halle a. S.

Adolf Mess,

Regierungsrath in Merseburg.

G. F. W. Noack,

Fabrikbesitzer in Frankfurt a. O.

Carl Pollack,

Stadtrath in Frankfurt a. O.

Paul Steinbock,

Fabrikbesitzer in Sandow bei Ziebingen.

Wolf,

Rechtsanwalt in Frankfurt a. O.

Heinrich Tillich,

Stadtrath und Vorsitzender der Handelskammer zu Frankfurt a. O.

Mit Bezug auf vorstehenden Prospect erklären sich

Unterzeichnete bereit, vom

Montag, den 31. Mai c. ab bis

Sonnabend, den 5. Juni c.

Zeichnungen **al pari** in Empfang zu nehmen.

Bei eintretender Ueberzeichnung findet der Schluss der Subscription schon vor dem 5. Juni statt, und wird alsdann die etwaige Reduction den Zeichnern in kürzester Frist mitgetheilt werden. Bei der Zeichnung sind **10 pCt.** baar oder in courshabenden Werthpapieren zu deponiren.

Prospecte und **Statuten** liegen bei den Unterzeichneten aus.

F. W. KRAUSE & CO. BANKGESCHÄFT in BERLIN, Leipzigerstrasse 45.

J. H. STEIN in COLN.

H. F. LEHMANN in HALLE a. S.

E. HEYMANN in BRESLAU.

Gebr. MOLENAAR in GREFELD.

L. MENDE in FRANKFURT a. O.

GOLDSCHMIDT & CO. in BONN.

HIRSCHFELD & WOLFF in POSEN.

Die **Steindachpappen- und Asphaltfabrik**
von **Gebrüder Klug,**
in **Bialosliwa** an der **Ostbahn,**

empfehle sich zur Lieferung von feuerfesteren Pappdachmaterialien als:

Steinpappe, Asphalt, Theer, Deckleisten, Nägel, Asphalt-Dachlath,
und zur Ausführung von Pappdachungen durch ihre Arbeiter zu billigsten Preisen unter mehrjähriger Garantie. Referenzen auf die respektabelsten Persönlichkeiten, denen während der 12jährigen Existenz der Fabrik Dacharbeiten geliefert sind, stehen zu Gebote.

Niederlage in Posen: bei Herrn Faekert & Haerberlein.

Ein noch sehr guter gebrauchter **Mahagoni-Flügel,** wie neu hergestellt, steht billig zum Verkauf bei **C. Ecke, Magazinstr. 1.**

Fettvieh jeglicher Art und jeden
Posten kauft und zahlt die höchsten
Preise **Joseph Isaacsohn**
in **Zilsehe.**



Dom. **Blüppe** bei **Richtowo** hat
100 3- bis 4jährige starke **Sammel** und 9
wollreiche **Jährige Böcke** zu verkaufen.
Die Guts-Administration.



**Rosen-
Bouquets**
werden von jetzt ab ge-
schmackvoll angefertigt.
Albert Krause,
Kunst- u. Handelsgärtner,
Posen, Schützenstr 13/14,
unweit der Geglückstischen
Fabrik.

Ein einspänniger, leichter **Wagen** auf **Re-
dern,** mit **Verbed,** gut erhalten, wird zu **kau-
fen** gesucht. **Leon Kantorowicz,**
Schuhmacherstrasse 3.

**Für Gärtner und
Blumenfreunde!**

Eine Anzahl **Warmhaus- und Kalthaus-
Pflanzen** in verschiedenen Sorten werden wegen
Aufgabe eines **Treibhauses** billig verkauft
im **Fehlanschen Garten.**

Saat-Lupinen, Mais vorzüglicher
Qualität, sowie **Fliegenmehl**
ist zu haben bei
Elias Basch.

Brennerei- und Gekartoffeln aller Sorten kauft (an allen Bahnhöfen abzunehmen) und zahlt die höchsten Preise

Joseph Isaacsohn in Fifehne.



Die brillante Kammwollherde zu Sembsin bei Waren in Mecklenburg, mit Voldebucker Böden gezüchtet, Schurgewicht 4 1/2 Pfd. per Kopf, bestehend aus

750 Stück Schafvieh und 250 Lämmern, die im Februar geboren, soll zu Johanni d. S. verkauft werden und wollen Kaufliebhaber dieselbe baldigst, so lange die Schafe noch in der Wolle, in Augenschein nehmen.



Dom. Zalesie-Gross b. Kobylin hat 100 Sammel u. 150 Stück Mütter gemästet zum Verkauf.



150 kernfette Masthammel zum Verkauf in Kowalskie.

Montag den 31. d. Mts. bringe ich wiederum mit dem Frühzuge einen großen Transport frischmelkender Rehbrücker Kühe nebst Kälbern in Keilers Hotel zum englischen Hof zum Verkauf. J. Klakow, Viehhändler.



Ein sehr gutes Reitpferd (militärform), dunkelbraune Stute, 9 Jahr alt, 5 Fuß 5 Zoll groß, ist preiswerth beim Bezirkskommandeur in Kosen zu verkaufen.

Elegante Schuh und Stiefel im ersten Wiener Bazar von S. Tucholski. Wilhelmsstr. 10.

NB. Reparaturen u. auswärtige Aufträge werden pünktlich besorgt.

Herren-Tag- und Nachthenden, gut sitzend, nach ganz neuer Art, empfiehlt F.W. Mewes, Markt 67, Bettenwaarenlager und Wäscheabrik.

Inländische und englische Drells in den elegantesten Genres für Herren-Anzüge empfiehlt Robert Schmidt (vorm. Anton Schmidt). Posen, Markt Nr. 63.

Sonnenschirme und Schirmfächer billigt bei Gebr. Korach, Markt 40.

Wirklicher Ausverkauf.

Meines vorgerückten Alters wegen bin ich zur Aufgabe meines Geschäfts genöthigt. Verkaufe von heute ab alle Sorten Leinwand, Büchen, Tischzeug, Gardinen, Bettdecken, fertige Wäsche etc. bedeutend unter dem Selbstkostenpreise aus, sowie gute 50 Pfund Wollzuchendrücker à Schod. 7 Thlr.

Michaelis Neustädter, Posen, Markt- und Büttelstraßenecke Nr. 44.

Für Herren!

Mein zum zweiten Male reichlich assortirtes Lager in Nouveautés empfehle ich durch vortheilhafte Einfäufe zu wirklich billigen Preisen.

W. Tunmann, Markt 55.

Filet-Handschuhe in den neuesten Farben, von fester Kordonsleide gearbeitet, empfiehlt billig

A. Schoeneich, Friedrichsstraße 33, vis-à-vis der Landschaft.

Sonnenschirme

zu den billigsten Preisen empfiehlt

Louis Levy, Friedrichsstr. 36, vis-à-vis d. Postuhr.

Wollzuchen-Drillich, Wollsack-Leinwand, Rapspläne, Getreide-Säcke, Mehl-Säcke, Marquisen-Drillich, Segel-Leinen.

Posen, Markt Nr. 63.

Robert Schmidt (vorm. Anton Schmidt).

A. M. Winter's chemische Garderoben-Reinigungs-Anstalt befindet sich nur Wilhelmsstr. 26, vis-à-vis der Post.

Die neuesten Schmucksachen empfiehlt Louis Levy, Friedrichsstr. 36, vis-à-vis d. Postuhr.

Clayton Shuttleworth & Co. weltberühmte Locomobilen und Dreschmaschinen, Mc. Cormicks selbstablegende Mähe-Maschinen, Grasmähe-Maschinen, Heuwender, Pferde-rechen, Hunts Kleeausreibe-Maschinen, Siede-Maschinen, Schrot- und Mahlmühlen, Ziegel- und Holzmaschinen und a. m.

Referenzen geben wir auf eine grosse Zahl anerkanntester und renommirtester Landwirthe Schlesiens und Posens, deren Auskunft auf eine Erfahrung von 1862 ab basirt. Nach den in 1867 und 1868 gemachten Erfahrungen rathen wir, Bestellungen für die Clayton Shuttleworth'schen und Mc. Cormick'schen Maschinen baldigst zu machen. Moritz & Joseph Friedländer, Breslau, 13 Schweidnitzer Stadtgraben. Reservetheile und Monteurs werden im Verhältniss zum Absatz gehalten, Reparaturen der Kosten halber an Ort und Stelle ausgeführt.

Wheeler & Wilsons echt amerik. neue Familien-Nähmaschine, mit welcher sich keine andere beugl. der Einfachheit, des leichten und vollkommen leisen Ganges, der vielseitigen Leistungsfähigkeit und Dauerhaftigkeit messen kann, sowie Seide, Zwirn und Garn zur Maschinen- und Handnäherei, auffallend billig, empfiehlt A. Heinze, Friedrichsstr. 13, neben Herrn C. Raab.

Guss- und schmiedeeiserne Gartenmöbel, sowie gusseiserne Gartenbeck-Verzierungen in großer Auswahl empfiehlt S. J. Auerbach, Judenstraße 1.

Möbel, Spiegel- und Polsterwaaren empfiehlt zu soliden Preisen E. Hoehne, Zischlermeister, Posen, Thorstraße 14.

Thüren und Fenster, sowie noch gute Defen sind zu verkaufen Markt Nr. 45

Für Milchwirthschaften! Verzinnete Milchfatten in allen Größen empfiehlt S. J. Auerbach, Magazin für Haus- und Küchen-Einrichtungen.

Einmachbüchsen in Blech und Glas, Messing-Einmachkessel, Drahtgewebe zu Luftfenstern, Drahtspeiseglocken, Gas- und Kohlenplättisen, Plattöfen mit 6 und 8 Eisen, sowie Eispinde in diversen Größen empfiehlt billig Moritz Brandt, Magazin für Haus- und Küchengeschäfte, Markt Nr. 55.

acht englische Papiertragen, a Dugend 6 Sgr. sowie Papier-Chemisches in den feinsten Dessins empfiehlt Joseph Basch, Markt 48.

Anton Wunsch,

Wilhelmsstraße 21 (Mylus' Hotel) und Breitestraße 18,

empfiehlt Kinderwagen, Feuerwerkskörper, Illuminationsgegenstände, Drahtgewebe zu Luftfenstern, Wählen-Rufen, Cylinder und alle Sorten Siebe; besonders das reich assortirte Lager von Spielwaaren.

Motten-Pulver. Zweckdienlichstes Mittel gegen Motten für Pelzwerk, Kleider u. s. w. in Büchsen à 5 Sgr.

Wiener Puffpulver in Packeten à 1 und 2 Sgr.

Königs-Bäckerpulver à Fl. 5 u. 2 1/2 Sgr.

Holländisches Scheuerpulver à 1 1/2 Sgr.

Practisches Rasierpulver. Die vorzüglichste Seife für Selbstrasirer à 3 Sgr.

Königs-Wasch- u. Badepulver à 3 Sgr.

Polir- und Schärfepulver für alle schneidende Instrumente, namentlich Rasirmesser à Dose 5 Sgr. Zu haben bei

C. W. Paulmann, Wasserstraße 4.

Dr. Pattison's Gichtwatte,

indert sofort und heilt schnell Gicht und Rheumatismen

aller Art, als: Gesicht-, Brust-, Hals- und Zahnschmerzen, Kopf-, Hand- und Kniegicht, Gliederreihen, Rücken- und Venenweh.

In Packeten zu 3 Sgr. und halben zu 5 Sgr. bei Frau Amalie Wulke, Wasserstr. 8/9.

Horsford-Liebig's Backpulver,

dargestellt unter Baron v. Liebig's Controle

Ersatz der Hefe und des Sauerteiges beim Brodbacken. Liefert ein säurefreies, gesundes Brod, welches lange frisch bleibt. Dem Weissbrod werden die durch die Kleie verloren gegangenen Nährtheile ersetzt. Der Nährwerth des Schwarzbrottes wird erhöht, an Quantität des fertigen Brodes 12 Procent gewonnen. Durch den Gebrauch des Backpulvers wird aus Mehl in 2-Stunden fertiges Brod geschaffen. Das Backpulver empfiehlt sich zum Kuchengebrauch überall, wo bisher Hefe benutzt wurde.

Haupt-Niederlage bei H. Rüstel in Landsberg a. W.

1869er Fällung frischer Mineralwasser, direkt von der Quelle, und Badefalze, als Kreuznacher, Rehmer, Kolberger, Seesalz etc. empfiehlt Dr. Mankiewicz' Apotheke. Den geehrten Brunnenrinkern stelle ich meinen Garten als Promenade zur Disposition. Dr. Mankiewicz.

Um das einzig garantierte

Natur-Schönheits- und Schutz-Mittel

gegen Sonnenbrand und Sommersprossen zu bestim., welches alle Fehler und Mängel der Haut entfernt, dieselbe sofort blendend weiß, weich, zart, glatt und geschmeidig macht, kühlend, erfrischend und verschönernd wirkt, fordere man in der Haupt-Niederlage für Posen bei Desfosse Sucoz de Montigny, sowie bei allen renommirten Apothekern, Kaufleuten und Coiffeurs das berühmte

„Eau de Lys de LOHSE“, Schönheits-Lilien-Milch,

welches alle Hautmittel der Welt übertrifft. In Originalflaschen à 1 Thlr., halbe Fl. 15 Sgr.; im Viertel-duzend billiger. General-Depot bei dem Caffeeeranten LOHSE, Berlin, 46 Jägerstr.

MATICO-CAPSELN VON GRIMAULT & Co APOTHEKER IN PARIS

Diese Gluten-Kapseln enthalten den Copaiva-Balsam, verbunden mit dem flüchtigen Oele der Matico-Pflanze und werden als vorzügliches Mittel gegen die Gonorrhoe angewandt. Zur äußerlichen Anwendung wird von dem Hause Grimault & Comp. auch eine Injection au Matico angefertigt, welche gleichfalls die wirksamen Bestandtheile genannten Pflanze enthält und deren Wirkung den bestempfohlenen Mitteln gegen die Gonorrhoe gleichzustellen ist. Niederlage in Posen in allen größeren Apotheken.

Liebig-Liebe's Nahrungsmittel in löslicher Form

(bester Muttermilch-Ersatz, leichtverdaulichstes Nahrungsmittel für Blugarme, Konvalescenten und Schwächliche) giebt durch einfache Lösung in Milch die Liebig'sche Suppe, von Apotheker J. Paul Liebe in Dresden,

1 Flac. (à 2/3 Pfd. Inh.) 12 Sgr. Lager in Posen bei Apotheker Pfuhl. Grätz bei M. D. Cohn. Gnesen bei L. Citron. in Stenzewo bei Apotheker Zweiger. Rogasen bei L. Zerenga. Särnum - Gebr. Reismar. Breschen - K. Winzowski.

Liebig's Fleisch-Extrakt aus Süd-Amerika (Fray-Bentos)

DER LIEBIG'S FLEISCH-EXTRACT COMPAGNIE, LONDON.

Grosse Ersparniss für Haushaltungen.

Augenblickliche Herstellung von kräftiger Fleischbrühe. Bereitung und Verbesserung von Suppen, Saucen, Gemüsen etc. Stärkung für Schwache und Kranke. Goldene Medaillen auf der Pariser Ausstellung 1867 und Havre Ausstellung von 1868. Nur echt wenn jeder Topf mit Unterschrift der Herren Professoren Baron J. von Liebig und Dr. M. von Pettenkofer versehen.

Detail-Preise für ganz Deutschland: 1 engl. Pfd.-Topf 1/2 engl. Pfd.-Topf 1/4 engl. Pfd.-Topf 1/8 engl. Pfd.-Topf à Thlr. 3. 5 Sgr. à Thlr. 1. 20 Sgr. à Thlr. — 27 1/2 Sgr. à Thlr. — 15 Sgr.

Zu haben in den meisten Handlungen und Apotheken. Haupt-Niederlage in Posen bei W. F. Meyer & C., Wilhelmspl. 2. Gen.-Depot für Posen in Glöner's und Dr. Mankiewicz's Apotheke.

Von einer Reise aus Ungarn zurückgekehrt, empfehle ich meine dort von Produzenten eingekauften Weine zu den billigsten Preisen.

T. Langner,

Ungarwein-Großhändler in Gostyn.

Rhein-Wein versendet von 1/2 best. Rhein an = 160 Liter. Weißwein 68er à 32 Thlr., 68er à 40 Thlr., 68er Rothwein à 56 Thlr. vorzüglicher Qualität, ab hier Netto Komp. oder Nachnahme erll. Baß. Niederolm, Rheinhessen. C. Victor, Apotheker u. Weinproduzent.

Wairauf

von frischem Waldmeister, die Rheinweinflasche 10 Sgr. excl. Bouteille empfiehlt die Conditorei

A. Pfitzner

am Markte.

Täglich frischen **Maitränk** empfehlen **W. F. Meyer & Co.**

Praktische Urtheile über den **R. F. Daubitz'schen Magenbitter***, allein fabrizirt vom Apotheker **R. F. Daubitz** in Berlin, Charlottenstr. 19.

Herr **R. F. Daubitz** in Berlin. Ich habe schon mehrere Flaschen von Ihrem Magenbitter mit Schiden lassen, derselbe hat bis jetzt immer gute Wirkung gethan. Ich ersuche Sie daher (f. Best.) **Joh. Glasenap, Giffolt v. Bärwalde i. Pomm.,** den 5. Dezember 1868. — Gehehrter Herr! Ihr Biqueur hat mich bereits einige Male von einem bösen Magenleiden befreit, weshalb ich Vertrauen zu demselben habe. Umgehend u. s. w. (f. Best.) Achtungsvoll **Friedr. Prange Jun.,** St. Mähligen v. Kalbe a. Saale, den 2. November 1868.

*) Die bekannten Niederlagen halten stets Lager davon.

Echte **Bordeaux-Weine** von 15 Sgr. ab die Bout., **Schöne Mosel- u. Rheinweine** von 10 Sgr. ab die Flasche, Duzendweise billiger, empfiehlt die Konditorei und Weinhandlung von

A. Pfitzner, am Markt.

Den geehrten Weinkennern empfehle meinen vorzüglich entwickelten 1864er **Château d'Aux** und **Du roi Margaux,** à Fl. 15 Sgr.

Julius Buckow, Th. Baldenius Söhne Nachf., Wein-Großhandlung, Wilhelmstraße 15.

Frische, fette **Danz. Speckkudern, Speckbäcklinge** u. **Goldsfische** empf. bill. Kletschoff

Neuen engl. **Matjes-Hering** sehr feiner Qualität empfiehlt

M. Goldschmidt, Schuhmacherstr. 1.

Mit heutigem **Bilzuge** erhalte eine **Partie grosser lebender Hummern.**

A. Cichowicz,

Dejeuners, Dinners und Soupers in bekannter Güte zu soliden Preisen in und außer dem Hause empfiehlt

Julius Buckow, Th. Baldenius Söhne Nachf., Wilhelmstraße 15.

NB. Für Gesellschaften stehen besondere Zimmer zur Verfügung.

Mailänder 10-Francs-Prämien-Scheine. Bziehung viermal jährlich, zunächst den 16. Juni c., mit Hauptgewinnen von 100,000, 50,000, 30,000 Fr.

Ich bin beauftragt diese Obligationen für 2 1/2 Thlr. pro Stück zu verkaufen.

S. Litthauer, Fonds-Waller, Sapiehastraße Nr. 5, neben dem Kreisgericht.

Nicht etwa Frankfurter oder gar Braunschweiger, sondern

Preussische Loose, 1/2, 1/3, 1/4, verkaufe ich billigt in beinahe ausschließlich günstig spielenden Nummern. Um aber dem geehrten Publikum auch das mäßsame, mit Risiko verbundene Zusammenpielen zu ersparen, verkaufe ich auch Anttheile, als 1/8, 1/16, billigt.

E. J. Landsberger, Gerberstr. 16, im Hause des Herrn Leitgeber.

Amsterdamer Industrie-Palast-Obligationen à 2 1/2 Fl. mit Prämien von Fl. 150,000, 50,000, 20,000 etc. Erste Ziehung am 1. Juni 1869.

Der Verkauf dieser Loose, welcher nur noch bis zum 31. dieses Monats stattfindet, ist mir von dem Bankhause **F. E. Fuld & Co.** in Frankfurt a. M. übertragen worden.

Preis pro Loos 1 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf. Versendung auch nach außerhalb. Postanweisung (ohne Brief) genügt.

Siegmund Sachs,

Posen, St. Adalbert Nr. 40 B.

Von den mit vollem Rechte so vielseitig empfohlenen

Amsterdamer Loosen

wovon die erste Ziehung schon am 1. Juni stattfindet, sind noch einige zu haben

bei **M. Meidner,** Berlin, Bank- und Wechselgeschäft, Unter den Linden 16.

Allerneueste Glücks-Offerte.

Das Spiel der Frankfurter Lotterie ist von der königl. preuss. Regierung gestattet.

„Gottes Segen bei Cohn!“

Grossartige wiederum mit Gewinnen bedeutend vermehrte **Capitalien-Verloosung** von über 3 1/2 Millionen.

Die Verloosung garantiert und vollzieht die Staats-Regierung.

Beginn der Ziehung am **11. Juni d. J.**

Nur 4 Thlr. oder 2 Thlr. oder 1 Thlr.

kostet ein von Staate garantirtes wirkliches Original-Staats-Loos, (nicht von den verbotenen Promessen) aus meinem Debit und werden diese wirklichen Original-Staats-Loose gegen frankirte Einsendung des Betrages oder gegen Postvorschuss, selbst nach den entferntesten Gegenden von mir versandt.

Es werden nur Gewinne gezogen.

Die Haupt-Gewinne betragen **250,000, 150,000, 100,000, 50,000, 30,000, 2 à 25,000, 2 à 20,000, 2 à 15,000, 2 à 12,500, 4 à 10,000, 3 à 6,000, 12 à 5,000, 23 à 3,750, 105 à 2,500, 5 à 1,250, 158 à 1,000, 14 à 750, 271 à 500, 355 à 250, 21,445 à 150, 125, 117, 100, 75, 55, 30.**

Gewinnelder und amtliche Ziehunglisten sende meinen Interessenten nach Entscheidung prompt und verschwiegen.

Durch meine von besonderem Glück begünstigten Loose habe meinen Interessenten bereits allein in Deutschland die allerhöchsten Haupttreffer von **300,000, 225,000, 187,500, 152,500, 150,000, 130,000,** mehrmals **100,000,** kürzlich schon wieder das grosse Loos von **127,000** und jüngst am 13. Mai schon wieder zwei der grössten Haupt-Gewinne in der Provinz Posen ausbezahlt.

Jede Bestellung auf meine Original-Staats-Loose kann man der Bequemlichkeit halber auch ohne Brief, einfach auf eine jetzt übliche Postkarte machen. Dieses ist gleichzeitig bedeutend billiger als Postvorschuss.

Laz. Sams. Cohn in Hamburg,

Haupt-Comptoir, Bank- und Wechselgeschäft.

Ich mache besonders darauf aufmerksam, dass nach obiger grossen Capital-Verloosung ein langer Zwischenraum vor Beginn einer neuen eintritt, daher ersuche die sich Interessirenden, **mir** ihre Aufträge **jetzt noch rasch** einzusenden.

Frankfurter Lotterie.

Ziehung den 9. und 10. Juni 1869. Originalloose 1. Klasse à Thlr. 3. 13 Sgr. Gebühre im Verhältnis gegen Postvorschuss oder Post-Einzahlung zu beziehen durch

J. G. Kämel,

Hauptkollektor in Frankfurt a. M.

Braunschweiger Prämien-Scheine.

2. Ziehung: 1. Juli c.

Gewinne 1869—74 in 4 Ziehungen jährlich.

Jedes Loos muß laut Plan gewinnen. Durch Anzahlung von 2 Thlr. per ganzes Loos wird schon der vollständige alleinige Besitz eines ganzen Prämien-Scheines erworben; der geringste Gewinn ist 21 Thlr. u. steigt sich bis auf **30,000 Thlr.** Ganze Loose à 2 Thaler Anzahlung bis 30 Juni c. vorrätzig bei

Gebr. Jablonski

in Posen, Gr. Gerberstr. 18.

Große Wollager zu 3000 Str. sind zu vermieten **Wilhelmsplatz 16 und 17** bei **Samuel Meyer Kantorowicz.**

Große Woll-Niederlage im Saal und Remisen des Hôtel de Saxe sind zu vermieten beim Eigentümer **Mendel Friedlaender,** Breslauerstraße Nr. 15.

Zum Wollmarkt werden Wollager und Wohnungen besorgt durch das Wohnungs-Nachweisungsbureau von **E. Drange,** Vindenstr. 4.

Wasserstraße Nr. 17

find **Läden** in der Front nach dem Neuen Markt mit und ohne Wohnungen, auch ein großer Keller u. Speicherraum zu vermieten.

Wilhelmspl. 12,

erste Etage links, ist ein freundliches großes Zimmer mit oder ohne Möbel sofort zu vermieten.

Ein Zimmer, mit und ohne Möbel, ist zu vermieten. Wo? sagt die Exped. d. B.

St. Martin Nr. 45, 1. Stock, 4 Zimmer und Zubehör sofort, im 3. Stock 3 Zimmer und Zubehör vom 1. Juli zu vermieten. Näheres Magazinstr. Nr. 1.

Rycklewski,

gerichtl. Käufer-Administrator.

Sandstraße Nr. 8, im 3. Stock, 2 Zimmer und Zubehör vom 1. Juli zu vermieten Näheres Magazinstr. Nr. 1.

Rycklewski,

gerichtl. Käufer-Administrator.

Markt- und Breslauerstr. Ecke 60 ist ein Laden und eine Mittel-Wohnung vom 1. Oktober zu verm. Näheres St. Martin 9, 2 Treppen.

Zwei Speicherräume

sind zu vermieten bei **Max Neufeld,** Gr. Gerberstr. 32.

Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Aktiengesellschaft.

Direkte Post-Dampfschiffahrt zwischen

Hamburg und New-York

Savre anlaufend, vermittelt der Post-Dampfschiffe

Cimbria, Mittwoch, 2. Juni.

Westfalen, Mittwoch, 9. Juni.

Savaria, Sonnabend, 12. Juni.

Hammonia, Mittwoch, 16. Juni.

Borussia, Sonnabend, 19. Juni.

Silesia, Mittwoch, 23. Juni.

Die mit * bezeichneten Schiffe laufen Savre nicht an. **Passagepreise:** Erste Kajüte Pr. Cr. Thlr. 165, Zweite Kajüte Pr. Cr. Thlr. 100, Zwischendeck Pr. Cr. Thlr. 55.

Fracht Pfd. St. 2. — pro 40 Hamb. Kubikfuß mit 15% Primage, für ordinaire Güter nach Uebereinkunft.

Briefporto von und nach den Verein. Staaten 4 Sgr. Briefe zu bezeichnen „per Hamburger Dampfschiff“.

Näheres bei dem Schiffsmakler

August Bollen,

so wie bei dem für Preußen zur Schließung der Verträge für vorstehende Schiffe allein autorisirten Generalagenten

S. C. Plagmann in Berlin, Louisenplatz 7. und Louisenstraße 1., und dessen Spezialagenten

Fabian Charig, in Firma **Rathan Charig** in Posen, Markt 90.

Norddeutscher Lloyd.

Zwei Mal wöchentliche Postdampfschiffahrt von Bremen nach Newyork und Baltimore.

D. **Baltimore** Mittwoch 2. Juni nach Baltimore via Southampton

D. **Hermann** Sonnabend 5. Juni „ Newyork „ Southampton

D. **Newyork** Mittwoch 9. Juni „ Newyork „ Havre

D. **Union** Sonnabend 12. Juni „ Newyork „ Southampton

D. **Berlin** Mittwoch 16. Juni „ Baltimore „ Southampton

D. **Deutschland** Sonnabend 19. Juni „ Newyork „ Southampton

D. **Gaucha** Mittwoch 23. Juni „ Newyork „ Havre

D. **Rhein** Sonnabend 26. Juni „ Newyork „ Southampton

D. **Leipzig** Mittwoch 30. Juni „ Baltimore „ Southampton

D. **Wefer** Sonnabend 3. Juli „ Newyork „ Southampton

D. **Amerika** Mittwoch 7. Juli „ Newyork „ Havre

D. **Donau** Sonnabend 10. Juli „ Newyork „ Southampton

und ferner jeden Mittwoch und Sonnabend.

Passage-Preise nach Newyork: Erste Kajüte 165 Thaler, zweite Kajüte 100 Thaler, Zwischendeck 55 Thaler Preuß. Courant.

Passage-Preise nach Baltimore: Kajüte 135 Thaler, Zwischendeck 55 Thaler Pr. Cr. Fracht Pfd. St. 2. mit 15% Primage pr. 40 Kubikfuß Bremer Waage. Ordinaire Güter nach Uebereinkunft.

Nähere Auskunft ertheilen sämtliche Passagier-Expediten in Bremen und deren inländische Agenten, sowie

Crüsemann, Director.

H. Peters, zweiter Director.

Nähere Auskunft ertheilt und bündige Schiffs-Kontrakte schließt ab der für Preußen concessionierte **Saup- und General-Agent**

Leopold Goldenring in Posen.

Für mein Leinen-, Modewaaren- und Konfektions-Geschäft suche sofort oder vom 1. Juli c. einen tüchtigen **Verkaufser,** der auch mit der Buchführung und Korrespondenz vertraut sein muß. Polnische Sprache ist erforderlich.

Benjamin Schoen.

Ein beider Landesprachen mächtiger, in gefesteten Jahren vorgerückter **Kommis,** gewandter Verkäufer, mit der Buchführung und Korrespondenz vollständig vertraut, findet bei hohem Salair v. 1. Juli in meiner Kolonial-, Wein-, Delikatess-, u. Italienwaaren-Handlung eine dauernde Stellung.

A. Cichowicz.

Einem **Kommis** wünscht **S. Tucholski.**

Ein junger **Bautechniker,** welcher im architektonischen Zeichnen und Veranschlagen bereits Übung besitzt, findet im Bureau eines königl. Baumeisters Beschäftigung. Wo? sagt die Exped. d. Btg.

Ein junger Mann, welcher Lust hat die **Landwirtschaft** gründlich zu erlernen, kann vom 1. Juli c. ab placirt werden. Nähere Auskunft unter **A. J. 100.** ertheilt die Expedition der Posener Zeitung.

Ein unverheirateter **Wirtschaftsbeamter,** der auch polnisch spricht, findet ein Unterkommen. — Gehalt 100 Thlr. Franco-Offerten nebst den Attesten **Dobrzyca** poste rest. **X. Y. Nr. 10.**

Ein gewandter **Kommis,** beider Landesprachen mächtig, findet in meinem Kolonial- und Eisenwaarengeschäft sogleich Stellung **Zarocin.** **H. Giering.**

Für ein Detail- und Fabrik-Geschäft wird ein Lehrling gesucht, der beider Landesprachen fähig ist. — Näheres bei Herrn **Herrm. Mögelin,** Bergstraße 9.

Der schöne geräumige **Jacob Moses'sche** Laden, **Alter Markt u. Neuestraße**, bekanntlich die lebhafteste Geschäfts-egend, soll zu Michaeli anderweitig vermietet werden. Das Nähere zu erfahren beim Eigentümer.

Eine **Wohnung,** best. aus zwei Zimmern und Küche, wie auch ein Zimmer, mit oder ohne Möbel, sind vom 1. Juli c. ab zu vermieten. Näheres bei **Moritz Aschheim,** Eisenhandlung, Breite u. Gerberstraße Ecke 14.

Zu den Ferien **Extrafahrt nach Kopenhagen**

von **Breslau** über **Berlin, Hamburg, Kiel und Kopenhagen.**

Abfahrt von Breslau

Donnerstag d. 22. Juli, früh 5 1/2 Uhr.

Fahrtreise von Breslau nach Kopenhagen u. retour II. Kl. 30 Thlr., III. Kl. 24 Thlr. 30 Pfd. Gepäc. frei.

Alle Billets gelten 4 Wochen zur Rückreise. Programme à 2 Sgr. werden franco zugesandt durch das **Stangensche Annoncenbureau, Karlstr. 28** in **Breslau.**

NB. Auch werden Teilnehmer nur nach Berlin oder Hamburg u. zurück angenommen.

Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Aktiengesellschaft.

Direkte Post-Dampfschiffahrt zwischen

Hamburg und New-York

Savre anlaufend, vermittelt der Post-Dampfschiffe

Cimbria, Mittwoch, 2. Juni.

Westfalen, Mittwoch, 9. Juni.

Savaria, Sonnabend, 12. Juni.

Hammonia, Mittwoch, 16. Juni.

Borussia, Sonnabend, 19. Juni.

Silesia, Mittwoch, 23. Juni.

Die mit * bezeichneten Schiffe laufen Savre nicht an.

Passagepreise: Erste Kajüte Pr. Cr. Thlr. 165, Zweite Kajüte Pr. Cr. Thlr. 100, Zwischendeck Pr. Cr. Thlr. 55.

Fracht Pfd. St. 2. — pro 40 Hamb. Kubikfuß mit 15% Primage, für ordinaire Güter nach Uebereinkunft.

Briefporto von und nach den Verein. Staaten 4 Sgr. Briefe zu bezeichnen „per Hamburger Dampfschiff“.

Näheres bei dem Schiffsmakler

August Bollen, Wm. Miller's Nachfolger, Hamburg,

so wie bei dem für Preußen zur Schließung der Verträge für vorstehende Schiffe allein autorisirten Generalagenten

S. C. Plagmann in Berlin, Louisenplatz 7. und Louisenstraße 1., und dessen Spezialagenten

Fabian Charig, in Firma **Rathan Charig** in Posen, Markt 90.

Norddeutscher Lloyd.

Zwei Mal wöchentliche Postdampfschiffahrt von Bremen nach Newyork und Baltimore.

D. **Baltimore** Mittwoch 2. Juni nach Baltimore via Southampton

D. **Hermann** Sonnabend 5. Juni „ Newyork „ Southampton

D. **Newyork** Mittwoch 9. Juni „ Newyork „ Havre

D. **Union** Sonnabend 12. Juni „ Newyork „ Southampton

D. **Berlin** Mittwoch 16. Juni „ Baltimore „ Southampton

D. **Deutschland** Sonnabend 19. Juni „ Newyork „ Southampton

D. **Gaucha** Mittwoch 23. Juni „ Newyork „ Havre

D. **Rhein** Sonnabend 26. Juni „ Newyork „ Southampton

D. **Leipzig** Mittwoch 30. Juni „ Baltimore „ Southampton

D. **Wefer** Sonnabend 3. Juli „ Newyork „ Southampton

D. **Amerika** Mittwoch 7. Juli „ Newyork „ Havre

D. **Donau** Sonnabend 10. Juli „ Newyork „ Southampton

und ferner jeden Mittwoch und Sonnabend.

Passage-Preise nach Newyork: Erste Kajüte 165 Thaler, zweite Kajüte 100 Thaler, Zwischendeck 55 Thaler Preuß. Courant.

Passage-Preise nach Baltimore: Kajüte 135 Thaler, Zwischendeck 55 Thaler Pr. Cr. Fracht Pfd. St. 2. mit 15% Primage pr. 40 Kubikfuß Bremer Waage. Ordinaire Güter nach Uebereinkunft.

Nähere Auskunft ertheilen sämtliche Passagier-Expediten in Bremen und deren inländische Agenten, sowie

Crüsemann, Director.

H. Peters, zweiter Director.

Nähere Auskunft ertheilt und bündige Schiffs-Kontrakte schließt ab der für Preußen concessionierte **Saup- und General-Agent**

Leopold Goldenring in Posen.

Einem **Lehrling** mit den nöthigen Schulkenntnissen suche zum sofortigen Antritt für mein Material-Geschäft.

L. Krüger,

Wronke.

Gute **Schneiderinnen** finden dauernde Beschäftigung **Bronkerstr. 22, 2 Tr.** vorheraus.

Einem **Laufburschen** sucht

S. Tucholski.

Ein Knabe aus anständiger Familie, welcher Lust hat, die Gärtnererei zu erlernen, kann sich melden, im

Fehlan'schen Garten.

Jaffa & Götzer, Berlin, suchen einen **Lehrling** für **Fabrik** und **Lager.** (Sonnabend geschlossen.)

Näherinnen und **Lehrmädchen** finden dauernde Beschäftigung beim **Damen-Modisten**

J. Schoenfeld, Markt 61.

Eine **Lehrnasselle** ist bei mir sofort zu besetzen.

F. G. Fraas,

Droguen- und Farben-Handlung.

Eine **Maschinistin** findet dauernde Beschäftigung bei **A. Schulte,** Breslauerstr. 5.

Ein **Lehrling** mit guten Schulkenntnissen wird gesucht von **Joseph Jolowicz,** Markt 74.

Tüchtige Wäschnäherinnen finden dauernde Beschäftigung. **F. W. Neues,** Markt 67.

Ein ordentlicher Lehrling, christlicher Religion, mit guten Schulkenntnissen, kann unter sehr günstigen Bedingungen in meinem Komptoir Stelle finden.

Leon Kantorowicz, Schuhmacherstr. 3.

Einem Lehrling

sucht zum sofortigen Antritt **H. Wolkowitz, Konditor,** Wilhelmplatz 12.

Ein Sohn achtbarer Eltern kann vom 1. Juli d. J. ab als **Lehrling** placirt werden in der Lederhandlung en gros von **M. S. Wollenberg.**

Landwirthschaftsbeamte, Gouvernanten, Bonnen, Wirthschafterinnen, Köche, Köchinnen, Stubenmädchen, Haushälter u. s. w. können Stellung bekommen durch das **Central-Placirungs-Bureau für Haus-Offizianten und Domestiken von J. Baro,** (Volksgarten).

Ein Apotheker,

in den dreißiger Jahren, mit guten Zeugnissen und Erfahrungen ausgerüstet, sucht eine Stelle als Gas-Inspektor, oder eine andere selbstständige in sein Fach schlagende Stellung. Gef. fr. Offerten wolle man an das Annoncen-Bureau von **Senke, Bial & Freund, Breslau,** richten.

Gutsverwalterstelle-Gesuch.

Ein praktischer und wissenschaftlicher Landwirth, der seit 6 Jahren einen größeren Güter-Komplex mit Dampfrennerei, Mahl- und Del-Mühle selbstständig bewirtschaftet hat, sucht vom 1. Juli eine entsprechende Stellung. Näheres in der Expedition dieser Zeitung.

Landwirthschaftliches.

Ein **cautionnäh.**, persönl. vorzüglich empfohl. Landwirth, energisch in seinen Handlungen, in all und jedem Zweige der Landw. theoret. und prakt. erfahren, verheirath., wünscht v. Johanni c. anderweit. Engagement. Gefällige Offerten unter A. H. No. 69, poste rest. Schwereuz erbeten.

Ein junger Mann mosaischen Glaubens, der die Destillation und Essigfabrikation gründlich versteht, wünscht sofort oder zum 1. Juli placirt zu werden. Gef. Adressen beliebe man unter Chiffre **H. M. 90.** poste restante **Schwiegel** abzugeben.

Handwerker-Verein.

Montag den 29. Mai 1869. Vortrag des Herrn **Dr. Wenzel: Ueber das allmähliche Wachsthum des preussischen Staates.**

Porträts

berühmter Persönlichkeiten in größter Auswahl das **Sundert** zu 3/4 Thlr. einzeln à 1/2 Sgr. empfiehlt **Joseph Jolowicz,** Markt 74.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 29. Mai 1869. (Wolf's telegr. Bureau.)

Table with market data for Berlin, including prices for Roggen, Weizen, and various bonds. Columns include item names and prices in Thalers and Schillingers.

Stettin, den 29. Mai 1869. (Marsch & Maas.)

Table with market data for Stettin, including prices for Weizen, Roggen, and other commodities. Columns include item names and prices.

Börse zu Posen

am 29. Mai 1869.

Geschäftsabchlüsse sind nicht zur Kenntniss gelangt.

[Produktenverkehr.] In dieser Woche hatten wir schönes, heißes Wetter, mitunter auch Regen und Gewitter. Die Zufuhr am Markte war sowohl aus erster, wie aus zweiter Hand äußerst beschränkt. Weizen hat bei einigem Verstand nach auswärtigen Mühlen in den Preisen angezogen; feiner Weizen 62 1/2-65 Thlr.; mittlerer 59-60 Thlr., ordinäre 55-56 Thlr. Roggen wurde angesichts der schwachen Zufuhr und in Erwartung billigerer Wasserfrachten merklich höher bezahlt; schwerer Roggen 49-51 Thlr., leichter 47 1/2-48 Thlr. In Betreff der übrigen Cerealien war keine Aenderung wahrzunehmen; wir notiren: Gerste 40 bis 46 Thlr., Hafer 28-31 Thlr.; Buchweizen 44-46 1/2 Thlr. Kocherbsen 52-54 Thlr., Futtererbsen 46-47 Thlr. Kartoffeln haben bei anbauern dem Verstand nach Stettin eine erhebliche Steigerung erfahren und

Die unterzeichnete Buchhandlung macht hierdurch darauf aufmerksam, daß jede

Brockhaus' Conversations-Lexikon

im Umtausch gegen die neueste elfte Auflage des Werks mit **30 Thalern**

in Zahlung von ihr angenommen wird. Ein Prospekt über die Umtauschbedingungen steht gratis zu Diensten. **Ernst Rehfeld in Posen,** Wilhelmplatz 1 (Hotel de Rome).

Am 25. Mai verließ meine Tochter **Elise** heimlich ihr elterliches Haus. In Bromberg ist dieselbe am demselben Abend nach 10 Uhr auf dem Bahnhofe angekommen. Von da ab verschwindet aber jede Spur. Ich bitte Alle, welche von dem Verbleib meines unglücklichen Kindes mir irgendwelche Mittheilung machen können, solches womöglich per Telegraph zu bewirken, oder wenn sie es wünscht, ihr die nöthigen Mittel zur Rückkehr zu gewähren. Ich sichere die Entschädigung aller Kosten und jede mögliche Belohnung zu. Nach gemachten Aussagen will sie sich eine Kondition suchen.

Elise Schwarz ist 16 Jahre alt, hat dunkelblondes Haar, ist kleiner Statur und noch halb Kind.

Ihre Bekleidung bestand in einem schwarzen Thybekleide unten mit einem gefalteten Strich mit grünem Bändchen garnirt, einem weißen Strohhütchen mit schmalem, gradem Rande, schwarzem Sammetbande und grauen, gepressten Blumen garnirt, einem schwarzen Sammetjäckchen, weißem Chemisett, schwarz ausgefärbt, grau und schwarzmelirtem Jaquet und kleinen Ohrringen mit goldenen Kugeln als Gehänge. Außerdem ist sie noch im Besitz eines Paares moderner Boutons von Gold, schwarzemalirt, und einer dergleichen Broche, eines feinen goldenen Ketzens mit goldenem Kreuz, zweier Ringe, eines Medaillons mit zwei weiblichen Portraits und eines Armbandes, bestehend aus goldenen Ringen; ferner zweier rother wollener Tücher, eines roth und braunmelirten Rockes ohne Taille, zweier Hemden, E. S. gezeichnet, und eines hellgrauen seidenen Sonnenschirmes.

An Dich aber, mein geliebtes verirrtes Kind, wenn Du diese Zeilen lesen solltest, richte ich die innige Bitte, kehre zurück zu Deinen tiefbetrübt kummervollen Eltern, befreie sie von ihrer Herzensqual und sei einer allseitigen Verzeihung und liebevollen Aufnahme versichert.

Thorn, den 28. Mai 1869. **E. Schwartz,** Maurermeister.

M. 2. VI. A. 6 1/2. Rec. I.

Familien-Nachrichten.

Die heute Abend 9 Uhr erfolgte glückliche Entbindung seiner lieben Frau **Marie**, geb. **Apest**, von einem gesunden Mädchen, zeigt ergebenst an. **Sprottau, den 27. Mai 1869.**

Ad. Kistenmacher.

Gestern ist mein liebes Weib von einem tüchtigen Jungen glücklich entbunden worden. **Posen, den 29. Mai 1869.**

G. Matt.

Gestern Abend 8 Uhr wurde meine liebe Frau **Anna**, geb. **Krug**, von einem gesunden Knaben glücklich entbunden. **Posen, den 29. Mai 1869.**

Grabein.

Unser Töchterchen **Marie** wurde uns im Alter von 2 1/2 Jahr gestern Nachmittag 2 Uhr durch den Tod entzogen. Das Begräbniß wird morgen Nachmittag 4 Uhr stattfinden. Um stille Theilnahme bitten **Schaller** nebst Frau. **Wilhelmplatz 12.**

Heute früh 6 Uhr starb meine liebe Tochter **Clara**. Dies zeigt tiefbetrübt an **Herrn Eckert, Schrifteger.**

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Fr. Marie Mohr mit dem Kaufmann Wilhelm Mohr in Berlin, Fr. Aina Hüner in Kösen mit dem Rittergutsbesitzer Lange in Wd. Dommelleim, Fr. Martha Hertel in Halberstadt mit dem Gerichtsassessor Dr. jur. Ernst Heß in Berlin, Fr. Marie Helm mit dem Lieutenant Louis Dudy in Stargard i. P.

Verbindungen. Hr. Karl Schnödel mit Fr. Auguste Schwendy in Berlin, Hr. Alexander Pohl mit Fr. Agnes Putter in Dresden, Stabs- und Bataillonsarzt Dr. D. Vieber mit Fr. Anna Sonntag in Malinow, Lieutenant a. D. Gustav Rahle in Pürsch mit Fr. Anna Neumann in Kummerau.

Geburten. Ein Sohn dem Hrn. v. Langem-Steinkeller in Birkholz, dem Prem.-Lieutenant Seefeld in Graudenz, dem Lieutenant Wiczorek in Danzig, dem Kammerherrn Paul v. Dirschfeld in Schwerin, dem Architekt Karl v. Dieblich in Raitz; eine Tochter dem Hrn. Jul. Salinger in Berlin, dem Pastor G. Wilke in Rosenthal, dem Superintendenten Celestin Nijich in Brieg a. d. D.

Todesfälle. Kaufmann Julius Sonnenthal und Frau Agnes Puppel, geb. Janke, in Berlin, Frau Amalie Bloß, geb. Schilling, in Grabow a. D., Stadtförster Heinrich Fittke in Loiz b. Stolpe, Geh. Reg.-Rath a. D.

bedangen 11-12 Thlr. — Mehl blieb ohne Aenderung; Weizenmehl Nr. 0. u. 1. 4 1/2-4 3/4 Thlr., Roggenmehl Nr. 0. u. 1. 3 1/2-3 3/4 Thlr. (pro Centner unversteuert).

Das Termingeschäft in Roggen gestaltete sich anfänglich fest und Preise haben auch demnach sich ziemlich behauptet. Hierauf hatten wir in Mitte der Woche für die späteren Sichten niedrigere Kurse zu registriren, während der laufende Termin gefragt blieb; in den letzten Tagen indeß gab sich wiederum auf kurze Dauer eine festere Stimmung kund, bis solche schließlich merklich ermattete. Roggen-Ankündigungen hatten nicht statt. Spiritus blieb schwach zugeführt. Anmeldungen an der Börse hatten in mäßigen Posten statt. Neben mehrfacher Versand per Bahn fand auch ein Theil in den hiesigen Spiritusfabriken Verwendung. Im regelmäßigen Handel hatten Preise sich anfänglich gut behauptet, worauf im weiteren Verlaufe der Woche eine mattere Tendenz Platz griff, die jedoch zum Schluß einer günstigeren Meinung weichen mußte, in deren Folge Preise neuerdings anzogen.

Produkten-Börse.

Berlin, 28. Mai. Wind: Süd. Barometer: 28. Thermometer: 20°. Bitterung: trübe.

Die auswärtigen Berichte lauteten insgesamt recht fest, blieben jedoch auf den heutigen Markt für Roggen hier ohne Einfluß. Derselbe litt unter dem Drucke, den das schöne, fruchtbarere Wetter zunächst auf die spätern Sichten ausübte, indem die Kaufkraft für diese Termine nur sehr spärlich vertreten war und Abgeber daher sich mit billigeren Geboten zufrieden geben mußten. Für die nahen Sichten und hauptsächlich für den laufenden Monat hielten Deckungsgläube den Werth im Ganzen aufrecht. Der Verkehr mit Voloowaare war heute durch die hohen Forderungen der Eigener sehr beschränkt. Gefündigt 16,000 Ctr. Ründigungspreis 5 1/2 Thlr.

Roggenmehl leblos und matter. Gefündigt 1000 Ctr. Ründigungspreis 3 Thlr. 14 1/2 Sgr.

Weizen loth unverändert, Termine niedriger. Gefündigt 2000 Ctr. Ründigungspreis 60 1/2 Thlr.

Hafer loth nur in feinen Sorten beachtet. Termine etwas niedriger. Gefündigt 600 Ctr. Ründigungspreis 29 1/2 Thlr.

Rübsöl verkehrte in fester Haltung, da Abgeber anhaltend knapp sind. Gefündigt 400 Ctr. Ründigungspreis 11 1/2 Thlr.

Spiritus bei kleinem Verkehre wenig verändert; Preise stellten sich eher zu Gunsten der Käufer. Gefündigt 100,000 Quart. Ründigungspreis 17 1/2 Thlr.

Weizen loth pr. 2100 Pfd. 58-70 Thlr. nach Qualität, pr. 2000 Pfd. pr. diesen Monat 60 1/2 Thlr. bz., Mai-Juni 60 1/2 a 1/2 a 1/2 Thlr., Juni-Juli 60 1/2 a 1/2 a 1/2 Thlr., Juli-August 61 1/2 Thlr., Sept.-Okt. 62 1/2 Thlr.

Roggen loth pr. 2000 Pfd. 51 1/2 Thlr. bz., pr. diesen Monat 51 1/2 a 1/2 Thlr. bz., Mai-Juni 51 1/2 a 1/2 a 1/2 Thlr., Juni-Juli 51 1/2 a 1/2 a 1/2 Thlr., Juli-August 50 1/2 a 1/2 a 1/2 Thlr., Sept.-Okt. 49 1/2 a 1/2 a 1/2 Thlr.

Johann Ludwig Caslow in Frankfurt a. D., Major v. Dannenberg in Logow, Rentier Fr. Steffenhagen in Regenwalde, Frau Oberst Comelme in v. Bedtewitz, geb. v. Klaf, in Köfen, verw. Frau Majorin Klottbe v. Lowgow, geb. v. Neben, in Hameln, verw. Frau Generalin Frein v. Heiningen, gen. Quebne, geb. Koffen, in Koblenz, Senator Dr. Alfred Rücker in Hamburg.

Saison-Theater.

Sonnabend den 29. Mai. **Feuer in der Mädchenschule.** Lustspiel in 1 Akt. Hierauf: **Bei Wasser und Brot.** Schwank mit Gesang in 1 Akt v. Götner. Dann folgt: **North Schürze.** Schwank in 1 Akt v. G. v. Moser. Zum Schluß: **Mirra in Gel.** Pöffe in 1 Akt mit Gesang v. Kallisch.

Sonntag den 30. Mai. **Tannhäuser.** Zukunftspöffe mit vergangener Musik und gegenwärtigen Gruppierungen in 3 Akten. Musik von Böhler. Nach dem 1. Akt von Tannhäuser findet eine Pause von 40 Min. statt. **Der Lügner und sein Sohn.** Pöffe in 1 Akt von Kurländer.

Montag den 31. Mai. Auf allgemeines Verlangen. **Das Glas Wasser.** Intriguen-Lustspiel in 5 Akten von Scribe, übersetzt von Cosmar.

Billets sind bei den Herren **Ed. Bote & G. Bock** zu haben.

Volksgarten.

heute Sonnabend den 29. und Sonntag den 30. Mai:

großes Konzert u. Vorstellung.

Auftreten der aus 22 Personen bestehenden Gesellschaft

Mr. Hirsch und Prof. Jakley.

Entrée an der Kasse 2 1/2 Sgr., Kinder 1 1/2 Sgr. Anfang Sonnabend 7 Uhr, Sonntag 6 Uhr. Tagesbillets: 4 Stück 7 1/2 Sgr. in den Konbitorien des Herrn **R. Neugebauer,** Wilhelmplatz 10 und Breitestraße 15.

Emil Tauber.

Isli,

die schönste Schweizerin, die schwerste und kolossalste Dame der Welt!

Täglich von Morgens bis Abends zu sehen auf dem freiem Plage **St. Martin** neben **Krug's Hotel.**

50 Thaler

Prämie Demjenigen, der sagen kann, die Dame schon je hier gesehen zu haben.

Lamberts Garten.

Sonntag den 30. Mai

großes Konzert.

Anfang 5 Uhr. Entrée 1 Sgr. **F. Wagener.**

Bahnhofs-Garten.

Sonntag den 30. Mai 1869

großes Konzert

von der Kapelle des 50. Regts. Anfang 5 Uhr. Entrée 1/2 Sgr.

NB. heute Sonnabend **Konzert.**

C. Walther, Kapellmeister.

Victoria-Park.

Sonntag den 30. Mai 1869,

Großes

CONCERT

ausgeführt von dem Musik-Korps des Niederschlesischen Feld-Artillerie-Reg. Nr. 5. **Arbeiter, Musikmeister.**

Hafer loth pr. 2200 Pfd. 28-34 Thlr. nach Qualität, pr. diesen Monat 30 a 29 1/2 Thlr. bz., Mai-Juni do., Juli-August —, Sept.-Okt. 27 1/2 Thlr.

Erbsen pr. 2250 Pfd. **Kochwaare** 58-65 Thlr. nach Qualität, Futterwaare 50-53 Thlr. nach Qual.

Kaps pr. 1800 Pfd. 84-87 Thlr. Rübsen, Winter- 83-86 Thlr. Rübsöl loth pr. 100 Pfd. ohne Faß 11 1/2 Thlr., pr. diesen Monat 11 1/2 Thlr. bz., Mai-Juni 11 1/2 a 1/2 Thlr., Juni-Juli do., Juli-August 11 1/2 Thlr., August-Sept. —, Sept.-Oktbr. 11 1/2 a 1/2 Thlr., Okt.-Novbr. 11 1/2 Thlr., Nov.-Dez. 11 1/2 Thlr., Dez.-Jan. 11 1/2 Thlr.

Leinöl loth 11 1/2 Thlr. Spiritus pr. 8000 1/2, loth ohne Faß 18 a 17 1/2 Thlr. bz., loth mit Faß —, pr. diesen Monat 17 1/2 a 1/2 Thlr. bz., Mai-Juni 17 1/2 a 1/2 Thlr., Juli-August 17 1/2 a 1/2 Thlr., Sept.-Okt. 17 1/2 a 1/2 Thlr., Br. u. Od., Sept.-Okt. 17 1/2 Thlr.

Rehl 1/2 Metzenmehl Nr. 0. 4-3 1/2 Thlr., Nr. 0. u. 1. 3 1/2-3 1/2 Thlr. Roggenmehl Nr. 0. 3 1/2-3 1/2 Thlr., Nr. 0. u. 1. 3 1/2-3 1/2 Thlr. pr. Ctr. unversteuert exkl. Sad.

Roggenmehl Nr. 0. u. 1. pr. Ctr. unversteuert inkl. Sad: pr. diesen Monat 3 Thlr. 14 1/2 Sgr. Br., Mai-Juni 3 Thlr. 13 1/2 Sgr. Br., Juni-Juli 3 Thlr. 14 1/2 Sgr. Br., Juli-August 3 Thlr. 14 Sgr. Br., Sept.-Okt. 3 Thlr. 13 1/2 Sgr. Br.

Petroleum, raffinirtes (Standard white) pr. Ctr. mit Faß: loth 7 1/2 Thlr., pr. diesen Monat —, Mai-Juni —, Sept.-Oktbr. 7 1/2 Thlr. (B. S. S.)

Stettin, 28. Mai. An der Börse. Wetter: bewölkt. + 18° Th. Barometer: 28. Wind: SW.

Weizen wenig verändert, p. 2125 Pfd. loth gelber inländ. 66-68 Thlr., bunter poln. 65-67 Thlr., weißer 67-68 Thlr., ungar. 53-59 Thlr., 83/85pfd. gelber pr. Mai-Juni 67 Thlr. Od., Juni-Juli 67 1/2 Thlr., 1/2 Od., Juli-August 68, 68 1/2 Thlr., Br. u. Od., Sept.-Okt. 67 Thlr.

Roggen schließt ruhiger, p. 2000 Pfd. loth 50 1/2-52 1/2 Thlr., Mai-Juni 52 1/2-51 1/2 Thlr. u. Od., Juni-Juli 51 1/2 Thlr., 1/2 Thlr. u. Od., Juli-August 49 1/2 Thlr. u. Od., Sept.-Oktbr. 49 1/2 Thlr., 49 1/2 Od.

Gerste geschäftslos. Hafer unverändert, p. 1300 Pfd. loth 31 1/2-34 Thlr., 47/50pfd. pr. Mai-Juni 33 1/2 Thlr. bz., Juni-Juli 33 1/2 Thlr.

Erbsen p. 2250 Pfd. loth Futter- 52-53 Thlr., Koch- 55-57 Thlr. Mais ohne Umfaß, p. 100 Pfd. loth 62-61 1/2 Sgr. bz. Winterrübsen pr. Septbr.-Oktbr. 89 Thlr. Br. u. Od.

Rübsöl unverändert, loth 11 1/2 Thlr. Br., pr. Mai und Mai-Juni 11 1/2 Thlr., Sept.-Okt. 11 1/2 Thlr., 11 1/2 Thlr. u. Od.

Spiritus wenig verändert, loth ohne Faß 17 1/2 a 1/2 Thlr. bz., mit Faß 17 Thlr. bz., pr. Mai-Juni 17 Thlr. nom, Juni-Juli 17 1/2 Thlr., 1/2 Thlr., Juli-August 17 1/2 Thlr., 1/2 Thlr., August-Sept. 17 1/2 Thlr. u. Br., Sept.-Okt. 17 Od.

Angemeldet: 30,000 Quart Spiritus.

Fischers Lust.
Sonntag den 30. Mai
Konzert
vom Trompeterchor des 2. Leib-Puf.-Regts.
Nr. 2.
H. Fischer.

Volksgarten.

Montag, den 31. Mai 1869,
Sinfonie-Concert.

PROGRAMM:
Ouvert. „Ruy Blas“ Mendelssohn.
Variat. a. d. C-moll.
Fantaisie Beethoven.
Finale d. 1. Actes a.
d. Op. „Don Juan“ Mozart.
Ouv. z. Op. „Oberon“ C. M. v. Weber.
Sinfonie G-moll Nr. 6 Niels W. Gade.
Anfang 6 Uhr. Entrée 2 1/2 Sgr.
von 8 Uhr ab 1 Sgr.
Billets à 2 1/2 Sgr. sind in der Hof-Musikalien-Handl. d. Hrn. Ed. Bote & G. Bock sowie an der Kasse zu haben. Die noch ausstehenden Abonnementsbillets (grün) haben Gültigkeit; dagegen sind die alten **Passe-Partouts** ungültig.

W. Appold.

Lamberts Garten.

Montag den 31. Mai
CONCERT

vom Musik-Chor II. Leib-Puf.-Reg. Nr. 2.
Anfang 7 Uhr. Entrée 1 Sgr.
Zikoff.

St. Domingo.

heute Sonntag den 30. Mai
CONCERT
(Horn-Quartett).

Anfang 4 Uhr. Entrée 1 Sgr.
St. Domingo.
Sonnabend den 29. Mai. **Maitränzchen.**



Schweidnitzer Keller,

St. Martin Nr. 28.
heute und folgende Tage großes **Regel-Bergnügen** auf meiner neu erbauten

Regelbahn

im Garten, wozu ergebenst einladet
J. Gräbe.

Gräber's Restauration.

Am Wilhelmplatz Nr. 17.
heute Sonnabend, sowie folgende Tage **Konzert** der Damenkapelle des Herrn **Otto Stahl.** Zu recht zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein.

Inserate

in sämtliche existierende Zeitungen werden zu Original-Preisen prompt besorgt. Bei grösseren Aufträgen Rabatt. Annoncenbureau von Augen Fort in Leipzig.

